

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, und durch Kioskschreiber zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Spezialausgabe für den 25. September, für Berlin und Provinzialgebiete 15 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 219.

Donnerstag, den 20. September 1906.

17. Jahrgang.

### Rom, der evangelische Bund und die Sozialdemokratie.

Der schärfste Gegner Roms ist die Sozialdemokratie. Nicht gegen die religiöse Überzeugung des Einzelnen richtet sich unser Kampf, sondern gegen die Herrschaft einer Priesterkaste, welche die Religion mißbraucht zu ihren politischen Herrschaftszwecken. Wo der sozialistische Gedanke Wurzel gefaßt hat, ist es mit der Macht der organisierten Priesterherrschaft vorbei. Das weiß der Klerus. Darum richtet er seine größten Geschosse, seine giftigsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie.

Der Herrscher will der Priester, nicht dienen. Ueberflüssige Kräfte soll ihm das Volk zuschreiben, ihn verehren als den Verwalter und Spender übernatürlicher Güter. Je ärmer und verkommener ein Volk ist, je weniger Aussicht hat es, sich jemals ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen, umso größer ist die Machtstellung des Priesters, der angeblich den Schlüssel besitzt zu diesen überirdischen Vergnügungen. Die Erde muß ein Jammerthal sein und bleiben, soll der „Himmel“ seinen Wert behalten. Je dümmere das Volk, um so drückender das Elend der Massen, um so geringer die Kampfkraftigkeit des Proletariats — aber auch um so größer die Macht der Priester, um so gefestigter ihre Herrschaft.

Der Kampf gegen Dummheit, Elend und Entrechtung des Volkes ist zugleich der einzig erfolgversprechende Angriff auf Roms tausendjährige Herrschaft. Ausnahmegefesse gegen die Kirche stützen und stärken die Position der organisierten Priesterherrschaft. Bismarcks Kulturkampf hat es bewiesen. Nur auf geistigem Gebiete, auf dem Boden des gleichen Rechts, kann der Kampf zwischen Licht und Finsternis, zwischen Sozialismus und Rom ausgedehnt werden. Darum verlangen wir gleiches Recht für alle, für den Proletarier wie für den Jesuiten. Wir bekämpfen aber auch jedes Vorrecht der Kirche, des Adels, des Besitzes, des Standes.

Der Evangelische Bund gibt vor, auch den Kampf gegen Rom zu führen. Das Beginnen wäre schön und nützlich, sofern der Bund seine Aufgabe darin erblickt, aufklärend zu wirken, die Volksbildung zu heben, Privilegien zu bekämpfen und dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen; wenn er gleich der Sozialdemokratie dafür wirke, daß endlich des Volkes Wohl und Wille höchstes Gesetz werde.

Wie der Evangelische Bund aber „aufklärend“ wirkt, davon gibt der Kalender des Bundes für 1907, der „Evangelische Volksbote“, herausgegeben im Auftrage des Zentralvorstandes des Bundes, mehrere nette Proben. Dieser kann es der Reichslügenverband wider die Sozialdemokratie auch nicht treiben. In geradzuhäufiger Weise wird gegen die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Reichstagswahlrecht gehetzt. Durch noch höhere indirekte

Steuern, durch Bier-, Tabak- und Zigaretten-Steuer soll das Volk noch ärger ausgebeutet werden, damit die afrikanische Kolonialherrlichkeit noch üppiger ins Kraut schießen kann. Die Laten der Weh-lau, Leiß, Peters, Arenberg, Schröder, Besser, Horn und der anderen „Kulturpioniere“ haben es dem Evangelischen Bunde angetan, die „patriotischen Verdienste“ der Podbielski-Zippelskirch, Wörmann, Fischer degeistern ihn zu neuen Forderungen für den afrikanischen Kolonialmord. Doch lassen wir den Evangelischen Bundespolitiker selber reden.

Auf Seite 65 wird bitter Klage geführt, daß der Reichstag den afrikanischen Bahnbau nach Keetmanshoop abgelehnt hat. Der Oberst Deimling, der sich bei dieser Gelegenheit im Reichstag wie ein ungezogener Junge aufgeführt und dafür von den Rednern der verschiedensten Parteien gebührend abgefraft wurde, ganz besonders von unserem Genossen Ledebour, bekommt ein bides Lob, weil er „mit soldatischer Deutlichkeit, die den Herren Reichsboten allerdings auf die zarten Nerven ging, geredet habe.“ Weiter wird gesagt:

„Eine ganz besonders wichtige Vorlage war die der Reichssteuer. Die Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches durfte nicht so weiter gehen, das war jedem klar. Es mußten rund 200 Millionen durch Reichssteuern aufgebracht werden; die Frage war nur die, welche Steuern. Die Regierung schlug nun verschiedene vor; schüchtern tippte sie auch die Möglichkeit an, Bier und Tabak stärker zu belasten. Aber da kam sie schon an: Dem gesunden Menschenverstand freilich hätten diese Steuern am meisten eingeleuchtet; denn andere Staaten schlagen ungeheure Summen aus den Besteuerungen des Alkohols und des Tabaks heraus; in Deutschland aber wagt man an diesen beiden Gütern nicht zu rühren. Als ob es durchaus notwendig wäre, daß so und soviel Millionen in Deutschland ver-trunken und verraucht würden! Und wenn denn schon getrunken und geraucht werden muß — der Kalendermann trinkt selbst kein Schöppllein und raucht sehr viel —, so sollen die Trinker und Raucher wenigstens etwas für das Vaterland beitragen. Und wer sich eine um ein paar Pfennige teurere Zigarre nicht leisten kann, der mag eben eine schlechtere rauchen.“

Ein Gemütsmenschen ist der evangelische Bundesmann auf jeden Fall. „Wer sich eine um ein paar Pfennige teurere Zigarre nicht leisten kann, der mag eben eine schlechtere rauchen.“ Die Marke „Sintlabores“ ist ja noch gut genug für den armen Teufel. Der Herr Pfarrer nebst dem Herrn Kommerzienrat, die können sich — Gott sei Dank — noch eine bessere Zigarre gönnen:

Die Tabaksteuerbegeisterung des Bundesmannes hat aber noch eine andere, bedenklichere Seite. Die Zoll- und Steuererhöhung würde zweifellos zum großen Teile auf die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen abgewälzt werden, wie es mit der jetzigen Steuer schon geschieht. Welch riesengroßes Elend jedoch heute schon in der Tabakindustrie daheim ist, hat der letzte Tabakarbeiterkongreß in Berlin dargetan. Dieses Elend noch zu vergrößern, trägt der wackere Bundesmann nicht das geringste Bedenken.

Zippelskirch-Podbielski mit ihren Aktionärsdiensten am Reich, der brave Wörmann, der seine Aktionäre mit 70 Prozent Dividende erfreuen konnte, werden dem Evangelischen Bund Dank wissen für den Hinweis auf die neuen Geldquellen, die der Not der Arbeiterschaft entspringen. Von einer „recht dürftigen Zigarettensteuer“ redet der Mann weiter. Hunderte von Zigarettenarbeiterinnen werden zweifellos durch die „bürftige Zigarettensteuer“ ihr bißchen Brot verlieren. Wenn sie dann durch den Hunger der Schande in die Arme getrieben werden, nun, so hält der Herr Agentat Bohm auf dem nächsten Sittlichkeitskongreß wieder eine flammende Rede wider die Unsitlichkeit — und der Schaden ist repariert.

Es kommt aber noch viel Schöner. Ueber die Diktatorvorlage wird gesagt:

„Man kann über Reichstagsabläufe verschiedener Meinung sein: die Reichsverfassung schloß sie bisher aus. In diesem Stück sie zu ändern, trug keiner der Reichstagsabgeordneten das geringste Bedenken; wenn aber jemand an dem allgemeinen, gleichen, geheimen direkten Wahlrecht etwas ändern will — dann schreit man Peter und Morbio! Das Zentrum und Sozialdemokratie hier keine Veränderung wollen, ist natürlich; denn ihnen garantiert dieses Wahlrecht den sicheren Bestand ihrer Partei, weil es die Herrschaft der Massen begründet, die dem roten wie schwarzen Leihhammel gleich geforsam folgen.“

Folgt noch eine Reihe Anwürfe gegen Nebel, der „Seine liebliche Hoheit, August der Starke“ beschimpft wird; die Parteileitung wird der Unterschlagung von Parteigeldern bezichtigt, die zur Unterstützung deutscher Arbeiter gesammelt, dann aber nach Rußland zur Förderung der Revolution geschickt worden seien, und was dergleichen Infamien mehr sind.

So also gedenkt der Evangelische Bund den Kampf gegen die ultramontane Reaktion für die „evangelische Freiheit“ zu führen! Militär-, Marine- und Kolonialsegeret, Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung durch indirekte Steuern, Rechtslosmachung des Volkes, Beschimpfung der Sozialdemokratie! Wir danken bestens! Zweifellos wird sich ein Bruchteil der Anhänger des Bundes mit diesen vom Zentralvorstand des Bundes befolgten Politik nicht einverstanden erklären. Die Macht, die Politik des Bundes zu bestimmen, haben diese Wenigen nicht. Es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als einer Gemetnschaft den Rücken zu kehren, die den Teufel durch Beelzebub auszutreiben gedenkt.

Diejenigen Schwärmer, die bisher noch Hilfe im Kampfe gegen die römische Reaktion vom Evangelischen Bund erwarteten, werden nun wohl eines besseren belehrt sein. Nicht im Wesen, sondern nur in ihrer maßigen Formulierung unterscheiden sich die politischen Tendenzen des Evangelischen Bundes von den Zielen der römischen Reaktion. Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen beide zu führen für des Volkes Recht.

„Schwab. Tagw.“

### Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

7) (Nachdruck verboten.)

Nun war sie sein erklärter Schatz. Da konnten noch so viele kommen und mit einem Krachfuß bitten: „Leid mer dei Mensch!“ — nur er tanzte mit ihr. Er war galant und bestellte Wein, Bier und süßen Kaffee.

Sie trank alles durcheinander; zuletzt wußte sie nicht mehr, was sie sprach, was sie tat, sie sah unbeweglich und starrte mit gläsernen Augen vor sich hin. Da führte er sie hinaus.

Das war kein Tanzen mehr, das war ein Rasen. Kein Takt, kein Schritt, kein Drehen mehr, nur ein wildes Durcheinanderhüpfen. Lorenz wußte nicht, was er mitten dazwischen. Der Lorenz war schwer beirunken, er wirkte sie herum, daß sie gegen alles anstießen, gegen Menschen, Bäume, gegen den Schenktisch; zuletzt kam er mit ihr zu Fall. Kein Mensch half ihr auf; man stolperte über sie weg, jeder hatte mit sich zu tun, keiner stand mehr fest auf den Füßen.

Wer noch gehen konnte, stahl sich mit seinem Schatz zur Tür hinaus. Ein Paar nach dem andern schlüß um die Regentonne an der Stallwand, hinein in's dunkle Sedengäßchen.

Und weiterhin die nächtlichen Felder in Tau und ahnungsloser Dämmerung. Eine unendliche Reinheit ist in der Luft, eine unendliche Reinheit am Himmel; die Sterne funkeln in überirdischer Klarheit, ehe sie erlöschen. Unendliche Reinheit weht über die Berge, unendliche Reinheit steigt zu Tal. Mit angehaltenem Atem lauscht die Natur und schauert und bebt vor der unendlichen Reinheit des Morgens.

Schö! Im Dorf der erste Hahnenschrei! Er klingt wie eine Fanfare, wie ein Trompetenstoß zum Beginn neuer Lust. Der zweite Kirmesstag bricht an.

III.

Es ist früh am Morgen, die Sonne noch nicht aufgegangen, nur über den Bergen im Osten rötet sich schwach eine Wollenschicht. Grau liegt das Tal; von Frühnebel die Wiesen überwogt, wie von wallendem Wasser. Die Gähne schreien sich heiser, Hunde schlagen an.

Ganz fern am Horizont blinkt noch ein Stern, ein schwaches Abbild früherer Glanzes. Drei Uhr.

So früh ist man sonst in Eifelsmitt nicht auf den Beinen. Seit Klappen alle Türen; Weiber, notdürftig beiseite mit Gomb und Unterrock, eilen hinaus in den grauen Morgen zum Brun-

nen. Feucht geht es nieder, als hätte es geregnet; die niedrigen Scherben der Fenster sind did angelaufen.

Aus jedem Schornstein träufelt schon Rauch und steigt mühsam durch die schwere Luft zum farblosen Himmel.

Mit finster durchdrungenen Stirnen stehen die Frauen am Steinherd und loschen den Kaffee; unter'm hängenden Kessel schwelt das seuchte Keisig, der Dampf beißt in die Augen, daß sie weinen. Die Küche ist kalt, das Herz schwer wie Blei.

Drinnen im Ehebett liegt noch der Mann und wälzt sich in den Federn; er kann gar nicht herausfinden, der Kopf ist ihm schwer vom letzten durchgehenden Abend. Er sieht und flucht.

Wie Gespenster schleichen die Weiber herum, blaß, über-nächtlich, hochläufig; die blühendste Wange ist heute bleich, der lachendste Mund schmerzlich verzogen. Langsam tappen die bei der Kirmes müde getanzten Füße.

Der letzte Morgen!

Rasch, rasch, die Zeit vergeht! Noch haben sie weit zu wandern und die Eisenbahn wartet nicht. Mit vor Hast ungeschickten Händen hilft die Frau dem Wanne in die Kleider; Bärtlichkeiten werden nicht mehr getauscht, die haben sich erschöpft in den paar Tagen — und wozu auch? Er geht jetzt fort in die weite Welt, und sie bleibt sitzen im engen Tal. So ist's nun mal! Mit der gewöhnlichen Alltagsstumpfheit nimmt man schon wieder sein Gesicht auf sich.

Die kleinsten Kinder nur schlafen noch, die größeren bringen Gut und Glad und stecken dem „Pappa“ noch ein Brot und ein Stück altbackenen Kirmesbrotchen in's Bündel; sie wagen nicht zu sprechen, der Vater ist untwisch, die Mutter hat beim geringsten Darm zu.

Sau, still! Als wäre ein Loter im Haus, so schleichen sie; winselnd schnuppert der Hund herum und brüdt sich dem Herrn an die Füße.

In der Kammer der jungen Schneiderchen Eheleute brannte noch das Rämpchen; es war so dunkel hier neben dem Stall, nicht Licht noch Luft kam durch das schmale Fensterchen.

Bäbbi wankte vom Herd zum Tisch, vom Tisch zum Bett, vom Bett zum Schrank, immer vergaß sie noch etwas. Rasch und lahl engten die rotgetünchten Wände die dürftige Kammer ein; wtrr glitt ihr Blick darüber hin, ein Frauen-Iam lie an, — und war's gestern nicht noch hier wie ein Paradies?

Es war das rasche Abschiednehmen vom Ehemann noch nicht gewöhnt; vor zwei Tagen war erst die Hochzeit gewesen. Schlingend sank sie auf den Schenker am Tisch: „Wannsch kümmt's wieder?“

Lorenz sah ihr gegenüber, die Ellbogen aufgestemmt, und stierte in seinen dampfenden Kaffeeapf. „Kreisch net, Bäbbi“, sagte er endlich; aber es würgte ihn selber in der Kehle, sein Stimm war bellommen.

Sie sagten nichts mehr. Die bunte Wanduhr in der Ecke tickte, der Zeiger rannte rasend schnell — schon zeigte er beinahe vier. Eine saße Dämmerung schlich durch den düstern Raum; Bäbbi pustete in das Rämpchen, daß es stinkend erlosch.

„Eweil giehn ech“, sprach er und stand auf. „Noch net!“ Sie hing sich an ihn, von einer verzweifeltsten Angst erfaßt. „Dau has noch Zeit, bleiw“ — krampfhaft packte sie seine Hand — „bleiw noch ebbes!“ Sie schrie laut auf: „Nor ein Minut!“

„Mä!“ Er machte sich los. „De annereit waarten!“ „Ech sehn doch genösch nei widder — Jesses Mart Jusch — ech graulen, wann ech fährwen moß!“

„Domnhanten!“ Mit verzogenem Mund versuchte er zu lachen. „Saal dech gesund, um schreiw bal, hörste? Ubes, Bäbbi!“ Er legte sich den Hut auf und griff nach seinem Bündel, mit dem freien Arm zog er sie an sich. „Jesses, Bäbbschen, kreisch net e ju! Bäbbschen, biste gädig? Bäbbsche, mei klew Bäbbsche!“

Wütende Risse brannten auf seinem Mund, glühende Tränen flossen auf seine Wange, ätternde Krämpfe hielten ihn unwillkürlich. Mit Gewalt machte er sich los.

Ganz benommen taumelte er zur Tür — noch ein Blick zurück, noch ein Kopfnicken — nun stolperte er über die Schwelle. Nun war er fort.

Sich aufbäumend stand das junge Weib in der Kammer — da, hoch! — noch einmal seine Stimme! Er nahm Abschied von Vater und Mutter. Jetzt eilende Schritte — jetzt nichts mehr!

Mit furchtbarem Schreien warf sie sich vor der Bettstatt auf die Knie und barg das Gesicht in den noch warmen Kissen.

Am Wirtshaus trafen sie sich alle; Lorenz war der Letzte. Sie soppten ihn; daß er sich nicht hätte trennen können. Auch viele Frauen und Mädchen waren hier, die den Männern das Geleit geben wollten; mit verkörnten Gesichtern und fohelnd Händen lie umher.

„Ehen, längs der Eifel, auf der Höhe von Schwarzenborn, stand ein Busch, wie ein Gaarhölz auf kaltem Schell; das war die Grenze, soweit gingen sie immer mit. Da war schon manche Lyne auf den waden Felsgrund gefallen, und der einsame Busch hatte wie eine borstige Wand letzte Umarmungen herbeif.“ (Fortsetzung folgt.)



# Politische Uebersicht.

## Zeugenfolge gegen Volksvertreter.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Untersuchungsrichter in Sachen Göb und Schneider hat mit dem Genossen Reichstagsabgeordneten Ledebour, den er als Zeugen vor sich lud, hingen Prozeß gemacht. Wenn der „Kerl“ nicht dreckt, so wird er ganz einfach ins Loch gesteckt! So macht man es mit Rosenknecht und Rebaud, warum nicht auch mit Reichstagsabgeordneten, und schon gar mit sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten? Genosse Ledebour hat im Reichstoge Aeußerungen getan, zu denen ihm das Material von Beamten geliefert worden sein soll. Jetzt müssen die Verbrecher, die die Reinigung des Kolonialamtes bewirkt haben, die „Mittelvergeßenen Beamten“, die zwar keine Schmiergelder annahmen, aber das Schmiergeldwesen an den Pranger stellen halfen, der gerechten Strafe überliefert werden, und dazu muß Genosse Ledebour helfen. Muß, sonst wird er wegen Verweigerung des Zeugniswesens eingesperrt! So meint der Untersuchungsrichter, der sich natürlich vom Genossen Ledebour eine kräftige Abweisung holte, und der sich nun vor die Frage gestellt sieht, wie weit er das Spiel treiben will.

Ob nun die Drohung ausgeführt wird oder nicht, jedenfalls ist sie ausgesprochen worden; und dieses Aussprechen allein bedeutet einen schweren Einbruch der preussischen Justiz in das Verfassungsrecht des Deutschen Reiches. Man muß ein preussischer Staatsjurist sein, um nicht zu bemerken, daß die Verhängung der Zeugenhaft über einen Abgeordneten wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen nicht bloß dem Sinn, sondern auch dem Wortlaut des Artikel 30 der Reichsverfassung schnurstracks zuwiderläuft. Nach diesem Artikel darf ein Abgeordneter wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen weder gerichtlich, noch disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Die dresdener Niederhaltung und Spezialisierung zeigt deutlich die Absicht des Gesetzgebers an, jedes Geschäft zu verhehlen, jede rechtliche Auslegung unmöglich zu machen, durch die eine Behuldigung des immunen Volksvertreters bewirkt werden könnte. Die preussische Justiz aber hat zur Zeit wieder einmal das Bestreben zu beweisen, das das Reich und seine Volksvertretung nichts sind vor dem preussischen Schiedsrichter, daß die Lebenswirklichkeit Reichsherrlichkeit mit ihrem demokratischen Einschlag nichts ist als die vorgestellte Kulisse der schwarz-weißen Diktatur.

Jeder königlich preussische Amtsdienster hat die Pflicht, sein Amtsgeheimnis zu wahren. Wegen Verletzung eines angeblichen Vertrauensbruches werden die Göb und Schneider auf Grund des Art. 10 Paragraphen verfolgt. Der Reichstagsabgeordnete aber soll nun müssen, was die Beamten nicht tun dürfen; der Vertrauensbruch, der Verrat an seinen Gewährsmännern soll keine gesetzliche Pflicht sein. Und wenn wirklich ein Abgeordneter — es würde gewiß kein sozialdemokratischer sein, aber wir hoffen, daß auch kein anderer dafür zu haben wäre — sich durch eine verfassungswidrige Drohung zu einer solchen schuftigen Handlungswelt verleitete ließe, was würde die Folge sein? Sätten jene Beamten, die sich durch die Aufdeckung des Kolonialskandals ein unerschütterliches Verdienst erworben haben, aus Furcht vor Verrat es unterlassen, sich an Mitglieder der Volksvertretung zu wenden, so sähe die Kolonialverwaltung noch immer in aller Stille im Dreck, und die schändliche Vergeudung der Steuermillionen würde ihren ungehörten Fortgang nehmen!

Die ungeheuerliche Zwangsandrohung gegen Ledebour hat zum Kolonialskandal den Justizskandal gefügt. Wie aber wird der deutsche Reichstag den unaufhörlichen Herausforderungen des persönlichen Regiments und der preussischen Reaktion begegnen? Es ist für jeden anständigen, aufrechten Menschen, welcher Partei er sich immer anzuschließen mag, ein bitteres Gefühl, sich sagen zu müssen, daß diesem Reichstag die nötige Kraft und Entschlossenheit zur Wahrung seiner Würde nicht zu eigen ist. An dem Mischen können wir nicht sehen, daß es ja von Seiten der bürgerlichen Mehrheit nicht fehlen, aber den Beweis, daß das deutsche Reichspräsident ein realer Machtfaktor sei, wird sie abermals schuldig bleiben. Sollten die Volksvertreter sich aber wirklich einmal auf das Volk stützen, so würde sich bald herausstellen, auf welcher Seite die wirkliche Macht ist.

## Rationalliberales Mißvergnügen.

Auf ihren Provinzial- und Landesparteitagen, in der Rheinprovinz und in Sachsen, beschäftigten es sich, wie die „Volksmacht“ bereits mitgeteilt, die Rationalliberalen abermals gegenseitig, daß es mit ihrem Liberalismus sehr faul bestellt sei. In Bonn sprach der Schuldirektor S i n s m a n n - Oberfeld offen von der „Mißstimmung“, die in weiten Kreisen der Wähler herrsche: das Vertrauen sei verloren gegangen und es zittere im Grund und Boden der Partei. Selbst Herr B a s s e r m a n n, dem der Gesetzerhaltungstrieb über alles geht, machte gegen die Landtagsfraktion mobil, die ja nach dem Zeugnis der Jungliberalen nur noch „eine reaktionäre Masse“ ist, weil sie bei der Entscheidung der Schulfrage „zu große Opfer gebracht habe“. Dabei konnte sich Herr B a s s e r m a n n doch nicht enthalten, die alte klöde Behauptung zu riskieren, daß man „in nationalen Dingen das Interesse des Vaterlandes über das der Partei“ stellen müsse. Was ist das für eine „nationale“ Partei, die sich selbst erst zurückstellen muß, um dem Vaterlande zu dienen? Dacht sich das Interesse der rationalliberalen Partei nicht mit dem des Vaterlandes, kann sie diesem nur dienen, wenn sie ihr eigenes Programm „zurückstellt“ — was muß das um aller liberalen Heiligen willen für ein Programm sein, und was ist das für eine Partei?

Herr B a s s e r m a n n s Rede forderte Herr Friedberg heraus, denselben Herrn Friedberg, der es zustande brachte, in einer Rede von hundert Worten unsere Exzuster und Dämonenkollegen in groß unwahrer Weise als „seig“ zu beschreiben, um sie zugleich als „Beleidiger“ (während der Kapitulat selbst „Zusammenhalt“ dem Strafgericht zu verschaffen). Das heißt ein Mann, der solche Proben seines Mutes abgelegt hat, und überhaupt als ein Typus des preussischen Staatsliberalismus gelten kann, sich trotz allem an der Regierung erben konnte, hienach zu ur-

ber ist die Rolle diese herabgesunken ist. Herr Friedberg meinte:

„Die Regierung ist schlapp, sehr schlapp, aber niemals reaktionär, dazu ist sie gar nicht stark genug.“

Danach errang Herr Friedberg einen kleinen Erfolg. Die preussische Regierung aber darf einem Leib tun, wenn sie sich sogar von einem Friedberg dergleichen gefallen lassen muß. Schließlich wurde eine Resolution des Provinzialausschusses, die von den Fraktionen eine liberalere Haltung forderte, mit 59 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Ähnlich ging es in Chemnitz zu. Obwohl der bekannte Schachmacher Vogel sich für die Parteiloberei ins Zeug legte, fand der Syndikus S t r e s e m a n n Anhang, der über die „Abschwächung“ des liberalen Gedankens klagte. Schließlich wurde eine Resolution des Dresdener Landgerichtsdirektors S e t t n e r angenommen, durch welche sich der sächsische Provinzialparlament mit der Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Reichsfinanzreform nicht einverstanden erklärte.

Es ist merkwürdig, daß solche Ersetzungen an der nationalliberalen Partei sogar in jenen Gegenden zulage treten, wo der „Liberalismus“ längst mit einem brutalreaktionären Industrie-Feudalismus identisch geworden ist. Offenbar haben die Herren jetzt schon mächtige Angst vor den nächsten Reichstagswahlen.

## Nochmals: Schwörende Polizisten.

Ueber den Wert eines betrunkenen Gendarmen berichten die Wälder: In Frankfurt a. M. kam kürzlich das Schöffengericht in einer Klagefache zu einem freisprechenden Urteil, da sich die Aussagen dreier Zivilzeugen und diejenigen einer Reihe unbeteiligter Zivilzeugen diametral entgegenstanden. Der Fall veranlaßt den Mannheimer Juristen Dr. W. Köhler, der „Frankfurter Zeitung“ einen anderen Fall mitzuteilen, der sich vor Jahren in Rastatt zugetragen. Unter dem Vorsitz des inzwischen verstorbenen Amtsrichters Stein wurde ein Urteil gefällt, das wörtlich begann: „In Erwägung, daß die Aussagen der sechs Zivilzeugen und diejenigen des Gendarmen sich diametral entgegenstehen; in Erwägung, daß die ganze Gesellschaft betrunken war, auch der Gendarm; in Erwägung jedoch weiter, daß ein, wenn auch betrunkenen Gendarm immer noch mehr Glauben verdient, als sechs gleichfalls betrunkenen Bauern; aus diesen Gründen...“

Dazu bemerkt das Blatt: Dieser Fall hat sich — wie gesagt — vor Jahren zugetragen. Indessen kommt es wohl auch heute noch vor, daß den Aussagen von Sicherheitsbeamten vor Gericht eine Bedeutung beigelegt wird, vor denen die Aussagen unbeteiligter Zivilzeugen nur zu sehr verhallen. Ein Umstand, der gewiß nicht dazu angeht, das schöne Gefühl der sogenannten „Rechtssicherheit“ im Volke zu stärken.

Gegenwärtig spielen ja auch in Breslau schwörende Polizisten im Krawallprozeß eine Hauptrolle. Man wird ja sehen, ob man auch hier ihre Aussagen höher bewertet, als die der „gewöhnlichen“ Staatsbürger.

## Man muß sich zu helfen wissen.

Den „Badensern“ ist der Tod Abrechts von Preußen sehr ungelogen gekommen. Dort ist man gerade dabei, das Regierungsjubiläum des Großherzogs mit allem erdenklichen Pomp und höfischen Plitter zu feiern, also wenig geneigt, Trauerkleider anzuziehen und saure Mienen aufzusetzen. Was also tun? Auf die Festivitäten verzichten? Das Nächliegende wäre es eigentlich. Aber „das Volk“ hat sich dort schon „so darauf gefreut“, den höfischen Brunt anstaunen zu dürfen. Man hat deshalb einen verflucht gescheitren Ausweg aus dem Dilemma gefunden, wie folgendes Telegramm aus Karlsruhe beweist:

Der badische Hof legt aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Abrecht von Preußen auf 14 Tage Trauer an. Wegen der Festlichkeiten zur Feier der Goldenen Hochzeit des Großherzoglichen Paares beginnt die Trauer am 24. d. Mts. und dauert bis zum 7. Oktober.

Nicht wahr, verflucht gescheit und so kolossal praktisch! Man kostet zuerst die Herrlichkeiten bis zu Ende, leert den Kelch der Freude bis zur Reige und wenn dann all die Feiertage und Bacchanalien vorbei, dann vertauscht man schnell weiß mit schwarz, den weißen Mias mit dem schwarzen Krepp und — trauert.

## Freisinniges.

Unsere Notiz gegen die Freisinnigen, die nicht den Mut haben, einem Minister das Gehalt zu verweigern, gibt dem Breslauer D e h l e - Blatt Veranlassung, die „Volksmacht“ in folgender Weise zu „widerlegen“:

„In der Tat, wenn von 433 Landtagsabgeordneten 33 — so viele sind es — gegen den Gehalt des Ministers stimmen würden, dann wäre das gegenwärtige Regime endgültig gestürzt.“

In der Tat, die Freisinnigen bleiben, was sie sind. Wenn sie in der Minderheit sind, bleiben sie resigniert passiv. Da sagen sie sich: Wir sind zu wenig, es hat keinen Zweck. Da aber, wo sie die Macht haben, da — ist es die Angst vor der Sozialdemokratie, die sie abhält, vernünftig zu sein. Daß die Ablehnung des Gehalts der Regierung eine wirksame Demonstration ist, vermag natürlich D e h l e und sein Fraktionchen nicht einzusehen.

## Schwarze Handwerker.

Mit der Neuordnung des Baurefens im Schutzgebiet Kamerun ist auch die systematische Heranbildung von Eingeborenen zu brauchbaren Handwerkern eingeleitet worden, um die teuren Arbeitskräfte der Ausländer künstlich durch billigere im Schutzgebiet selbst zu ersetzen. Die neue Lehrwerkstätte in Buea dient diesem Zweck und ist erreicht worden, damit einerseits der am Orte des Gouvernements domicillierte oberste Baubeamte Leitung und Aufsicht der wichtigsten Aufsat unmittelbar in der Hand behält und

andererseits, weil mit Rücksicht auf die in Buea selbst und dem benachbarten Soppo vorliegenden zahlreichen Bauaufgaben dort die beste Gelegenheit ist, die Arbeitskräfte der in der Anstalt beschäftigten Lehrlinge auch im praktischen Interesse sofort nutzbar zu machen.“ — So melden die Wälder. Die deutschen Handwerker werden ob dieser Nachricht wenig erbaut sein; sie werden von „Schädigung des darniederliegenden Handwerks“, von „mittelstandsfreundlicher Politik“ reden. Freilich, für einen treublederen deutschen Handwerksmeister muß es ein wenig schönes Gefühl sein, daß ihm von Schwarzen Konkurrenz gemacht werden soll.

## Gegen die Neutralität der Gewerkschaften

erklärt sich das Berliner leitende Zentrumsblatt, die „Germania“. Sie ist — etwas spät — darauf gekommen, daß in Rheinland-Westfalen eine Verschmelzung der Bergarbeiterverbände geplant wird, und bemerkt jetzt zu dieser Nachricht:

Dennoch könnte es scheinen, als sei auch die Leitung des christlichen Gewerkschaftsbundes für die Verschmelzung und somit für die Preisgebung der christlichen Ideale. Demgegenüber wird uns mitgeteilt, daß die Leitung des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter nicht im Entferntesten an eine Verschmelzung denkt. Es handelt sich um eine sozialdemokratische Sache, wozu sich einige gedankenlose Mitglieder des christlichen Verbandes mißbrauchen ließen.

Dennoch scheint das gemeinsame Bestreben der Arbeiter, sich günstigere Lebensbedingungen zu schaffen, den „christlichen Idealen“ des Zentrums zu widersprechen. Deutlicher könnte nicht gesagt werden, daß das Zentrum im christlichen Verstande nur einen parteipolitischen Verein zu Zentrumszwecken sieht. Sonst pflegen gerade die Zentrumsleute zu behaupten, daß die modernen Gewerkschaften parteipolitische Verbände der Sozialdemokratie seien. Jetzt wird das offenkundige Bestreben, einen neutralen Gewerkschaftsverband zu gründen, als „sozialdemokratische Mach“ abgetan. Dem christlichen Bergarbeiterverband hat das Zentrumsblatt durch solche Offenherzigkeit kaum einen besonderen Gefallen erwiesen. Es zeigt übrigens von keinem allzu großen Vertrauen in die christliche Gesinnung der Zentrumschäpchen, wenn man sie so ängstlich von jeder Verbindung mit Sozialdemokraten fernhalten will.

## Wille und Erkenntnis.

In seinem Aufsatz „Grundsätze oder Pläne“ (Nr. 50 der „Neuen Zeit“) beschäftigt sich Genosse K. K a u t s k y u. a. auch mit einem Artikel des Genossen F. S t a m p f e r „Der Führer“, der auch von uns (an Lassalles Todestage) veröffentlicht wurde. Die betreffende Stelle in Kautskys Artikel lautet:

Auf den Willen, nicht auf die Situation kommt bei Stampfer alles an. Einen Artikel zu Lassalles Todestage schließt er mit den Worten: „Die Willen brauchen nur zu wollen, so stark, so klug, so ganz auf Eines und nur auf das Eine gerichtet, wie Lassalle wollte, und sie sind frei.“

Kindlicher kann man sich eine so gewaltige Aktion kaum vorstellen. Wenn das einem Genossen passiert, der kürzlich erst von den Nationalsozialisten zu uns kam, ist das nicht verwunderlich. Die letzten nur von derartigen kindlichen Illusionen, gingen freilich auch daran zu Grunde. Aber von Genossen, die seit einem Duzend von Jahren oder länger bei der Partei sind und sich jetzt jeder als berufene Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung fühlen, sollte man mehr Verständnis für diese und die darauf beruhende Taktik unserer Partei erwarten.

Dazu schreibt uns nun Genosse Stampfer: Es ist eine mißverständliche Auffassung meiner Worte, wenn Genosse Kautsky ihnen entnehmen zu können glaubt, bei mir komme alles auf den Willen, nicht auf die Situation an. Das ist ebensovienig richtig, wie daß bei den Genossen Kautsky, als einem wahrhaft berufenen Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung, etwa alles auf die Situation und nicht auf den Willen ankommen könnte. Wenn in der Gesellschaft, in den wirtschaftlich-politischen Verhältnissen die materiellen Vorbedingungen für eine politische Aktion nicht gegeben sind, wird auch der stärkste und leidenschaftlichste Wille nicht zum Ziele gelangen können. Davon bin ich ebenso fest überzeugt, wie Genosse Kautsky. Genosse Kautsky ist aber gewiß ebenso fest überzeugt, daß dem Proletariat in seinem Klassenkampf die Erfüllung einzelner Forderungen oder die Erreichung ihres Endziels keineswegs als gebatene Taube in den Mund liegt, daß es vielmehr dazu der Arbeit und des Kampfes, kurz der lebhaftesten W i l l e n s a n s t r e n g u n g bedarf. Das Prinzip der materialistischen Geschichtsauffassung fordert uns nicht bloß dazu auf, gegebene Verhältnisse zu erkennen und Wissen zu erwerben, das auf sich allein gestellt, kraftlos ist, sondern unserer Erkenntnis entsprechend zu wollen und zu handeln. Das ist nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit, die nur von jenen Gegnern der materialistischen Geschichtsauffassung bestritten wird, welche ihr eine „grob mechanische und fatalistische Tendenz“ unterstellen.

Der wirkliche Unterschied zwischen Kautsky und mir besteht also augenscheinlich nicht so sehr in verschiedenen gefärbten Auffassungen der materialistischen Geschichtsauffassung, als in einer verschiedenen Beurteilung der gegebenen Verhältnisse, die ich im Hinblick auf die Möglichkeit, politische Erfolge zu erzielen, optimistischer zu betrachten (siehe als Kautsky). Indes ist auch Kautsky nur pessimistisch in der Beurteilung der nahen Gegenwart, aber optimistisch in der Beurteilung einer nahen Zukunft; denn er führt aus, in Rußland werde es noch weit besser kommen, und dann werde auch Deutschland wieder in stärkere Bewegung geraten.

Ich halte es für notwendig und möglich, daß bis zu jenem Augenblick auch Deutschland in stärkerer Bewegung erhalten wird, als es derzeit der Fall ist. Dann wird der lebendig gehaltene Willensstrom des Proletariats durch den Eintritt verbesserter Situationen in seiner Kraft vergrößert und verbreitert werden. Ich würde es aber für falsch halten, den Willen der Arbeiter bis zu diesem zu erhoffenden Augenblick schlafen zu lassen, vielmehr halte ich es für die Pflicht jedes in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen, ihn zu wecken und anzukurbeln. In diesem Sinne und mit voller Verechtung, wie ich glaube, habe ich den Hunderttausenden von Arbeitern, deren mein Artikel unterbreitet wurde, Lassalle als das Vorbild vorbildlichster Energie gefeiert und ihnen zugerufen, sie brauchen nur so stark und klug, so ganz auf Eines und nur auf das Eine gerichtet, wollen, wie jener wollte, und sie seien frei. Das war jedenfalls sozialdemokratischer und mehr der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechend gedacht, als wenn ich ihnen etwa gesagt hätte: „Ihr müßt Euch auf den Kopf stellen, ihr erreicht doch nichts!“ Eine so trübselige, alles in eine bestimmte Zukunft verschiebende Auffassung würde der Sozialdemokratie, und überhaupt jeder proletarischen Aktion, sehr wenig förderlich sein. Ich hoffe, daß sie weder Kautskys Auffassung noch die Auffassung der Partei ist!



**Eine Massen-Ausweisung polnisch-russischer Arbeiter steht bevor, wie aus einem Zirkulare hervorgeht, das die Essener Polizeiverwaltung an die dortigen Unternehmer und Werke hat ergehen lassen. Das wichtige Dokument, welches uns den Polizeistaat Preußen in seiner ganzen Glorie zeigt, hat folgenden Wortlaut:**

Der Oberbürgermeister. Essen, den ... 1906.  
Soweit hier bekannt ist, werden von Ihnen Arbeiter russischer, litauischer resp. ausländisch polnischer Nationalität beschickt.  
Ich sehe Sie ergebenst hierdurch in Kenntnis, daß eine Weiterbeschäftigung bzw. weitere Veranziehung dieser Art Ausländer nach den bestehenden Bestimmungen unter keinen Umständen gebilligt werden kann.

Es werden deshalb diejenigen Ausländer dieser Art, welche in neuerer Zeit herangezogen sind bzw. noch zuziehen sollten, alsbald aus Preußen ausgewiesen, während denen, die schon längere Zeit sich ungehindert im Zustande aufhalten, zum Verlassen des Staatsgebietes noch eine Frist bis zum 20. Dezember 1906 bewilligt wird.

Es muß Ihnen überlassen bleiben, für geeigneten Ersatz der fraglichen Arbeiter durch inländische Arbeiter oder durch solche Ausländer, die dem Ausweisungsbefehle nicht unterliegen, zu sorgen.

Der Beigeordnete: Seibach.

Die Polizei verbindet also in diesem Falle ihre Geschäftigkeit gegen das Unternehmertum mit ihrer Hilfsbereitschaft gegen die Knuten-Regierung.

**Eine Amnestie in Altenburg.** Der Herzog von Altenburg hat, wie offiziös gemeldet wird, aus Anlaß seines 80. Geburtstages einer größeren Anzahl von gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen Gnadenbewehrung dadurch zuteil werden lassen, daß vollständiger oder teilweiser Straferlass oder Umwandlung in eine mildere Strafe oder vorläufige vorläufige Entlassung, oder Strafschub mit Rücksicht auf Wagnadigung bei Wohlverhalten verfügt worden ist.

**Eine neue Lehrer-Maßregelung.** Aus Kiel wird gemeldet: Laut „Seindal“ wurde der Lehrer Müller in Auenhüll wegen unpatriotischen Verhaltens anläßlich der Schulfest am Sedantage seines Amtes enthoben.

Man kann neugierig sein, was die Kollegen des so von der preussischen „Toleranz“ Betroffenen dagegen unternehmen werden.

**Die empfindlichen Ohren des Hofes oder: Die Staatsgefährliche Trompete.** Die Mühle von Sanssouci, die dem alten Fritz so viel Verdruß machte, klappert nicht mehr. Aber die königliche Sozialhaltung in Potsdam hat es auch heute noch schwer, dem Lärm der Außenwelt zu entgehen. So schallten aus Eiche bei Bornstedt von Zeit zu Zeit die bekannten hässlichen Klänge einer Lärmpumpe in die stillen Gärten des Neuen Palais. Ob sie von der kaiserlichen Familie, die sich zeitweise dort aufhält, störend empfunden werden, weiß man nicht. Doch glaube der Amtsvorsteher des Ortes die durchlauchtigsten Trommelfelle vor den Schallwellen einer besonders rabiaten Trompete schützen zu müssen. Er verbietet dem Gastwirt, der die „Mühle“ machen ließ, die Hinzusetzung des Wechsinstrumentes. Der Wirt weigerte sich, dem Verbot nachzukommen. Vor das Landgericht zitiert, fand dieses auch keinen Grund, ihm die Trompete zu entziehen; nun hat auch das Kammergericht sich auf seine Seite gestellt und die gegen das erste Urteil eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft verworfen. — Das Kammergericht, mit dem schon der alte Müller von Sanssouci seinem König gedroht. Die Mühle klappert — wie gesagt — nicht mehr, so ist wohl anzunehmen, daß nach abermals 100 Jahren auch die Trompete ausgeblasen hat. Bis dahin aber haben sie im Neuen Palais nichts zu lachen!

**Kleine politische Nachrichten.**

Wie die „Münch. Allg. Ztg.“ aus sicherer braunschweigischer Quelle meldet, soll der dritte Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht, Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, vom Regentenschafterat der Landesversammlung zur Wahl als Regent für Braunschweig vorgeschlagen werden. — Der Abgeordnete Erzberger beschuldigte zwei Berliner Wähler, von der Regierung des Kongostaates bestochen zu sein. — Das Wahlkomitee für den dritten Berliner Landtagswahlkreis hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Sagan als Kandidaten für die bevorstehende Ersatzwahl nominiert. — Es verlautet, daß das Oberkommando der Schutztruppe von der Kolonialabteilung getrennt und dem Kriegsministerium unterstellt werde. — Für den Eisenbahn-Direktionssitzbezirk Altona sind, dem „Hamb. Korresp.“ zufolge, große Verbesserungen in Aussicht genommen. Die Hauptbahnen mit zwei Gleisen sollen zum Teil bergeseitig ausgebaut werden. — Polizeirat Bela Wenzel, der seinerzeit die Untersuchung in der Jevijä-Angelegenheit führte, hat sich in seinem Amtszimmer in Budapest erschossen. — Der französische Minister des Innern Clemenceau beauftragte den Dr. Darier, die Augenhygiene in den deutschen Schulen und die Einrichtungen der deutschen Augenkliniken zu studieren. — In Zettlitz sind von vier bis vier Jahren hat der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen bisher Geldpreise im Gesamtbetrag von 30.000 Mark für Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens und für hervorragende schriftstellerische Arbeiten im Höchstbetrage von 7000 Mark (mindestens 1500 Mark) zur Verfügung gestellt und zur allgemeinen Verbesserung öffentlich ausgeschrieben. Vom Jahre 1908 ab und dann alle vier Jahre wird der Verein — laut Beschluß der letzten Versammlung — eine weitere Summe von 15.000 Mark mit der Bestimmung ausgeben, daß gegebenenfalls heraus ohne Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbes entsprechende Prämien für die Lösung besonderer sachlicher Aufgaben auf dem bezogenen Gebiete oder für die Abfassung schriftstellerischer Arbeiten über Eisenbahnwesen gewährt werden können. Man erwartet davon einen starken Anreiz zu erhöhter Tätigkeit auf dem Gebiete der das Eisenbahnwesen betreffenden Verbesserungen, Erfindungen und schriftstellerischen Arbeiten.

**Ausland.**

Von der goldenen Internationale. Deutsche, französische und schweizerische Seidenfärber-Besitzer haben, wie das Züricher „Volksrecht“ mitzuteilen weiß, kürzlich einen internationalen Ring zur Preisstreikerei gegründet. Durch das Statut ist unter anderem festgesetzt, daß die Verbandsmitglieder bei Vermeidung hoher Vertragsstrafen die Preise, insbesondere auch die Erschwerungsgrenzen und die beschlossenen Bedingungen streng inne zu halten haben. Vergütungen irgend welcher Art und Form, die auf Bevorzugung eines Kunden hinzielen, sind gleichfalls unter strengster Strafe gestellt. Dem Ring traten sofort 47 Firmen bei, wovon 44 deutsche, eine französische und zwei schweizerische. — Die freie Konkurrenz, die sonst als ein kulturförderndes Moment beherrschend wird, ist hier also, wie bei vielen anderen internationalen Ringbildungen, aufgehoben. Die Herren Patrioten der verschiedenen Vaterländer verbinden sich mit einander, um die Konsumenten tüchtig zu rupfen.

**Prostitution und Polizei.** In Dänemark tritt am 1. Oktober ein Gesetz in Kraft, das die Uebervergewaltigung

der Unzucht durch die Polizei aufhebt. Zur möglichen Hinführung der Prostituierten auf die Wege ehelichen Erwerbes hat sich nun ein Komitee gebildet, dem auch der Polizeiarzt angehört. Dieser hat mit 500 jener der Sittlichkeitspolizei unterstellten Frauen über eine Unterstützung durch das Komitee gesprochen, doch wünscht die Mehrzahl sich selbst zu helfen. Andere erbat den Beistand des Komitees zu ihrer Ueberführung nach Paris, London oder New York. Diese Gesuche wurden aber abgelehnt, da nur dann eine Unterstützung des Komitees erfolgen wird, wenn sich die Prostituierten zum Verlassen der Hauptstadt entschließen, um sich auf dem Lande der ihnen zugewiesenen Arbeit zu widmen. Ein kleiner Teil dieser eingeschriebenen Frauen, von denen sich jedoch durchschnittlich 27 vom Hundert der Kontrolle zu entziehen gewohnt haben, befindet sich in so angegriffenem Zustande, daß sie für den Rest ihres Lebens der Armenfürsorge anheimfallen werden. — So in Dänemark. Auch bei uns in Deutschland ist die Aufhebung der Polizeivollmacht auf diesem Gebiete und eine gesetzliche Regelung der Prostitutionsfrage, die sowohl die Abwehr der Geschlechtskrankheiten als auch die persönliche Freiheit und menschenwürdige Behandlung der Prostituierten verbürgt, eine bringende Notwendigkeit. Die heutigen Zustände, wo hier Vordelle trotz ihrer Ungeheuerlichkeit stillschweigend geduldet werden, dort nicht, sind auf die Dauer unerträglich und eines Kulturstaates unwürdig.

**Die Wahlen in Norwegen.** Bei den Stortingwahlen, für die noch eine Stichwahl nötig ist, wurden bisher gewählt: 67 Mitglieder der Linken, von denen 87 als regierungstreulich angesehen werden, 44 Mitglieder der Sammlungspartei und 12 Sozialisten. Die Regierungsparteien werden in dem neuen Storting 81 Mitglieder zählen. Erst nach dem Zusammentritt des Storting wird es sich herausstellen, ob die Regierung die Majorität besitzt, und wie groß diese ist. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß die Linke, die im neuen Storting sich in der Mehrheit befindet, ein ausschließlich linksstehendes Ministerium verlangen wird.

**Schweden will es mit der russischen Meuterei nicht überdauern.** Aus Preisen, die der Rabattenpartei nahe stehen, verlautet, die schwedische Meuterei habe ein Gesuch des Vertreters der Partei, die Tagung des Kongresses in Stockholm zu versetzen, aus internationalen Rücksichten abschlägig beschieden.

**Russischer Uebergriff.** Aus Mailand meldet uns der Draht: Der sozialistische „Avanti“ meldet aus Petersburg die Verhaftung seines Korrespondenten Fritz Patrizi. Das Blatt erklärt, der Korrespondent sei englischer Nationalität und sei im Besitz eines von der Petersburger englischen Volkspost ausgegebenen Passes gewesen. Die Volkspost soll sich auch bereits der Angelegenheit angenommen haben.

England fadelt bei solchen Gelegenheiten nicht so lange, wie das dem Parzen ergebene Deutschland. Unser Genosse dürfte deshalb recht bald seiner Freiheit entgegensehen.

**Die österreichischen Arbeiter und die Wahlreform.** Aus Wien wird berichtet: In sechs massenhaft besuchten Versammlungen hat die Arbeiterpartei wieder über die Wahlreform und ihre Gegner beraten. Wenn auch die Referenten diesmal von den Fortschritten in den Verhandlungen der Wahlreformankommission berichten konnten, so zeigten diese Versammlungen doch, daß die Stimmung in der Arbeiterschaft noch immer die alte, kampfesfreudige ist. Wenn auch die ärgste Zeit der Gefahr vorbei ist, so legen die Arbeiter die Hände nicht in den Schoß. Sie sind nach wie vor bereit, für ihr Recht zu kämpfen, wenn es die Feinde der Gegner notwendig machen sollten.

**Das österreichische Abgeordnetenhaus** ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Es verhandelte zunächst über einen heute eingebrachten Dringlichkeitsantrag Gruby, betr. die Vorfälle in Troppau während der letzten Monate. Der Antragsteller begründet eingehend die Dringlichkeit und verlangt Maßnahmen zur Gewährleistung der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Sicherung eines ruhigen Nebeneinanderlebens der Bewohner Troppaus. Im Einlauf befindet sich eine Interpellation Breiter, ob die Regierung bereit sei, auf das Ministerium des Auswärtigen einzuwirken, damit es im Einvernehmen mit den Regierungen aller Kulturstaaten oder allein einen energischen Protest gegen das Repressallienystem in Rußland erhebe, und die diplomatischen Beziehungen zu Rußland, so lange dieses System gehandhabt werde, abbreche.

**Verbot der Verwendung von Bleiweiß in Oesterreich.** Die Statthalterei von Niederösterreich (Wien) hat angeordnet, daß bei künftigen Vergebungen von Auftragsarbeiten bei Bauten, welche für Reinigung der Statthalterei erfolgen, die Verwendung von bleiweißhaltigen Farben verboten wird.

**Die holländische Thronrede zur Eröffnung der Generalstaaten** führt, wie man aus dem Haag meldet, u. a. folgendes an: „Der Stand des Landes und der Kolonien ist sehr zufriedenstellend, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind die freundschaftlichsten.“ Die Thronrede kündigt die Revision der Gesetzgebung, betreffend die Aktiengesellschaften, und die Revision des Strafrechts an. Die Erhöhung der Steuerpflicht für Lizenzen und andere Urkunden, die Labalfsteuer und die technische Revision des Postverkehrs werden folgen. Die Zuckersteuer wird herabgesetzt und diejenige der Spirituosen erhöht. Die teilweise Eröfnerung des Jubiens wird erwogen. Schließlich werden noch eine Anzahl sozialer Gesetzentwürfe angekündigt, wovon der holländisch-jubien eine größere finanzielle Selbständigkeit gegeben werden soll.

**Literatur.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist schon das 51. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schwarzeher. — Mannheim. Von H. Hebel. — Englische und preussische Bergarbeiterverhältnisse. Von Otto Has. — Das städtische Landproletariat und die Sozialdemokratie. Von Otto Braun-Königsberg. — Wahlrechtsbewegung und Massenstreik. Von Leo Kross. — Klassenkampf und Massenstreik. Von Hermann Klein. — Zur theoretischen Durchbildung der Arbeiterklasse. Von Otto Forster, Schumacher. — Jugendbewegung und Sozialdemokratie. Von Hermann Damm-Hamburg. — Partei und Religion. Von Georg Müller-Lachau.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postämter zum Preise von 2,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post mit pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.  
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist aus dem Heft 19 des 16. Jahrgangs zu ersehen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vom Parteitag in Mannheim. — Frauenstimmrecht. Von A. Br. — Die Antipathie weiblicher Arbeiterinnen an die Krankenpflege. Von Friedrich Kreis. — Aus dem Spezialbericht der badischen Fabrikarbeiterinnen. I. Von G. H. — Aus der Jugendbewegung. Von F. M. — Aus der Bewegung: Von der Religion. — Konkurrenz der Gewerkschaften des schlesischen Industriegebietes. — Arbeiterbewegung in

Vertrauensperson des Kreises Nieder-Barnim. — Jahresbericht d. Kreisvertrauensperson von Magdeburg und Umgebung. — Weibliche Delegierte zur Frauenkonferenz. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Dienstkostenfrage. — Krankenkassen. — Verklebenes. — Dittmings. — Familien: Kampfmelle. Von Joh. Henry Maday (Gedicht). — Am Tore der Wissenschaft. Von H. R. — Zur Saal. Von Theodor Storm. — Frauen - Zeitschrift: Die Gleichheit. Von Friedrich Schiller. (Gedicht). — Verewerfle. Von Dr. Hoyer. — Adams Lehmann. — Ein Kapitel von der Liebe. Von Ludmilla Duesel. — Sturmestöße. Von Nikolaus Lenau. (Gedicht). — Minder Karm. Von Ernst Almsloh. — Die Mutter als Erziehlerin. — Für die Hausfrau. — Herbst. — Von Edgar Wallentin. (Gedicht in Prosa). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis des Nummern 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

**Vereins-Kalender.**

**Breslau.**

**Im Parteisekretariat.**

Neue Graupenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 3141, werden jederzeit Renaufnahmen von Mitgliedern entgegen genommen und sind Aufnahmebescheinigung sowie Postkarte auf die „Volkswacht“ zu haben.

Rechtsanträge können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. Die Bibliothekenden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

**Arbeiter-Sekretariat Breslau.**

Nikolaistraße 18/19.  
Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn- und Feiertagen).

**Arbeiter-Radsportverein „Breslau“.** Jeden Mittwoch, den 19. September: Arbeiter-Radsportverein, jeden Mittwoch: Vereinskabine.

Donnerstag, den 20. September: Opfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Örtlicher-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesfeier-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr Zimmer 3 und 4. Jeder hat zu erscheinen.

Freitag, den 21. September: Öffentliche Handwerksmeister-Versammlung Abends 8 1/2 Uhr. Zimmer 2.

Sonntag, den 23. September: Arbeiter-Abend. Abends 6 Uhr im großen Saal (Emil Wallotte), Die größte Stunde.

Montag, den 24. September: Arbeiter-Sänger-Bund. Abends 8 Uhr: Ausschuss-Sitzung im Zimmer 5.

Dienstag, den 25. September: Schirmmacher und Schirmnäherinnen. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:** Distrikt 1 (Goth).

Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal. Abrechnung der Kassalisten und Programme. Besprechung über einen Ausflug. Jeder Bezirksführer hat sein Bezirksführerbuch mitzubringen. Frauen sind mit eingeladen.

Distrikt 2 (Gräßener Vorstadt). Mittwoch, den 19. September: Bezirksführer-Zusammenkunft. Abrechnung der Marken, Karten und Programme. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet, zu erscheinen.

Distrikt 4 (Nikolaiviertel). Bezirk 7, 8, 9. Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Da die Stadtverordnetenwahlen zu besprechen sind, ist das Erscheinen aller notwendig.

Distrikt 6 (Nikolaiviertel). Freitag, den 21. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung der Programme, Karten und Marken. Besprechung über die Arbeiten zu den Stadtverordnetenwahlen.

Bezirk 12 (Bosenerstraße 1—45). Donnerstag, den 20. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend.

Bezirk 14 (Bosenerstraße 2—42). Donnerstag, den 20. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Distrikt 7 (Nikolaiviertel). Bezirk 1 und 8. Donnerstag, den 20. September: Zusammenkunft und Wahlabend.

Bezirk 2 und 4. Freitag, den 21. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Bezirk 6 und 14. Sonnabend, den 22. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend.

Distrikt 8 (Oderufer). Bezirk 12 (Kohlgarten). Sonnabend, den 22. September, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Bezirk 10, 11, 12 und 13. Donnerstag, den 20. September: Zusammenkunft der Mitglieder. Wahlabend. Diskussion. Die Genossen der betr. Bezirke werden um möglichst rege Teilnahme ersucht.

Distrikt 12 (Schellenberg). Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Volk, Weststraße 26. Abrechnung der Programme. Besprechung über die Stadtverordnetenwahlen. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor). Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor). Bezirk 7. Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Bezirkslokale Poststraße 77.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis). Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft im Bezirkslokal Kleine Großschloßstraße. Abrechnung der Programme. Die Genossen werden ersucht, die Frauen mitzubringen.

Sand-Distrikt 1 (Ostkreis). Donnerstag, den 20. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Sand-Distrikt 2. Bezirk Sandau, Rosel, Eissa und Umanstah. Sonntag, den 23. September, früh 10 Uhr: Zusammenkunft in Sandau. Es wäre erwünscht, daß jeder Genosse erscheine und sich seiner Pflicht bewußt wäre, damit eine bessere Agitation entfaltet werden könnte.

Sand-Distrikt 7. Bezirk 1. Mittwoch, den 19. September: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

**Ohlau, Banitz und Oranitz.** Sonntag, den 23. September, Nachmittags 3 Uhr: Große öffentliche Versammlung bei Schmidt, Osthof, zur Stadt Delitz. Referent: Gemeindeführer Julius Bollmann-Breslau. Thema: Gewerkschaften und Untere Arbeiter-Verbande. Folgen und Kollegien anderer Bezirke sind hiermit eingeladen.

**Bilgramshain. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Sonntag, den 23. September, früh 10 Uhr: Versammlung und Wahlabend. Jeder Teilnehmer hat seinen Wahlzettel mitzubringen.

**Sirshberg. Reinhardt-Verband.** Sonnabend, den 22. September, Abends 8 Uhr: Versammlung der Arbeiter-Versammlung in der Kurbadstraße zu Gumbrecht. Tagesordnung: 1. Vortrag über Gewerkschaften oder Arbeiter-Verband. 2. Freie Diskussion. Referent: Reinhardt

Verband.



**Ständesaunliche Nachrichten.**

**Todesfälle.** IV. Georg, S. des Buchbinders Paul Dulzel, 2 W. — Gerbert, S. des Schlossers Otto Weigelt, 9 W. — Erich, S. des Technikers Georg Kiesel, 5 W. — Stäblicher Wittelschüler Wilhelm Gähler, 88 J. — Kohlenmehlmühle Auguste Willig, geb. Mabe, 71 J. — Fräulein Maurer August Leich, 70 J. — Eisenarbeiter Paul Reberth, 44 J. — Maria, T. des Hauswärters August Bertram, 4 W. — Paul, S. des Hauswärters Max Volkmann, 1 W. — Paul, S. des Paternosterführers Josef Hand, 7 W. — Hedwig, T. d. Tischlers Ernst Dollmann, 2 W. — Erich, S. d. Tischlers Karl Brendel, 6 T. — Rentier Moriz Gant, 75 J. — Gerbert, S. des Arbeiters Karl Nowak, 6 Mon. — Willi, S. des Metallformers Paul Deutsch, 5 T. — Elfrida, T. des Mannes Hermann Denkel, 8 W. — Erich, S. des Motorwagenführers Prinhold Frange, 2 Mon. — Katharina, T. des Kaufmanns Max Meier, 7 Mon. — Kaufmannsfräulein Emilie Nowotny, geb. Rater, 66 J. — Paul, S. des Tischlers Eduard Dohse, 10 St. — Olga, T. des Sigmundmachers Paul Scholz, 5 Mon. — Kaufmann Leopold Denkel, 64 J. — Arthur, S. des Gießmaschinenwärters Adolf Dreißel, 2 J. — Kaufmann Julius Wurm, 79 J. — Polonistobeger a. D. Hermann Kaufmann, 63 J. — Willi, S. des Klempners Gustav Wehner, 1 J.

**Todesfälle.** II. Richard, S. des städtischen Straßenbahnschaffers Oskar Hoffmann, 4 J. — Georg, S. d. Hauswärters Karl Kubil, 1 J. — Elisabeth, T. des Maschinenbauers Albert Hymara, 3 J. — Kaufmann Max Scheider, 62 J. — Walter, S. des

Monteurs Augustinus Wenke, 3 Mon. — Magdalena, T. des Kaufmanns Paul Gollwald, 6 Mon. — Verm. Prok. Rentmeister Emma Klein, geb. Bende, 72 J. — Gießereimeister Wilhelm Pfingst, 52 J. — Alfred, S. des Schlossers Alfred Bartel, 5 Mon. — Schneidemeisterwitwe Elzetta Parfiter, geb. Schäfer, 81 J. — Karl, S. des Restaurateurs Paul Nowroth, 8 W. — Fleischermeister Waldemar Witsch, 83 J. — Gärtner, S. des Mechanikers Georg Drebing, 1 J. — Dienstmann Robert Wers, 60 J. — Maler August Fritsch, 44 J. — Fleischermeisterwitwe Emma Müller, geb. Hücher, 43 J. — Alwin, S. des Monteurs William Forsthofer, 8 W. — Emma, T. des Fleischermeisters Wilhelm Doh, 2 St. — Erila, T. des Steinwegers Bruno Wengel, 17 Mon. — Georg, S. des Recumachers Robert Jarab, 9 W. — Arbeiterfrau Mathilde Hoffmann, geb. Sommer, 51 J. — Johannes, S. des Kaufmanns Bruno Lauterbach, 4 T. — Margarete, T. des Maurers August Nottendorf, 2 J. — Erich, S. des Müllers Franz Dalpau, 10 J. — Elze, T. des Arbeiters Wilhelm Schide, 10 Mon. — Schneidemeisterwitwe Anna Pohl, geb. Werner, 38 J. — Kunstgärtnerin Anna Neumann, geb. Winkler, 43 J. — Kurt, S. des Restaurateurs Hermann Schölich, 7 Mon. — Roman, S. des Friseurs Karl Choroblewski, 5 St. — Karl, S. des Friseurs Karl Choroblewski, 11 St. — Gastwirtwitwe Beate Illmer, geb. Streich, 66 J. — Gertrud, T. des Eisenbahn-Arbeiters August Gührle, 9 W.

**Gewerkschafts-Kartell.**

Vorsitzender: Paul Deynner, Kurze Gasse 53/55.  
Kassierer: A. Peterhansel.

**Verhandlungen der städtischen Weizen-Rollierungs-Kommission**

Breslau, 18. September.  
Pro 100 Kilogramm

	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.60	17.20	17.10	16.80	16.70	15.50
Weizen, gelber	17.50	17.10	17.00	16.70	16.60	15.40
Rooggen	15.20	14.60	14.50	14.30	14.20	14.00
Braugerste	16.50	16.10	16.00	15.50	—	—
Gerste	13.50	13.10	13.00	12.60	12.50	12.00
Safer, alter	17.80	17.30	17.20	16.80	16.70	16.80
Safer, neuer	14.80	14.40	14.30	14.10	14.00	13.60
Viktoria-Erbsen	20.00	19.00	18.00	17.00	16.00	15.00
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Neu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.  
Stroh, pro Schock 24.00—26.40 Mk.  
Wintertraps 27.50—26.00—24.00 Mk.

**Breslauer Mehlmarkt.** Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sach brutto, Weizenmehl 00 fester, 24.25—25.75 Mk. Roggenmehl 00 21.00 bis 21.50 Mk. Roggen + Danksbuden 20.50 bis 21.00 Mk. Roggen-Kuttelmehl fest, 10.50 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fest, 10.10 bis 10.50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöck. — Druck von Th. Schöck G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Hierzu 2 Beilagen.

Nach langem Krankenlager starb am 18. d. Mts. meine liebe Frau und Mutter  
**Bertha Baron geb. Michalsky**  
im Alter von 49 1/2 Jahren.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Constantin Baron und 5 unmündige Kinder.**  
Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Allerheiligen-Hospital nach Oswitz statt.

**Todesanzeige.**  
Nach langem schweren Leiden verschied am 18. d. Mts. vormittag 7 1/2 Uhr, die Frau unseres Kollegen  
**Baron.**  
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten  
Seine Kollegen und Freunde von Werkstatt „Holsteiner“.  
Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, nach Oswitz statt.

Am 18. d. Mts. verschied die Frau unseres Verbandskollegen  
**Bertha Baron**  
im Alter von 49 1/2 Jahren. 4104  
Eia ehrendes Andenken werden ihr bewahren  
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
(Zahlstelle Breslau).

Am 17. d. Mts. abends 8 Uhr, verschied plötzlich meine liebe Mutter und Schwiegermutter  
**Veronika Reiss geb. Brunst**  
im Alter von 67 Jahren 4 Monaten. 4101  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Der trauernde Sohn Ferdinand Reiss u. Frau Klara geb. Schwarzer.  
Beerdigung: Donnerstag 2 1/2 Uhr. Trauerhaus: Kl. Scheitnigerstr. 28.

**Stadt-Theater.**  
Wittwoch:  
„Sohengrin.“  
Donnerstag:  
„Cavalleria rusticana.“  
„Fajazi.“  
Freitag:  
„Othello.“  
der Mohr von Venetien.“

**Lobe-Theater.**  
Wittwoch:  
„Eugenien.“  
Donnerstag:  
„Eugenien.“  
Freitag:  
„Frühlingluft.“

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
Wittwoch  
Gruppe A, 2. Vorstellung:  
„Der Schlüsselstein.“  
Donnerstag  
Gruppe B, 2. Vorstellung:  
„Der Schlüsselstein.“

**Liebich's Etabl.**  
September-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**  
(Stimmenzer Garten).  
**12**  
Attraktionen.  
Soll zu Hochzeiten gültig.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**SCALA** Täglich überd. Somm.-Variété  
Nikolaistrasse 27.  
Die brillantesten  
**Spezialitäten.**  
11 Attraktionen.  
Die Vorstellungen finden im Saale statt und haben stets noch die Ehre des vollen Erfolges.

**Zeltgarten.**  
Dir. H. Krasnik.  
Eröffnung der Winter-Saison mit Sensations-Programm u. z.  
**Mlle. Belverte**  
die größte russische Pianistin.  
**Baronin Iness**  
**3 Honey Girls**  
**2 Firms**  
**Paul Backer**  
**Les Opavels**  
**Pippi Larsen**  
mit den  
**Attraktionen.**  
Entrée 30 Pfg.  
Scherk 50 Pfg.

**Palmengarten.**  
Dir. H. Krasnik.  
Täglich:  
**Doppel-Konzert.**  
**Elite-Orchester**  
**Naupold**  
Sitzburger Glockenspiel.  
**Mall'a.**  
Konzert für Streicher.  
Entrée frei.

**Konzerthaus Flora.**  
Dir. H. Krasnik.  
Der weltberühmte  
**„Rivelli“**  
mit seiner ausgezeichneten  
**Italienischen Kapelle**  
5 Damen, 3 Herren.  
Zum 1. Male in Breslau.  
**Entrée frei!**

Das  
**Feenreich**  
(Zeltgarten-Tunnel)  
ist eröffnet.  
Die feenhafteste Dekoration, welche  
Breslau je gesehen hat.  
**Damen-**  
**Crompeter-Corps**  
— Entrée frei. —

**Pfänder-Auktion**  
d. 21. 9. 06. Panitzstraße 26. [3965]

Liefere zu billigen Preisen auf 4057

**Kredit**

gute  
**Wohnungs-**  
**Einrichtungen**  
sowie einzelne Stücke  
bei geringer Anzahlung,  
entl. auch ohne Anzahlung,  
und am Jahre hinweg verteilte  
Ratenzahlung.

Besten, best. Garben, Rosen, Kissen, Teppiche, Gardinen, Gipsarbeiten und Porzellan  
große Auswahl bei vorzüglicher Ratenzahlung von 1 Mark.

**Lorenz Häbner**  
am Panitzstraße 7,  
I. Stage.

**Maschinenarbeiter und Tischler**  
kann sich melden 4094  
**F. Becker,**  
Polzbearbeitungsfabr., Postenstr. 38.  
**Herdainstr. 106.**  
Al. Wohn. I. u. II. Etz. (gr. St., R. u. Aufz.)  
bill. z. verm. Näh. d. Hausmstr. [4095]

**Weinstr. 30** Keine Wohnungen zu vermieten. [4075]

**Pfandlohn-Institut.**  
Geht auf Pfänder leih Pfandlohn-Institut,  
Friedrich-Wilhelmstraße 67, I. [3601]

Neue  
**Tauernienstraße 3**  
in allen Größen  
Ennais-Gabril-Lager,  
Wannen, Kammern, Eimer,  
Eisbe, Kohlenkörben,  
Petroleumlampen etc.  
billiger als im  
im Warenhaufe.

**Beste Speisekartoffeln,**  
5 Liter 20 Pfg. 8991  
**Neumarkt 22, Hof rechts.**

**Geschäftsöffnung!**  
Einem neuen Publikum zur gefälligen  
Mitteilung, daß ich  
**Bärenstrasse 21,**  
am [4093]  
**Schuhwarengeschäft**  
eröffnet habe.  
Es wird mein Bestreben sein, nur  
gute und preiswerte Ware zu liefern  
und für ein gut sortiertes Lager zu sorgen.  
Bestellungen nach Maß und Reparaturen werden prompt und billig  
ausgeführt.  
Um gütigen Zuspruch erücht höflichst  
**Felix König, Schuhmacher.**

**Reservisten-**  
**Anzüge**  
in  
den neuesten Mustern  
aus  
guten haltbaren  
**Stoffen**  
in jeder Preislage vorrätig.  
**Paul Brinitzer**  
Ohlauerstraße 18  
II. Stage 4073  
vis-à-vis Glücksmann.  
Auf jedem Stück ist der  
fests Verkaufspreis.

**Friedr.-Wilhelmstrasse 60/62**  
Ist im Laden- und Geschäftsbereich fremdhöfliche Wohnungen bald oder später zu vermieten. Preis 15—25 Mark pro Monat. 4060

**Bekanntmachung!**  
Donnerstag, den 20. u. Freitag, den 21. September  
bleibt mein Geschäft der hohen Feiertage wegen geschlossen.  
**Konfektionshaus zum Arbeiterfreund,**  
4100  
Friedrich-Wilhelmstr. 34.

**Unser Möbel- u. Warenkreditgeschäft**  
bringen wir zur gefälligen Erinnerung. 3862

**Gehr. Buchmann**  
Wachplatz u. Fischergasse 26.

Die Zahlstelle des Porzellanarbeiter-Verbandes Waldenburg  
veranstaltet am Sonntag, den 22. September, abends 8 Uhr  
im Saale der Stadtbrauerei einen  
**Rezitations-Abend**  
von Emil Walkotte. 4099  
Zum Verträge gelangt das Schauspiel:  
„Die Weber“ von Gerhardt Hauptmann.  
Entrée für Mitglieder 20 Pfg., für Nichtmitglieder 30 Pfg.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle der Porzellanarbeiter zu Altwasser.**  
Freitag, den 21. September 1906, abends 1/8 Uhr  
im Saale des „Deutschen Kaiser“ zu Altwasser:  
Rezitation: „Nachtasyl“, Szenen aus der Tiefe.  
Drama in 4 Akten von Maxim Gorki.  
Vortragender: Emil Walkotte, Schauspieler und Rezitator, Berlin.  
Eintrittskarten für Organisierte à 20 Pfg., für unorganisierte Gäste à 30 Pfg.,  
sind im „Deutschen Kaiser“ zu haben. 4092  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet hiermit die Arbeiterchaft von Altwasser  
und Ungerech freuntlich ein: Die Zahlstellenverwaltung.

**Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Zahlst. Altwasser.**  
Sonntag, den 23. September, im Gasthof zur Krone, Altwasser:  
**Herbstvergnügen**  
bestehend in humoristischen Vorträgen, Festrede und Tanz.  
Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Anfang 5 Uhr.  
4098 Die Ortsverwaltung.

**Alfred Schufftan, Apotheker**  
Parfümerie, Drogerie  
Neue Schweißdritzerstr. 17, am Palast-Restaurant  
Fernsprecher 3183. 4041  
Abteilung: **Drogen etc.**  
Alle Artikel zur Wäsche, Kranken- u. Kinder-Pflege in all. Preislagen.  
Mithauger, garantiert rein, das Pfund 0.90 Mk.

**Auf Kredit**

**Anzüge**  
Damen-Konfektion

**Möbel** für 98 Mk. Anz. 10 Mk.  
für 156 Mk. Anz. 15 Mk.  
eto. eto. 4096  
Einzelne Stücke als: Betten, Schränke,  
Vertikows, Tische, Stühle etc.  
Anzahlung von Mk. 5.— an.

**S. Osswald**  
Schuhbrücke 74, I. II. u. IV.,  
gegenüber der Magdalenenkirche.  
Kredit auch nach auswärt.  
Kataloge gratis u. franko.  
Sonntags geöffnet  
von 8—9, 11—2.  
Auch gegen  
bar.



## Die Opfer des Breslauer Polizeikrawalls vor Gericht.

Erster Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlungen, über die wir gestern bereits berichtet haben, begann die Vernehmung der Angeklagten mit der des Arbeiters **Marx Adam**, der Mitglied des „Frisch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins“ ist. — **Vors.**: Haben Sie die Arbeit damals niedergelegt? — **Angeklagter** (zögernd): Wir mußten ja. — **Verteidiger** **Justizrat Hein**: Es handelt sich ja um gar keine Arbeitsunterbrechung, sondern um eine Aussperrung. — **Vorsitzender**: Also man hat von Ihnen verlangt, daß Sie höheren Lohn beanspruchten sollten? (Setzt sich bei den Angeklagten und Zuhörern.) — **Angeklagter**: Nein, im Gegenteil. — **Vorsitzender**: Weshalb wurden Sie ausgesperrt? — **Angeklagter**: Ich weiß es gar nicht, ich bin ja bloß im Gewerkschaftsverein. — **Vorsitzender**: Vielleicht weiß der nächste Angeklagte Bescheid. — **Angeklagter** **Zeich**, ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, erzählt darauf, daß die Forderungen wegen einer Lohnsteigerung gestreift hätten, daß die diese sich weigerten die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, von den Metallindustriellen

### alle organisierten Arbeiter ausgesperrt

wurden seien, sowohl die des Verbandes, wie des Frisch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins und der christlichen Organisationen. **Justizrat Mamroth**: Mit Ausnahme der Mitglieder der katholischen Arbeitervereins. — **Verteidiger** **Justizrat Hein**: Es ist möglich zu konstatieren, daß die Angeklagten größtenteils gar nicht wissen, weshalb sie ausgesperrt wurden.

Wie ihnen zur Last gelegten Verlastigungen und Verleumdungen der Arbeitswilligen — die Angeklagten sollen zu ihnen nach der Anlage Wachtel, Lump, Schuft, Schweinhund, Mausekack, Heringsbändiger, Elefant usw. gesagt und einige sogar angepöbel haben — bestritten die Angeklagten sämtlich. Es ergeben sich bei dieser Vernehmung

### einige heitere Szenen:

so als der Angeklagte **Gerlach** die ihn betreffende Aussage eines Arbeitswilligen dadurch abschwächen will, daß er behauptet, jener sei immer im Schlaf am. — **Vorsitzender**: Was soll denn das heißen? — **Angeklagter**: Er weiß gar nicht. — **Vorsitzender**: Also er war betrunken. — **Angeklagter**: Ja. — Nach dem Grunde gefragt, weshalb er einen Arbeitswilligen „Elefant“ genannt habe, erklärt der Angeklagte **Rosch**, der Arbeitswillige habe überall behauptet, er stehe unter dem Pantoffel und müsse den Kinderwagen schieben. Das sei natürlich nicht wahr, versichert **Rosch** dem Vorsitzenden unter allgemeiner Heiterkeit auf das nachdrücklichste. — **Setzt** erregt auch die Vernehmung des Angeklagten **Heinrich Adam**, der in dem Maße flötet, daß er kaum ein Wort herausbringen kann, die Arbeitswilligen aber beschimpft haben soll. — Der Schamane **Saase**, eine der beiden weiblichen Angeklagten, wird vorgeworfen, das Vorgehen der Schutzmannschaft mit blanker Waffe

### gemein und roh

genannt zu haben. — **Frau Saase** führt an, sie habe gesehen, wie **5 bis 6 Schupente über ein ruhig seines Weges gehendes älteres Ehepaar** hergefallen wären und auf den Mann eingeschlagen hätten. — **Vors.**: Wenn sich das wirklich so abgespielt hat, wäre Ihre Entlastung ja berechtigt gewesen.

Der Arbeiter **Stumpf** soll nach der Anlage auf dem Striegauerplatz „das Bestreben dokumentiert haben“, den Platz nicht zu verlassen. — **Angeklagter**: Ich hatte Streikposten gestanden und habe von der Aufforderung des Kommandeurs der Schutzmannschaft nichts gehört. Ich soll ja auch

### die hochwohlwollende Polizei

ausgelacht haben. Das kann aber nicht sein, da ich von jeher nur eine ernste Miene habe. (Setzt sich.) — Der Angeklagte **Schneider** soll auf einen Schutzmann mit gekrümmtem Messer losgegangen sein. — **Vors.**: Ist die gemeinste Lüge, die je erdacht worden ist, ruft **Schneider** entsetzt aus. Weiter soll nach der Anlage der Arbeiter **Zeich** dem Pferde eines Schutzmanns in die Hufe fallen sein und nach dem Galop des Pferdes mit der Faust gestoßen haben. — **Zeich**: Ich habe ja 5 bis 6 Meter von jenem Vorfall entfernt gestanden und mühte über die Menge weggegangen. So lange Arme habe ich aber nicht. (Setzt sich.) — Der letzte Angeklagte, der Winterjährige **Stumpf**, macht einen ganz kinderhaften Eindruck. Gegen ihn hat der

## Die Kosaken.

Nicht ohne Grund hat die russische Regierung bisher die Kosaken überhaupt und die am Don insbesondere als ihre „getreuen Diener“, als „Schutz und Stütze des Selbstherrschertums“ angesehen. Bis in die allerletzte Zeit noch war sehr viel Wahrheit an allen diesen Meinungen.

Wirtschaftlich besser gestellt, im Besitz verhältnismäßig recht großer Landanteile, waren die Kosaken stark an der Erhaltung einer Ordnung interessiert, in der sie die Grundlage ihres Wohlstandes erkannten. Die Beziehungen zu dieser „Ordnung“ stellten sich die Kosaken folgendermaßen vor: „Man gibt uns Land, wir dienen dafür so, wie es unsere Väter und Großväter getan haben“. Das war ein rein geschäftliches Verhältnis, gleichsam auf einen vorgeschriebenen Vertrag gegründet und bindend, so lange die Bedingungen dieses Vertrages beiderseits streng gehalten wurden. Als in einigen Fällen, so bei der Einführung des Instituts der Semstwo, den Kosaken schien, man wolle sie „zu Bauern machen“, sie „mit Steuern belasten“, da waren unter ihnen recht betrübliche Reden zu hören: „Besser, wir wandern nach dem Amur aus, als daß wir um unseren Kosakenstand kommen... Wir werden zu den Engländern übergehen. Sie haben uns ja schon seit langer Zeit eingeladen und uns goldenen Boden versprochen.“

Der Pakt mit der Autokratie hatte den Grund und Boden der Kosaken zur Voraussetzung, und während der letzten 30 Jahre hat die Regierung daran nicht gerüttelt. Da fühlten sich denn auch die Kosaken verpflichtet, ohne Murren allerlei Eingriffe der Orts- und Zentraladministration in ihr Privatleben ruhig zu dulden. Andererseits konnten sie auf die ganze übrige, nichtkosakische Bevölkerung von oben herab blicken, den Namen Russe entrüstet zurückweisen und, was die Hauptsache war, die Feinde der Regierung als ihre eigenen Feinde betrachten. Die Regierung konnte sich auf die Ergebenheit der Kosaken verlassen.

In den letzten Jahren aber erhielt diese echt kosakische Weltanschauung einen Riß, der mit den Jahren immer breiter und breiter wurde. Das Land, das die Grundlage der Ergebenheit und Treue der Kosaken war, war die erste Ursache hierzu. Zwar hat die Regierung die einmal festgesetzten Grenzen des

Breslauer Polizeipräsident **Dr. Wentz** Strafantrag wegen Verleumdung der Breslauer Polizei gestellt, weil Schimpf auf dem Striegauerplatz gesagt haben soll, die Schutzleute sind heute wohl alle verrückt. Der Junge bestreitet, eine solche Äußerung getan zu haben. — Nachmittags war die Vernehmung der 46 erschienenen Angeklagten beendet. Erwähnt sei noch, daß circa 12 Angeklagte bei den Vorgängen auf dem Striegauerplatz Verletzungen davongetragen haben.

### Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wurde der Arbeitswillige **Niederger** vernommen, dem der Angeklagte Köpfe an die Wade gespuht haben soll. Köpfe bestreitet das. Das Verfahren gegen ihn wurde daraufhin vertagt, da neue Zeugen über den Vorfall benennen werden sollen. — **Vorsitzender** (zum Zeugen **Niederger**): Haben Sie Strafantrag gegen Köpfe gestellt? — **Zeuge**: Nein. — **Vorsitzender**: Wollen Sie, daß er wegen seines Benehmens Ihnen gegenüber bestraft wird? — **Zeuge**: Nein. — **Vorsitzender**: Warum nicht? — **Zeuge**: Er hat Frau und Kinder. — Morgen wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Verhandlung moht im Auftrage des Breslauer Polizeipräsidenten **Polizeikommissar Finger** bei.

## Die russische Revolution.

### Die Kaserei wächst.

**Warschau**, 19. September. In der Prager Fortstadt zurückgelassen gestern **4000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavallerie mit 12 Kanonen** die Weichselhalbinsel, eine ebenso starke Truppenabteilung besetzte die Weichselufer an der Stelle, wo bei Brückenarbeiten der Stadt große Arbeitermassen versammelt waren. Das Militär verhaftete **900 Brückenarbeiter, die sich völlig ruhig verhielten, samt dem technischen Personal**. Außerdem wurde die ganze männliche Bevölkerung der Weichselhalbinsel, sogar Kranke, festgenommen und in die Kasernen gesperrt. Eine geringe Anzahl davon wurde später wieder freigelassen. **400 Personen wurden in die Staatsgefängnisse überführt**, darunter mehrere Brückenbau-Beamten, sowie mehrere mit Brückenarbeiten beschäftigte Studenten. Eine Erklärung für diese Massenverhaftungen liegt bis jetzt nicht vor.

**Odesa**, 19. September. Die unaufhörliche Agitation der reaktionären Parteien verursacht große Erregung unter der jüdischen Bevölkerung. Die Zahl der Arrestanten wächst; vorgestern wurden allein über **hundert Personen verhaftet**. Drei politische Verbrecher kündeten im Gefängnis ihre Bille an, um während der Panik zu entfliehen. Der Plan mißlang.

Auf Befehl des Generalgouverneurs wurden über **hundert Personen ausgewiesen**. Die Massenarrestierungen dauern fort. Auf der Straße werden täglich **Juden von Mitgliedern des Bundes des russischen Volkes niedergeschlagen**.

### Lebt Trepow?

**Petersburg**, 18. September. Das Mitglied des Verbandes russischer Männer, **Unlatsch**, behauptet in der „**Russkaja Smenja**“, daß **Trepow eines unnatürlichen Todes gestorben ist**. Dagegen bringt die Zeitung „**Narod**“ eine Mitteilung, wonach **Trepow garnicht gestorben ist, sondern am den Nachstellungen der Revolutionäre zu entgehen, mit seiner Familie sich ins Ausland begeben hat**. (?)

### Notzüchtigung der Wahrheit.

Der Gouverneur **Schmalow**, der Bluthund, bei der Juden-schlächterei von Siedlitz auf dem Gewissen hat, hat die ungeheure Frechheit, sich vor der Öffentlichkeit als trauernder Patriot und Menschenfreund zu zeigen, der die unglücklichen Bewohner, die die Opfer der Schlächtereien und Blünderung waren, ermahnt — fürderhin keine Gewalttaten zu begehen und Frieden zu halten. Der Mörder, der seinen Opfern Friedfertigkeit predigt! Dieser Unmensch, dessen Hand noch triefte vom Blute Unschuldiger, vom Blute entsetzlicher gefolterter Frauen und Kinder, dieser Schandbube wagt es, noch behaupten zu können, daß er seine Opfer gewölbt haben, sie zu beschimpfen und die Schuld auf sie abzumähen.

Und es gibt wirklich deutsche Blätter — die „Nordb.

Algem. Ztg.“, die „Kreuzzeitg.“ und andere —, die diese schändliche Vergeßlichkeit der Wahrheit ohne ein Wort der Reminiscenz, ohne eine Silbe des Profites ihren Lesern vorzusetzen wagen! Publizistische Zuhälter von Massenmördern und Bestien!

### Die Melbung lautet:

**Siedlitz**, 18. September. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur). General **Schmalow**, der den Posten eines zeitweiligen Generalgouverneurs des Gouvernements Siedlitz angetreten hat, hat folgenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen: Volk Nummer siehe ich vor den Fällen der Gewalttätigkeit, denen eifrige und ehrliche Träger der Administration zum Opfer gefallen sind. Besonders empörend sind die Unruhen der letzten Tage, die so viele Menschenleben gekostet haben; empörend sind die gesetzwidrigen Anschläge auf die Güter der öffentlichen Ordnung und auf pflichttreue Truppen. Bürger und Einwohner, wo und wann im Leben der Menschheit sind Beispiele vorgekommen, daß Propheten und Lehrer Gewalttätigkeit und Unrecht angewandt haben, um die verirrte Gesellschaft auf den rechten Weg zurückzuführen. Nicht durch Geschwindigkeit, sondern durch Strenge und durch sorgfältige Aufbedung des Casters, sowie durch das Beispiel strengster Selbstachtung gegenüber Versuchungen und Zügellosigkeit haben sie die Völker zur Vernunft gebracht und sie auf den Weg wahrhaft menschlichen Lebens zurückgeführt. Eine Vredigt jedoch mit Waffen in den Händen und das im Herzen führt nicht zum Guten, und in die Fußstapfen derjenigen, die verbrecherische politische Propaganda treiben, treten sie stetig mehrende Schauen wahrer Räuber, die das Volk aufreizen, den Volkswohlstand untergraben und den Untergang des Wertes vorbereiten, das geschäftig begonnen ist. Bürger, ich rufe Euch zu gemeinsamer, emüßiger Arbeit und zur Veruhigung unseres aufgewühlten Lebens aus. Laßt uns der Stimme der Wahrheit unter Ohr leihen, die in jedermanns Seele ertönt, und alles aufbieten, damit das bisher so friedliche und arbeitssame Siedlitz nicht länger einem bewachten Gefängnis oder einer feindlichen Position gleiche.

### Neue Megeleien in Sicht!

**Berlin**, 18. September. Der Hilfsverein der deutschen Juden erhielt folgendes Telegramm aus Petersburg: Aus Siedlitz, dessen Verbindung mit der Außenwelt wiederum außerordentlich erschwert erscheint, erhalten wir auf indirektem Wege die telegraphische Mitteilung, daß dort neue Massenmorde vorbereitet werden. Von absolut zuverlässiger Seite hören wir, daß die **200 Personen**, welche aufs Geratewohl während des Pogroms verhaftet worden sind und bei denen Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, alsbald an ein Feldgericht gestellt werden, dessen Offiziere am Pogrom beteiligt und nun als Richter im Feldgericht sitzen, das binnen 48 Stunden die anhängig gemachten Prozesse zur Entscheidung zu bringen hat und Todesurteile mit sofortiger Vollstreckung erlassen kann. Es besteht die höchste Gefahr, daß massenhaft Todesurteile gefällt werden, um den Pogrom zu rechtfertigen und den Weitsitz zu führen, daß eine große Anzahl Revolutionäre in Siedlitz vorhanden gewesen sei. Es sollen jetzt durch Verurteilung unsehbar die Zeugen der entsetzlichen Vorkommnisse beseitigt und eine neue große Anzahl Unschuldiger geopfert werden. Daß eine revolutionäre Organisation in Siedlitz überhaupt nicht vorhanden gewesen ist, ist dadurch erwiesen, daß nicht ein einziger Soldat während des Pogroms von der Bevölkerung getötet worden ist!

### Neueste Telegramme.

**Warschau**, 19. September. Infolge der sich mehrenden Unsicherheit beschlossen zahlreiche Industrielle, zu liquidieren. Ein Konfessionsamt englischer und französischer Kapitalisten hat sich bereit erklärt, eine größere Anzahl Etablissements zu übernehmen.

**Odesa**, 19. September. Ein Schutzmann wollte gestern auf der Straße zwei Anarchisten verhaften. Diese schossen jedoch den Schutzmann nieder, ebenso einen zur Hilfe eilenden Wächter. Die Anarchisten ergriffen darauf die Flucht. Einer von ihnen wurde jedoch von einem Polizeioffizier erschossen, der andere entkam.

## Arbeiterbewegung.

**Wieder ein Streikbrecher als Gewaltsmensch**. Hirzu schreibt ein Mitarbeiter: Bei dem gegenwärtigen Maurerstreik in Augsburg spielt der Maurer **Venedikt Erieb** den Verdächtigten an seinen Mitarbeitern. Als roher und gemeingefährlicher Mensch, der schon öfter in den Gefängnissen saß, bekannt, gibt er aber jetzt als äußerst wichtige und nützliche Staatsdiener und wird als solche in

wie hereinbringen. Daneben gab es auch sehr viele, die Schuldner von Privatpersonen waren. Sowohl bei Krieg als dann die Revolution forderten von den Kosaken eine außerordentliche Anstrengung bei der Ausrüstung. Es wurde das zweite und dann das dritte Aufgebot einberufen, das heißt die Kosaken im Alter von 25 bis 33 Jahren. Das untergrub vollständig die Wirtschaft der Kosaken; dadurch, daß die arbeitsfähigsten Kosaken zum Militärdienst berufen wurden, wurde die Ertragsfähigkeit der Kosakengüter verringert und zum ersten Mal gesehen nun die Kosaken vor dem drohenden Gespenst des Hungerjahres, ganz besonders im nördlichen Teile des Kosakengebietes.

Die Aufgebote der letzten Jahre, die die Kosaken so hart getroffen haben, konnten auch an ihrem Denken nicht spurlos vorübergehen. Unter dem Druck der Verarmung kam ihnen zu allererst der Gedanke, die Landanteile mühten wenigstens bis zu der Grenze der letzten Norm erweitert werden. Und als Fürst **Solizyn** am Don erschien mit dem Handschreiben des Zaren „an unser liebtliches Kosakenheer“, worin die Rechte der Kosaken an dem Lande, das in ihrem Besitz ist und in dem Maße ihrer jetzigen Ausrüstung bestätigt wurde, antworteten die Kosaken in einer ganzen Reihe von Gemeinbeschlüssen, die wie eine Welle durch das ganze Dongebiet gingen, mit dem Rufe: „Mehr Land!“ Die Beschlüsse wurden ordnungsgemäß der Obrigkeit unterbreitet. Die Obrigkeit schloß zuerst sehr still, dann versuchte sie es mit Einschüchterungen, endlich arbeitete sie ein Projekt aus, wonach bei den Grundbesitzern auf Rechnung des Kosakenfonds Land angekauft und daraus ein Landfonds für die Kosaken gebildet werden sollte. Allerdings war, nachdem der vorletzte **Kosaken Fürst Schichopol-Nersis** in allen Ehren sein Amt niedergelegt, sowie nach den letzten Verfügungen in die dem Kosakenfonds herkömmlich wenig Geld zurückgelassen war und dann wieder die Einschüchterungen, noch das Projekt, noch das Einschüchterungen die Welle nicht zu bannen vermochten, begannen nun die Kosaken zu folgern, daß bei anderen Verteilungen nicht erfüllt habe, was er zu tun verpflichtet war. Sie folgerten und sie begannen sich zu regen... Die letzten Stützen wanken. (S. 2. Sp. 1.)



allen Ehren behandelt. Nicht zu verwundern ist deshalb eine Verurteilung dieses Menschen; der sich nur schief auf dem Boden der Gerechtigkeit aufstellt, wie ein Hund! Einmal Tage darauf brach er in seinem Wohnhaus mit einer alten Frau einen Streit vom Tann und drohte ihr mit Umbringens. Abends von dem erwachsenen Sohne der alten Frau ob seines flochtigen Benehmens zur Rede gestellt, schrie der Streifbrotler den Mann an: „Was willst denn Du Bulhund!“, stieß ihn mit einem Fußtritt auf den Unterleib an Boden und rannte dem Weibchen dann ein im Griffe feststehendes Messer zweimal in den Kopf und einmal in den Unterleib. Der Schwerverletzte, ein Krüppel, liegt zwischen Tod und Leben darnieder. Der Unmensch aber wurde nach kurzem Vollstrafeaufenthalt freigelassen!

**Ein Sieg der italienischen Arbeiter.** Nach mehr als 40tägigem Streik haben die Arbeiter des Kreises Verceil in der Provinz Novara in Orientalen einen vollständigen Sieg errungen: Achtstundentag, 5 Pfr. Tagelohn für die Männer, 3,50 Pfr. für die Frauen. Die Verbesserungen kommen etwa 30,000 Arbeitern zu gute.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. September.

### Eine Polizei-Demonstration vor Gericht.

Ueber den Verlauf der heutigen Verhandlung des Kraus-Prozesses erhalten wir folgendes Stimmungsbild: Das Gericht gleicht heute einem Kollager. Der Korridor ist gefüllt von berittenen Schutzleuten, Schutzleuten zu Fuß und Polizeioffizieren. Die Helme blitzen und die Sporen klirren. Die Säbel erinnern „freundlich blinkend“ an Körners Reiterlied:

Mich trbat ein mact'rer Reiter,  
Trum blind' ich auch so heiter.  
Ein kriem Mannes Webr...

Ob sich unter den erschienenen Schutzleuten auch der Gendarm befindet, man weiß es zu wissen. Beim Aufruf der Sache strömt alles in den Saal, Angeklagte und Zeugen. Auch das halbe Duzend von Angeklagten, die sich befinden, werden aus ihrem Verließ vorgeführt. Während der Vorführung die Unwissenheit der einzelnen Zeugen festgestellt, findet ein im Hintergrunde stehender Kommissar Gelegenheit, einem Kameraden zuzuflüstern: „Das sind alles Meineidszeugen nach Meinung der Volkswacht.“ Bald fand er Gelegenheit, sein Klaffenbewusstsein in noch deutlicherer Form zum Ausdruck zu bringen. Scharf und deutlich klingt die Stimme des Vorlesenden durch den Saal, der die Zeugen auf die Folgen des Meineides aufmerksam macht. Er schließt: „Von den Beamten setze ich als selbstverständlich voraus, daß sie das wissen, nur für die sonstigen Zeugen gilt die besondere Verwarnung.“ „Hören Sie?“ mündet sich ein Berliner Journalist an einen Breslauer Kollegen, und „Ja, es ist so“, fällt derselbe Kommissar wieder leise flüsternd ein. Nachdem die Zeugen alle abgetreten, will dem Herrn Kommissar die kleine Szene immer noch nicht aus dem Gedächtnis, und auf dem Korridor erzählt er sie seinen Kameraden.

Die Zeugen-Vernehmung beginnt. Ein Polizei-Beamter nach dem anderen tritt nun herein. „Ansammlung“, „Menge zerstreuen“, „blanke Waife“, „Widerstand“ und ähnliche fachtechnische Ausdrücke schweben durch die Luft. Die Verteidiger sind eifrig bemüht, die Aussagen auf ihren objektiven Wert zurückzuführen. Auf einem Tische vor den Sätzen der Richter befinden sich mehrere Aktenordner, die von der Polizei auf dem Striegauer Platz als Beweismittel erbeutet wurden. Ein faustgroßes Ziegelstück, ein Taschmesser, eine weiße Mütze; ferner einige zerflossene Kleidungsstücke und zwei Säbel, von denen der eine von einem berittenen und der andere von einem Schenkmann zu Fuß herührt. Die Säbel stecken in ihren Scheiden und es ist deshalb an ihren Lücken noch nicht zu erkennen, welchen Widerstand die Knochen der Geschlagenen den Säbeln entgegengefest haben. Der Andrang des Publikums ist heute sehr stark, doch im Zuhörerraum ist kein Platz und so heißt es eben umkehren und die Zeitungsberichte abwarten.

## Aus aller Welt.

**Ein furchtbares Eisenbahnunglück in Amerika.** Ein Passagierzug der Chicago-Kool-Jelaud und Pacificbahn stürzte von einer Brücke über den Cimarron-Fluß bei Dover im Staate Oklahoma in die Fluten. Die Lokomotive und alle Wagen fielen in der angeschwollenen Strom und über hundert Passagiere ertranken. Nach einer anderen bis jetzt unbestätigten Nachricht sollen nur 6 von 225 Passagieren gerettet worden sein. 47 Leichen sind bereits gefunden. Zwei Passagiere des verunglückten Zuges langten in Kansas an und erklärten, nur ein Pullman-Wagen sei unversehrt geblieben, die übrigen Wagen seien in den hochschwebenden Fluten gesunken.

**Im Erdbebenjahr.** Selten hat die Erde so oft und so furchtbar gehetzt als im Jahre 1906. Sie will nicht zur Ruhe kommen. So wurde wieder in mehreren Distrikten der Provinz Valencia in Spanien, Alcala, Santa Clara und Vagheria ein Erdbeben verurteilt, durch den die Häuser teilweise alarmiert wurden. Einige Häuser zeigten Risse. Ein ganz leichter Erdbeben wurde auch in Valencia selbst verurteilt. — Neue Erdbebenkennungen haben z. B. Mexiko aus Durango Aires in der Provinz Talca (Chile) verurteilt. Durch eines am Sonnabend Abend erfolgten Erdbeben wurde die Bevölkerung in große Erregung versetzt so daß sie die Nacht auf den Straßen zubrachte.

— Nach Telegrammen aus Schenjaia in Ostasien hat dort am Nachmittage des 17. d. Mts. ein heftiger Erdbeben stattgefunden.

**Die Macht der Naturgewalten.** Wie aus Hongkong gemeldet wird, hat dort ein Tsunam furchtlich gehetzt. Etwa 100 Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Weiter nördlich derselbe unheimliche Schaden an. Auch Unfälle deutscher Dampfer haben sich während des Tsunams in den chinesischen Gewässern ereignet. Dampfer „Johanna“ wurde, um ein Seil zu verhindern, auf Strand gestoßen, Dampfer „Aparache“, der sich im fahrenden Zustande befand, gab Signale und lief auf „King Waldemar“ zu. Die Dampfer „Waldemar“ und „Aparache“ erlitten Beschädigungen an den Schraubenflügeln und an Hinterkäufen. Dampfer „Waldemar“ ist gesunken, ebenso Dampfer „Emma Ostler“.

— Von einem Wassersturm fortgerissen wurde das Dorf Awarali am Südhänge des kalifornischen Berges. Die Häuser hatten den Schwingstiel oberhalb des Daches demat überflutet, daß keine Hand rüh und die Wasserwege des Dorfes vom Erdhoben verüllte. Die Flut begrub zweihundert Menschen im Laufe weniger Minuten. Nur wenige Häuser und der Katastrophe entgingen.

— Ein großer Waldbrand ist im Bois de la Chapelle im Nordwesten von Paris ausgebrochen. Der Brand begann auf weiter Waldfläche und verbreitete sich rasch auf die umliegenden Häuser.

## „Pflegebamen“.

Daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur deren eigenes Werk sein kann, ist ein Gebanke, den die Sozialdemokratie von Anfang an verfochten hat. Er folgt vötelicht nicht mit unerbittlicher Logik aus dem Begriffe des Sozialismus, wohl aber aus dem der Demokratie. Deshalb hat schon im Jahre 1888, als in Nürnberg ein Vereinigung deutscher Arbeitervereine abgehalten wurde, der erste daselbst angenommene Grundfab gelaute: „Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden.“ Und genau ebenso besagt das noch heute gültige Erfurter Programm unserer Partei vom Jahre 1891, daß die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts „nur das Werk der Arbeiterklasse“ sein kann.

Selbstverständlich nicht dieser Satz in letzter Linie auch aus den sozialistischen Grundgedanken, insofern nämlich die Befreiung des Proletariats nur erfolgen kann auf dem Wege der Befreiung des Kapitalismus, wozu wieder eine bürgerliche Regierung noch bürgerliche Parteien sich niemals verstehen können. Aber gleichwohl müßte der strenge Demokrat, wenn er sich nur an seine eigenen Prinzipien hält, zu dem gleichen Ergebnis kommen und alle Versuche, den Arbeitern durch Bevormundung von oben her — sei es von Seiten der Behörden oder der Untertanen — zu helfen, verwerfen. Trotzdem kann man es tagtäglich beobachten, wie sich diese angeblichen Demokraten mit Händen und Füßen dagegen sträuben, daß die Arbeiterklasse nun auch selbst für Befreiung ihrer Lage sorat. Sondern grundsätzlich wollen sie, daß der Arbeiter geduldiig warte, bis ihm von obenher gnädigst Befreiung gebracht wird. So spukt seit einigen Monaten durch die bürgerliche Presse das Gespenst der sogenannten „Fabrikpflgerinnen“. Troßdem schon verschiedenes darüber geschrieben worden, ist bisher nicht ganz klar zu ersehen, was die Fabrikpflgerin eigentlich tun soll. Nur soviel ist klar, daß es eine „Dama der gebildeten Stände“ sein soll, die sich der Arbeiterinnen in der Fabrik mütterlich herablassend annimmt. Bezeichnend ist, daß das Berliner Tagebblatt „Konsequenz“ keinen anderen Ausdruck dafür annimmt, als „Pflegebame“. Angeblich soll in dem Kaiserreich Oberprete bei Berlin seit 4 Jahren eine solche „Pflegebame“ angestellt sein, von welcher berichtet wird, daß sie während der Arbeitszeit die Fabrikäle zu besuchen, Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen, Streitigkeiten zwischen den Arbeiterinnen zu schlichten, die Kantine, Garderobe und Waderäume zu beaufsichtigen, die Fabrikbibliothek zu verwalten hat. Außerdem leistet diese Dame abendliche Puz-, Näh- und Schneidkurse für die Arbeiterinnen, veranstaltet Vorträge und Ausflüge, macht Krankenbesuche“. Man sieht, aus alle dem geht nicht hervor, inwiefern diese Dame den Arbeiterinnen wirtschaftliche Vorteile bringt. Denn es wird wohl weder die Arbeitszeit verkürzt, noch der Lohn der Arbeiterinnen durch sie erhöht worden sein. Auch ist nicht denkbar, daß von all den anderen ersten Unbelständen, welche die weiblichen, so gut wie die männlichen Arbeiter im modernen Fabrikbetrieb plagen, auch nur ein einziger durch die „Pflegebame“ beseitigt werden kann. Vielmehr stellt sich das Ganze, selbst im günstigsten Falle, nur als ein Versuch dar, die Arbeiterinnen unter eine minder lästige und mindere verachtete Bevormundung zu stellen, die aber doch immer eine Bevormundung bleibt.

Daß die Bourgeoisie auch in ihren demokratischen Zellen so vollständig darauf verzichtet, den Arbeitern die gleichen Rechte einzuräumen, wie sie selbst, nämlich ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten und ihre Befreiung ohne fremde Hilfe und herablassende Bevormundung zu erkämpfen, ist nur verständlich, wenn man an die wirtschaftlichen Interessen denkt. Die Bourgeoisie möchte gern den Pelz waschen, ohne ihn nah zu machen. Es ist ihre Absicht nicht, die Arbeiter aus den bestehenden Zuständen zu befreien, sondern sie mit den bestehenden Zuständen zu versöhnen. Diesem Zweck und nur diesem Zweck allein dienen solche Versuche, wie der mit den „Pflegebamen“. Die Arbeiter sollen daraus ersehen, daß die herrschenden Klassen es doch eigentlich herzlich gut mit ihnen meinen, und in Anbetracht des guten Willens sollen sie auf weitergehende Ansprüche verzichten.

Die Bourgeoisie wird sich irren. In Wirklichkeit werden die Arbeiter daraus nur entnehmen, daß man sie als un-mündige Kinder betrachtet und daß der „niedrigste Stufe“ Demokrat seine heiligsten Prinzipien verleugnet, wenn sie auf Arbeiter angewendet werden sollen.

**\* Dr. Wienko** ist durch die Anstrengungen der „Kaiserlaue“ offenbar erholungsbedürftig geworden. Er hat deshalb Breslau mit kurzem Urlaub verlassen und den Regierungsrat Frost mit seiner Vertretung beauftragt. In den Tagen des Aufbruchprozesses hätte Dr. Wienko vielleicht besser getan, hier zu bleiben; ist es doch nicht ausgeschlossen, daß in irgend einem Moment der Verhandlungen auch die Zeugeneinvernahme des Herrn Dr. Wienko sich nötig macht.

**\* Für Oswig und Umgegend** findet kommenden Sonntag, den 23. September, Vormittags 11 Uhr, im Gerichtskreisam des Herrn Eisner eine große öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Neukirch-Breslau wird über das wichtige Thema sprechen: „Was haben die Arbeiter in den Landgemeinden zu fordern?“ Die Genossen werden gebeten, für einen recht zahlreichen Besuch der Veranstaltung zu agitieren und nach Möglichkeit auch die Frauen in die Versammlung mitzubringen.

**\* In Klein-Schönau** wird im Lokale von Kasper am nächsten Sonntag, den 23. d. Mts., Mittags um 12 Uhr, eine große Volksversammlung tagen, in der Genosse Kaul-Breslau über die Verfassung der Volksschule durch das neue Volksschulunterrichtsgesetz sprechen wird. Bei der großen Wichtigkeit dieses Themas gerade für die Arbeiterbevölkerung ist es dringend nötig, daß die Genossen für einen recht zahlreichen Besuch der Versammlung, auch durch die Arbeiterfrauen, recht eifrig agitieren.

**\* Wieder einmal eine Volkshenbeleidigung.** Am 31. Mai hatte die „Volkswacht“ in Verbindung mit den Mitteilungen vom Saalkampfe eine Mitteilung von Augenzeugen darüber gebracht, wie auf dem Oswiger Friedhofe einer unserer Postkollisten von dem Gendarmen Hoffmann III in Oswig behandelt worden ist. Dieser glaubte sich durch unsere Darstellung, die heute noch von den Augenzeugen in allen Punkten aufrecht erhalten wird, beleidigt fühlen zu müssen, und nunmehr nach fast vier Monaten ist unserem Kollegen Kablof, der jene Nummer der „Volkswacht“ verantwortlich gezeichnet hatte, die Anklageschrift gestellt worden. Selbst diese Anklageschrift stützt sich nur auf ganz unwesentliche Momente, die angeblich in unserer Notiz nicht richtig dargestellt sind. Wir sehen dem Ausgang des Prozesses mit Mißbegegnen.

**\* Ein freikonservativer Provinzialparteitag** soll Ende Oktober in Breslau stattfinden. Da wird der Schleifstein wieder ordentlich gedreht werden.

**\* Der Schlesische Zentralverein zum Schutze der Tiere** in Breslau hielt im „Hof von Ungarn“ seine Monatsversammlung ab. Eine große Zahl Angelegenheiten über Tierquälereien wurden in den letzten durch Vorsitzenden und Schriftführer erledigt. Durch die von Zeit zu Zeit vorgenommene Revisionen wurde festgestellt, daß schon außerordentliche Fortschritte gemacht sind, unendlich viel Tierquälereien beim Entladen von Kohlen, Holz, Steinen etc. sind verhindert worden. Die Kutcher machen meist die Küder frei: auf Bauwägen sieht man fast durchweg feste Kabebahnen, größere Tierquälereien werden seltener. Auch hieraus ist zu ersehen, daß nicht die Rohheit, sondern nur die mangelnde Belehrung der mit Tieren umgehenden Arbeiter schuld trägt an den allerdings manchmal empfindlichen Tierquälereien. Es werden 10,000 Stück deutsche und schlesische Tierquälkalender aus dem Verlag von G. Stüb, Würzburg, und W. Wolf, Rimplisch bezogen und verteilt werden.

**\* Von der Psychiatrischen und Nervenklinik.** Während des Sommers sind die Arbeiten an der Psychiatrischen und Nervenklinik in der Auenstraße soweit gefördert worden, daß in den Herbstmonaten auch der innere Ausbau des Hauptgebäudes mit seinen beiden Seitenflügeln, auch der des großen Wirtschafts- und Pflanzhauses im Hofe zu Ende geführt wird. Die Eröffnung der Klinik kann am 1. April, wie auch seitens der Verwaltung angenommen wurde, erfolgen. Das unmittelbar an der Auenstraße errichtete Direktorengebäude ist von dem derzeitigen Direktor Professor Dr. Bonhöfer schon bezogen worden. Auch das zweite an der Auenstraße erbaute villenartige Haus, das Wohnhaus des Inspektors, schreitet der Vollendung entgegen, obwohl vor zwei Monaten erst damit begonnen wurde. Alles um das ganze, gegen vier Morgen große Grundstück, erhebt sich eine etwa zwei Meter hohe Ziegelmauer mit großen, halbkreisförmigen Öffnungen als Durchblicke. Die nicht bebauten Seiten des Grundstücks werden sowohl vom Hauptgebäude bis zur Mauer an der Auenstraße als auch an den beiden Seitenflügeln entlang mit gärtnerischen Anlagen versehen. Der Garten um das Direktorengebäude ist schon hergerichtet.

**\* Die Kanalverlegung am Weidenbaum** nimmt nunmehr die Hälfte der ganzen Fahrstraße in Anspruch. Die Erdarbeiten begannen besonders Schmierigkeiten, da der Untergrund viel Ziegelbruch und das Befestigungsmaterial der früheren tiefer gelegenen Straßen enthält. Die Baugrube ist etwa fünf Meter tief und bei dem hohen Grundwasserstande zwischen Ober und Obse muß dauernd an ihrer Abwässerung gearbeitet werden. Sie wird in der Weise betrieben, daß eine elektrische Pumpe durch tief in den Grund der Baugrube getriebene Brunnen das Wasser unter der Baugrube wegnimmt, so daß das Wasser in der Grube selbst durch den nun durchlässigen Boden hinabsinken kann. Auf diese

weiter auszubreiten. In Bagnol kamen zwei Frauen in den Flammen um.

— Gestern während eines heftigen Sturmes wurde ein hübsches Beispiel mittelalters in der Bürgermeisterei Angermund im Kreise Dönhofs feierte vor einiger Zeit der katholische Pfarrer Holl sein 50jähriges Priesterjubiläum. Die Gemeinde ließ sich nicht lumpen, sondern schenkte dem Jubilar ein neues Chorfenster mit dem Bildnis des heiligen Rochus. Das Fenster wurde im Chor der Kirche auch richtig angebracht und trägt folgende Inschrift: „Geschenk der Pfarrgemeinde zum Dank für die Abwendung ansehender Krankheiten beim 50jährigen Priesterjubiläum ihres Pfarrers.“ — Nach dieser Inschrift zu urteilen, hat die Gemeinde von dem Jubiläumstag nichts Gutes erwartet. Der Pfarrer aber, der solch Wunderwerk vollbringt, daß er ansehende Krankheiten beschwert und abwehrt, gehört eigentlich nach Lourdes, in ein großes Bittungsfeld.

**Graf aber deutsch.** Nummer 24 der „Kargauer Nachrichten“, freikonservativem Dr. des Kammermann Kargau, vom 22. August 1906 enthält folgendes Interat: „Anforderung. Wenn der Arme Flagel, der die Polizei veranlaßte, bei uns eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, nicht in den beiden Kargauer Tageblättern erklärt, daß die Anklage auf Verleumdung bezuht, so wird ihm die Schamanz gepust von Emil Hemmeler-Lange, Fran und Söhnen.“ — Man wird Herr Hemmeler-Lange jedenfalls nicht den Vorwurf machen können, daß er sich unklar ausgedrückt!

**Es ist erreicht.** Die Geburt eines Kindes in einem Automobil, wie sie sich dieser Tage in der Nähe von Seidenbergen in einem Kraftwagen ereignete, das auf dem Wege nach Gießen war, dürfte bisher wohl kaum dagewesen sein. Ein Arzt sorgte zunächst für Mutter und Kind, dann ging es weiter nach Gießen, wo beide wohl und munter ankamen.

**Kleine Chronik.** Auf dem Trajekt, welches zwischen der Insel Schwarm und dem Festlande verkehrt, sind zwei Eisenbahnwagen in den Schwarmsee gestürzt. Die gesamte Frachtmann bestimmte Post ist verloren. — Ein Paket mit 2 Rindfleisch in einem Abteil 4. Klasse des aus Strömen in Berlin eingetroffenen Zuges von Strömen unter einer Paul gehend. Die Rindfleisch es handelt sich um 2 ungeschlachtete Rindfleisch wurde in einem Papier eingewickelt, das mit Rindfleisch verpackt war. — Ein der Kaiserliche

unmöglich, etwas über die Herkunft des Hundes festzustellen. — Ertrunken wurde in Sünningfeld der Bergmann Jabbach von dem 20 Jahre alten Bergmann Nolte mit einem verrosteten Messer. Beide waren wegen eines Mädchens in Streit geraten. Ein dritter Bergmann wurde schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet. — Bei einer in Weidertz entlassenen furchtlichen Schlägerei wurden vier Personen schwer verletzt. — In Etrunum wurde ein polnischer Arbeiter erschlagen aufgefunden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

— In Gelsenkirchen war im Streit ein Maurer einen Arbeitskollegen von einem zwei Stock hohen Gerüst. Der Mann liegt hoffnungslos darnieder. — In der verflochtenen Nacht überfuhr ein Güterzug das halt zeigende Einfahrtsignal vor dem Bahnhof Kettwied, rutschte durch und stürzte mit der Lokomotive und mehreren Wagen in die Grube der im Bau befindlichen Straßenunterführung. Der Zugführer wurde leicht verletzt. Das übrige Personal war rechtzeitig abgeführt. Der Schaden ist bedeutend. — In Kreuznach wurde der Gefangenenaufseher Pfleiderstein verhaftet, der seine dreizehnjährige Tochter an Tode gemartert hat. — In Hamborn gab ein Knabe seiner elfjährigen Schwester eine Sprengpatrone mit Handschuh, die er von einer Beche mitgebracht hatte. Während nun das Kind die Patrone in den Händen hielt, änderte der Bruder die Schuur an. Es erfolgte eine heftige Explosion, die das Mädchen schrecklich verstimmelte. — Bei Dover im Territorium Oklahoma stürzte ein Zug der Rock-Islandbahn zum Teil in den Cimarron-Fluß. Nach den vorliegenden Meldungen sollen dabei über hundert Personen ertrunken sein. — Dem „Petit Parisien“ zufolge beschlagnahmte sich die Gerichtsbehörde in Paris mit einem neuen großen Zwelendschiff. Die Anklage richtet sich gegen einen Grafen, einen Bekannten Finanzmann. Es soll sich um ein Brillantenhandschuh im Werte von 20,000 Frk. und einem Ring im Werte von 20,000 Frk. handeln. Der Graf hat seit einiger Zeit Paris verlassen und soll sich jetzt in Brüssel aufhalten.

## Bogroms.

Wer führt zum Judenmassaker die Christen? Man weiß es: Kofalen und Poljisten! Wer gab zu ihren Könen das Geld? Das taten die Juden in aller Welt! Aus Paris und Wien das jüdische Gold Als Eisen und Blei in Rußland rollt. Sie gaben's Herrn Witte zu gefallen. Die Karte steigen, die Juden fallen. Es schlugen wahrhaftig, Bogschwerznot, Die Juden selber die Juden tot.

Gottlieb (im „Tag“)



Weise wart sich der Unternehmer die Herstellung kostspieliger tiefer Spinnweben.

**Vom Hauptverordneten der Kammer der Stadt Breslau für das Rechnungsjahr 1906** sind nach Mitteilung der Stadthauptkasse bis Ende des Monats August 1906 folgende Ausgaben: a) zur Verhinderung von Staatsfeiern 4889.90 Mk., b) hauernde Neubewilligungen 51,241.17 Mk., c) einmalige Neubewilligungen 804,667.40 Mk., zusammen 857,398.47 Mk. Gegen das Etatslohn von 480,322.21 Mk., also weniger 119,523.74 Mk.

**Neue Bedürfnisanstalt.** Am äußeren Stadtpark, gegenüber dem Landgericht, ist an Stelle der kleinen eisernen Bedürfnisanstalt, die nach der Suburbstadt verlegt wird, mit dem Bau einer großen Bedürfnisanstalt begonnen worden. Da der Platz durch Straße und Stadtpark beschränkt ist, muß die Anstalt tief in die Bäckung des Stadtparks eingebaut werden.

**Unser Breslauer Leitungswasser** besteht je zur Hälfte aus Ober- und aus Grundwasser.

**Stadttheater.** Heute Mittwoch gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Richard Wagner's romantische Oper „Lohengrin“ zur Aufführung. Die Titelrolle singt Herr Schützler-Praun, die Elsa Fräulein Widdalm, die Ortrud Fräulein Westendorff, den Trakand Herr Weg, den König Heinrich Waldbaum, den Heerrufer Herr Dörmann. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Bruch, die szenische Herr Regisseur Richter. Morgen Donnerstag geht Maximalis Oper „Cavalleria rusticana“ in Verbindung mit Leoncavallos Oper „Pagazzi“ in Szene. In „Pagazzi“ singt Frau Beckund die Nedda, Herr Trostorf den Canio. Am Freitag wird Schalewars Traverspiel „Dheilo“ wiederholt. Samstagabend wird Kubis komische Oper „Fra Diavolo“ in den Spielplan aufgenommen.

**Lobe-Theater.** Das Lustspiel „Spasienliebe“ von Arus wird heute Mittwoch und morgen Donnerstag wiederholt. Am Sonnabend gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Johann Strauß' Operette „Der Hugenottenbaron“ zur Aufführung. Herr Dörken singt den Hugenottenbaron, Herr Förster die Cassi, Herr Plank den Guyon. Sonntag wird „Scherlock Holmes“ in der letzten Folge, in welcher es zur Zeit am Berliner Theater, täglich gegeben wird, zum ersten Male aufgeführt. Die Dichtung hat das Schauspiel „Ritter Blaubart“ von Herr Bert Guleberg zur Aufführung angenommen. Das Werk wird voraussichtlich gleichzeitig am Felsen-Theater in Berlin und am Lobe-Theater in Breslau zur Aufführung gelangen.

**Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Als zweite Vorstellung der laufenden Reihe wird Mosers Lustspiel „Der Weichenkrieger“ heute Mittwoch für Gruppe A, morgen Donnerstag für Gruppe B gegeben. In der Abendklasse Willkürverkauf.

**Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung.** Am Sonnabend mißhandelte ein Berliner Chauffeur 15 wohnender Eisenhobel seine Frau in roher Weise, indem er sie mit seinem starken Messinggeschloß versehenen Leibriemen ununterbrochen über den Kopf und das Gesicht schlug. Die Frau erlitt so schwere Verletzungen, daß die Schraube des einen Auges vollständig verloren ging. Schon einige Tage vorher hatte der Mann seine Frau geschlagen, weil sie zu den Feiertagen einen Teppich zum Fenster hatte hinausbringen wollen. Aus diesem Anlaß war wegen der Erziehung seiner Kinder hatte er schwere Majestätsbeleidigungen und Gotteslästerungen ausgesprochen. Als er am Montag Abend die Mißhandlungen wiederholen wollte, flüchtete die Frau in ihrer Angst zur Polizei, welche den gewalttätigen Menschen festnahm.

**Eine Ehe im Gegenwartsstade.** Am 17. d. Mts., Nachmittags, drang ein Maler in dem Hause Vosenerstraße 431 mit einem scharfen Messer auf seine Frau und die ihr zu Hilfe eilenden Hausbewohner ein. Einem Vorknecht zertrümmerte er die Gantsekr. Als er merkte, daß Polizeibeamte gebolt wurden, schloß er sich in seiner Wohnung ein und legte sich ins Bett. Die Wohnung mußte gewaltsam geöffnet werden. Der sich wie rasend gebende Mann mußte nach der Polizeiwache getragen werden.

**Verurteilt wird seit mehreren Tagen der gebürtige alte Knabe Max Wolny, Sohn eines Neuborstraße 37 wohnenden Tischlers.**

**Uebervahren.** Ein obdachloser Arbeiter wurde am 17. d. Mts. Nachmittags auf der Katharinenstraße durch einen Omnibus überfahren und erlitt einen Doppelbruch des rechten Beines. Feuerwehrmannschaften leisteten ihm die erste Hilfe, worauf er in das Allerheiligen-Hospital gefahren wurde.

**Reiterbrand.** In dem Keller des Hauses Tautenstraße 11 gerieten am 17. d. Mts. Nachmittags eine Menge Lumpen in Brand. Der Ansturm der Feuerwehr war bereits jede Gefahr beseitigt.

**Gestohlen wurden aus einer Wohnung auf der Kronprinzenstraße ein Deckbett mit rosa Zulett, einem Schmie auf der Leutenstraße durch zwei junge Männer, die ihn nach der Zeit geirrt hatten, die Tafelchen Nr. 11725, auf der Agnesstraße eine 16 Meter lange, nach oben spitz verlaufende Eisegleiter. Die Diebe trugen blaue Hosen; der eine hatte einen dunklen Vorkant, der andere einen blonden Schmirbart. Angaben über den Verbleib der gestohlenen Sachen sind im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu machen. Gestohlen wurden ferner: Ein Fahrrad, Marke „Orion“, Nummer unbekannt, sowie ein Fahrrad Marke „Westo“ Nr. 57060. Vor Anlauf der Räder wird gewarnt: einem Kaufmann auf der Gottschalkstraße ein Fahrrad Marke „Brennabor“; einem Kaufmann von der Gräbnerstraße ein Fahrrad Marke „Wider“ Nr. 23,961; einem Mädchen aus dem Schulhaus auf der Matthisstraße ein graues Jackett mit blauem Kragen; aus einer Wohnung auf der Tautenstraße eine doppelt gelbe Damenmütze mit zwei Quasten.**

**Die Reichsflag** besetzt wurden: ein Fahrrad Marke „Böhmica“ Nr. 12,741; ein Fahrrad „Corona“ Nr. 18,765 und ein Fahrrad Marke „Solih“ Nr. 840. Die Eigentümer melden sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums.

**In das Polizeigefängnis** wurden am 17. d. Mts. 28 Personen eingeliefert.

**Gefunden wurden:** ein goldenes Pinnetz, eine goldene Brosche und ein Portemonnaie.

**Abhanden kamen:** Ein goldener Trauring, ein goldenes Medaillon, und ein Portemonnaie mit 109 Mk. Inhalt.

**Festgenommen wurde** der frühere Maschinenpraktikant, jetzige Klavierspieler Georg Sollmann aus Weichen, der hier zahlreiche Beschpellerereien verübt hat. Geschädigte können sich im Zimmer 47 des Polizeipräsidiums melden. Ferner wurde verhaftet ein Arbeiter, der auf dem Hofmarkt einen Korb mit Tafelweinen gestohlen hatte und ein Arbeiter, der einem Maschinisten die Tafelweine entwendet hatte.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Bezirkskommissioner werden ersucht, zu dem am 6. Oktober stattfindenden 11. Stiftungsfeste Festkarten und Plakate im Verbandsbureau, Radlernaße Nr. 7, I, in Empfang zu nehmen.

**Achtung, Vertrauensleute und Hilfsarbeiter des Fabrikarbeiter-Verbandes.** Freitag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße Nr. 21, eine wichtige Sitzung statt. In den Betrieben, wo Vertrauensleute nicht vorhanden sind, ist ein solcher zu delegieren. Kollegen, die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, und muß, bevor Kollege Jopwich auf einige Zeit Breslau verläßt, erledigt werden. Deshalb ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

### Versammlungen und Vereine.

**Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Freireisenden** fand am 12. d. Mts. statt. In ihr referierte Genosse Peterhanf über Frankenkassenwesen und Wahlen. In vorzüglicher Weise verstand es der Referent, diesen sonst so trocknen Abschnitt aus der sozialpolitischen Gesetzgebung an-

regend auszuhalten. In der darauf folgenden Diskussion sprachen die Kollegen Steindor, Dmonski, Sommer und Frenzel. In feinem Schlussworte betonte der Referent die große Heilwirkung der Frankenkassen und gab der Organisation den Rat, immer und immer wieder auf Zentralisation auch in ihrer Ortskassen zu dringen.

### Aus Schlesien und Polen.

#### Die diesjährigen Manöver in Schlesien.

So schreibt uns einer unserer Leser, haben den zur Übung einberufenen Mannschaften ganz erhebliche Opfer auferlegt. Bis zu sechs Wochen und darüber haben die Leute unter den Waffen gestanden, da das 6. Armeekorps, fast kriegsbereit, mandatierte. So sind viele Tausende von Arbeitern aus ihrer Beschäftigung gerissen worden und für eine Reihe von Wochen ihres Verdienstes verlustig gegangen.

Seit dem 1. Juli 1892 erhalten die Angehörigen der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften wenigstens eine geringe Unterstüzung. Das betreffende Gesetz verdankt seine Entstehung einer Anregung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Hiernach erhält die Frau des Einberufenen für sich 30 Prozent und für jedes Kind 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes für die Dauer der Übung als Unterstüzung mit der Maßgabe, daß der Gesamtbeitrag 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt.

Nach der Regierungsvorlage sollte je nach den von den Behörden festzustellenden Verhältnissen unterstüzt werden, und zwar war als Mindestbeitrag für die Frau des Einberufenen 20 Pfennig, respektive in den Wintermonaten 30 Pfennig pro Tag und für jede weitere unterstüzungsberechtigte Person 10 Pfennig pro Tag angesetzt. Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen und hier gelang es den sozialdemokratischen Mitgliedern, die Unterstüzung wenigstens in der heute geltenden Höhe durchzusetzen.

Nach der Regierungsvorlage sollten auch die Unterstüetzungen nur zur Hälfte vom Reiche aufgebracht, die andere Hälfte sollte den Kommunen aufgebracht werden. Die Kommission entschied jedoch, daß das Reich den vollen Betrag der zu leistenden Unterstüetzungen zu zahlen hat. Der in dieser Weise veränderte Gesetzentwurf wurde auch vom Reichstage angenommen, trotz sehr energiegelassen Widerpruchs der Regierung, deren Vertreter die Ablehnung des ganzen Gesetzes durch den Bundesrat in Aussicht stellte.

Die ablehnende Haltung wurde hauptsächlich mit der finanziellen Mehrbelastung der Steuerzahler begründet; eine Ansicht, deren Unfähigkeit in die Augen springt, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine Mehrausgabe von nur einigen Millionen handelt, während von derselben Regierung jahraus jahrein hunderte von Millionen für Militärausgaben gefordert werden.

Nachdem aber der Reichstag mit großer Mehrheit den Kommissionsentwurf beigestimmt war, machte der Bundesrat doch wohl nicht die Verantwortung für das Nichtzustandekommen des Gesetzes übernehmen und erstellte ihm seine Zustimmung.

Die Unterstüzung ist auch in ihrer jetzigen Höhe eine völlig ungenügende, reicht sie doch in vielen Fällen nur zur Bezahlung der Wohnmiete. Der Schaden, den die zum Manöver einberufenen Arbeiter erleiden haben, ist daher in diesem Jahre wegen der langen Dauer besonders groß. Dazu kommt noch, daß manche bei der Entlassung ihre Arbeitsstelle beiseite finden und nun ebenfalls auch noch auf die Arbeitsuche gehen müssen. Es kostet der Militärdienst schwer auf dem Proletariat; er trägt seinen Teil dazu bei, daß die patriotische Begeisterung der Arbeiter nicht in Eidechse gerät.

Wenigerwertig ist noch der Anspruch eines Konserwablen Redners bei der Beratung des oben erwähnten Gesetzes im Reichstage. Der Herr Abgeordnete sagte: So viel Patriotismus besitzen auch die untersten Volksschichten, daß sie die Opfer der militärischen Übungen auch ohne Unterstüetzungen willig frügen. Wie leicht es doch dem Satten fällt, dem Sungrigen Moral zu predigen. Für den Wohlhabenden mag es ja eine recht angenehme Abwechslung sein, ein Manöver mitzumachen. Er erleidet keine Einbuße an seinem Einkommen und verliert über eine wohlgespielte Bürde; damit kann man sich auch im Manöver das Leben ganz angenehm machen. Der Arbeiter hingegen geht meist mit leeren Taschen von Hause fort, weil das Wenige, was er besitzt, die Familie auf Brot braucht; für ihn ist ein Manöver mit seinen Strapazen und Entbehrungen wahrlich keine Ferienkolonie.

#### Neue Eisenbahnen im Riesengebirge.

Schon im Juli 1899 wurde vom kaiserlichen Eisenbahnministerium die Konzession für eine Lokalbahn Schablar - Bonifla erteilt. Diese Riesengebirgsbahn sollte von der Station Schablar der k. k. Staatsbahnlinie Adnashon - Schablar abweigend über Marschendorf - Freiheit, Lauterwasser und Langenau nach Gornetsee und von dort zu einem Punkte der Lokalbahn Starckenbach - Nachitz nächst Bonifla mit einem Flügel von Lauterwasser nach Schablar führen. Die Bahn Schablar - Lauterwasser - Bonifla - Schablar würde ein außerordentlich wertvolles Glied in dem Netz der Schienenverbindungen des südlichen Riesengebirges bilden und bisher vom Verkehr wenig benutzte Punkte diesem erschließen. Die wiederholt verlängerte Konzession ist kürzlich abermals auf die Dauer eines Jahres bis August 1907 verlängert worden. Auch von der Güte der Projekte, welche vor Jahren seitens der kaiserlichen Schablar - Verwaltung für Schienenwege im südlichen Riesengebirge ausgearbeitet worden sind, ist noch keines aus dem Stadium der Projekte herausgetreten. Für keines scheint Aussicht vorhanden zu sein, innerhalb der nächsten Jahre zur Ausführung zu gelangen. (Schles. Ztg.)

#### Russische Schifanen gegen Deutschland.

Der deutsch-russische Grenzverkehr über Sosnowitz wird, der „Nat. Ztg.“ zufolge, durch allerlei schändliche Maßnahmen der russischen Grenzpostbeamten bedeutend erschwert. Die in Sosnowitz ankommenden Fremden werden aus peinlichster Unterstüzung. Es ist schon vorgekommen, daß Damen ihre eleganten Hüte weggenommen wurden, weil es in der Ansicht der Beamten lag, daß sie die Hüte schmuggeln wollten. Am Sonnabend wurde einem Herrn sogar die Zigarettenfahse revidiert, und er mußte die darin befindlichen 9 Stück Zigaretten versollen; dabei darf man Sachen zum sofortigen Verbrauch unversollt über die Grenze nehmen. Ein noch begründbarer Fall wird der „Bresl. Ztg.“ gemeldet: Eine Frau wurde angehalten und in einem Nebenzimmer unterstüzt. Nach Ansicht des Zollbeamten trug sie einen Unterrock zu viel auf dem Leibe und mußte ihn auch versollen! Die Frau behauptete allerdings, die gegenwärtige Kälte habe sie veranlaßt, einen Unterrock mehr als im Sommer anzuziehen.

#### Ein österrischer „Patriot“.

Aus dem Reise-Wirris wird gemeldet: Das Rittergut Schöndorfer, 1800 Morgen groß und seit 100 Jahren im Besitz der Familie von Prandynski, ist in die Hände eines Polen namens von Prandynski übergegangen. Wie der bisherige Besitzer des Gutes auf das nachdrücklichste verweist, ist nicht er schuld daran, daß das Gut dem Prandynski übergeben wurde, sondern ein deutscher Zwischenhändler, ein Herr v. Niesen.

Deutsch-Billa, 18. September. Die allgemeine Obst- und Gartendank-Ausstellung, welche in den Tagen vom 29. September bis einschließlich 2. Oktober d. J. in den Räumen

des „Zentralen Hauses“ stattfindet, wird, aller Voraussicht nach, gut besucht sein. Es sind bereits zahlreiche Anmeldebücher eingegangen. Die Beschickung in jedermann gestattet. Ihre die Prämierung stehen Staatsmedaillen, Silberne und Bronzene Medaillen der Landwirtschaftskammer, Ehren- und Geldpreise zur Verfügung. Anmeldebücher werden noch beim Vorstehen, Handelskammer-Direktor in Goldschmieden, Kreis Breslau, entgegengenommen.

**Ostlan, 18. September.** Die in Deutschland einzig dastehende Uniform. Mit einem eleganten Ärmelstück arbeitet der Dirigent der Kapelle des Infanterie-Regiments v. Schill in Ostlan, um seitens der Inhaber von Konzertkarten einen höheren Preis zu erhalten, als er an andere Musikanten gezahlt wird. Der Dirigent hat an den Verein Berliner Konzertbesitzer ein Empfehlungsschreiben gerichtet, in dem für den Anfang nächsten Jahres eine längere Konzerttournee seiner Kapelle in Berlin angekündigt wird. Zur Begründung des hohen Preises wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Schill-Kapelle eine braune Uniform mit gelber Verschönerung trägt. Diese in Deutschland einzig dastehende Uniform, heißt es weiter, werde die Berliner Konzertbesitzer veranlassen, dem Angebot näher zu treten. — Es fehlt nur noch der Hinweis auf die Schellen, die das Trompetenkorps der Schill-Kapelle im Dienst rettet. Am Ende entschließt sich das Korps noch dazu, in Berlin ein Konzert zu Pferde, auf den „berühmten“ Schellenreitern, zu veranstalten.

**Brieg, 18. September.** Vom Saalb holt. Am vorigen Sonntag wurde nur in einem Lokal Tanz abgehalten, und zwar im „Weinberge“, wo etwa 200 Personen, meist Soldaten, anwesend waren. In der „Garnison“ war ebenfalls Tanz geplant gewesen, aber da dort Soldaten einquartiert wurden, mußte der Tanz ausfallen. Unverkündet ist, daß im „Weinberge“ Tanz abgehalten werden dürfte, da dort ebenfalls Soldaten lagen, die doch noch ihre Unterhaltungen im Manöver der Klub bedürften, die sie so erst nach Beendigung des Tanzes, um 11 Uhr Abends, finden konnten. Nach Schimmer hatten es aber die Soldaten im „Saal“, wo sie neben dem großen Saal untergebracht wurden. Dort hatten sie wieder am Sonnabend noch am Sonntag Ruhe zum Schlaf, denn am Sonnabend hielt der Gesangsverein „Kunst“ Versammlungen bis zum frühen Morgen ab und am Sonntag der Militärverein wiederum bis früh. Man nahm also sehr wenig Rücksicht auf die ermüdeten Soldaten. Von jetzt ab werden nun die Fälle ihre Tanzmusiken wie früher haben. Die Arbeiter müssen deshalb für ihre Zorn tragen, daß die hantolierten Lesale Arena gemieden werden. Daher tue jeder Genosse seine Pflicht. Die Gewerkschaftsmitglieder aber ermahnen wir, sich nicht wie vor dem Reich der Kommissionen zur Verfügung zu stellen. Letzter haben einzelne Gewerkschaften schon einige Male in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht getan.

**Trebnitz, 18. September.** Die getrennten Trebnitzer. Ueber den Empfang und Einzug des Kaisers und seines Gefolges am 16. d. Mts. entwerfen Bürgerliche Blätter folgendes Bild: Ganz Trebnitz war vor Freude und Aufregung wie elektrisiert, als gegen 8½ Uhr früh Zerkowitzer v. Sarslem mit Automobilen die Volkstadt brachte, daß der Kaiser Trebnitz besuchen werde. In aller Eile wurden Straßen und Häuser gesäubert und die Fahnen herausgeholt. Kurz vor 9 Uhr kam der Kaiser mit den Herren des Gefolges in vier Automobilen an und begab sich zunächst in die Gemarkung, um die Grabstätte seiner Ahnen, der heiligen Hedwig und Heinrich I., einmal zu besuchen. Als der Kaiser nach Beendigung der Kirche die zwei in Uniform gekleideten Bedienten an den Seiten des Herrn von Kessel erblickte, äußerte er scherzend: „Zwei Kaiserliche!“ Na, Kessel, das wird Geld kosten!“ Nachdem der Monarch auch das Kloster besichtigt hatte, zeichnete er seinen Namen in das ansehnliche Buch ein. Daselbst taten die Herren des Gefolges. Allgemein war die Freude über das gesunde, frische und hellere Aussehen des Monarchen. Von dem sehr schönen Schmauch unserer Hauptstraße, der Langenstraße, hat der Kaiser nichts gesehen, da er auf dem abgekürzten Wege durch die Wilhelmstraße wieder nach Breslau zurückkehrte.

**Sternstadt, 18. September.** Vor geschichtliche Funde. Vor einigen Tagen fand, wie schon berichtet, auf dem Mühlenterrassen bei Sternstadt eine Ausgrabung statt. Das schlesische Museum für Kunstgewerbe und Altertümer war benachrichtigt worden, daß sich beim Aushäuten der Erde dieses Berges wiederholt Graben der prähistorischen Tongefäße angelegt hätten und beschloß deshalb eine Untersuchung der Fundstelle. Es fand sich ungefähr 100 Meter unter dem Ackerbau eine ziemlich festgefügte Mauerwerk von runden Steinen. Die unter dieser in Abständen von 1 bis 2 Meter liegenden Brandgräber hatten durch den Druck der Steinmauer stark getitten. Fast alle Gefäße waren mit Erbsen besetzt und stark gequollen. Den Inhalt der Gräber bildete, wie gewöhnlich auf derartigen Friedhöfen, die Knochenreste mit ihren Beigefäßen. Der Gräber war einige Male durch untergelegte Steine geschützt und bestand bei einem Grabe in zwei aufeinander gedeckten, großen Schüsseln. Die Gefäße bestanden aus teilweise ornamentierter Mäpfer, Töpfen, Tassen usw. Besonders bemerkenswerte Grabbeigaben, wie Bronzen oder dergleichen, wurden nicht gefunden. Form und Verzierung der Gefäße weisen auf die Wende der jüngeren Bronzezeit zur Hallstattperiode hin und sprechen somit diesen Bestattungen ein Alter von rund 3000 Jahren zu.

Durch den Grundbesitzer, Mühlenterrassen Paul Knappe, wurden die Funde dem Breslauer Museum bereitwilligst überlassen.

**Sirahberg, 18. September.** Vom Saalamp. Langsam aber sicher werden die Gastwirte gewahrt, daß es mit ihren Geschäften bergab geht. Obwohl sie alle Anstrengungen machen, sich leicht darüber hinwegzusetzen, müssen sie es am letzten Sonntag wieder erfahren, daß mit dem Sirahberger Arbeiter nicht zu spacen ist. Denn die Besucherzahl im „Berliner Hof“ war trotz der regen Migration des Rittersher und Gausballevereins sehr minimal und bestand zum größten Teil aus Vereinsmitgliedern und einigen Gästen. Die Schüsseln um 10 Uhr waren 16 Paare im „Saalamp“ und 10 Paare im „Berliner Hof“ im Saal. Die Besucherzahl der Besucher bis auf 10 Paare, wo ebenfalls ein Vergnügungsverein ein Fest abhielt, welches sonst immer einen doppelten Besuch aufzuweisen hat. Im „Langen Hause“ waren es nur 16 Paare, welche um 11 Uhr als höchste Besucherzahl dargefunden wurden. Auch dort war es ein Vergnügungsverein, welcher sein Festhalten abhielt. Sonst konnte man dort 80 bis 90 Paare sehen. Im „Prinzen“ war es gut besucht, da alle Feiern und das noch vom Manöver einquartierte Militär sich im Saal sammelte. Abends wurden 11 Paare. Im „Deutschen Kaiser“ in Gunnersdorf war es Herr Schiller, der zum ersten Male die Saalperre fühlte, und seinen Verzen durch drüchte Schüsselnorte Luft machte. Denn in seinem Bereich hielten um 8 Uhr sich nur einige zwanzig Personen auf, diese Zahl stieg aber nach 10 Uhr bis auf 30. Hier waren es meistens Militärvereiner, welche den Saal bevölkerten.

**Janer, 18. September.** Die Mitglieder des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes hielten am Sonntag eine Versammlung ab. Es wurde die Gründung einer Kasse beschlossen. Als Vorsitzender wurde gewählt Kollege Scholz, als Kassierer Kollege Germann Hoffmann, als Schriftführer Kollege Paul Kopsch, als Revisor die Kollegen Kuttig, Wenzel und Klein, als Delegierter zum Gewerkschaftsamt Kollege Kuttig. In der Diskussion wurde die Sausagitation empfohlen; Kollege Kliche forderte die Anwesenden auf, Absenzen zu vermeiden und diese zu der am 18. Oktober stattfindenden Mitgliederversammlung bekannt zu geben, damit dann mit der Migration begonnen werden kann. Zum Schluss wurde aufgerufen, sich dem Arbeiterverein anzuschließen und auf die sozialdemokratische Presse zu abonnieren.

**Brieg, 19. September.** Dienstag in Brieg. Eine große Koloniale Versammlung, in der unter den höchsten Würden auch eine große Zahl von Wirtinnen und anderen







Anträge

zum

Sozialdemokratischen Parteitags

am 22. September und folgende Tage

im Apollo-Theater zu Mannheim G. 6, 8.

Partei und Gewerkschaft.

102. Potsdam-Brandenburg-Osthavelland: Im Anschluß an die vom Jenaer Parteitag dem Parteilands übermittelte Resolution 143 beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand hat unverzüglich in Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treten zur Herbeiführung einer dauernden Fühlung und Verbindung zwischen der politischen und der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere ist anzustreben:

- a) die Ergänzung des Parteivorstandes durch einige Mitglieder der Generalkommission und die Einziehung einiger Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission;
b) Bildung eines aus Vertretern beider Organisationen bestehenden Aktionsausschusses;
c) regelmäßige gemeinschaftliche Sitzungen des Parteivorstandes und der Generalkommission;
d) beiden Organisationen wird zur Pflicht gemacht, in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, nicht selbständig, sondern nur unter gegenseitiger Verständigung oder nach dem vorgehenden Versuch einer solchen Verständigung vorzugehen;
e) in solchen Fragen ist auch erforderlichenfalls die Abhaltung gemeinschaftlicher Parteier- oder Gewerkschaftskongresse - nach Art der internationalen Kongresse - zu erwägen.

103. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Nach dem Programm der Sozialdemokratischen Partei ist der Kampf der Arbeiter gegen die herrschenden Klassen einheitlich zu gestalten. Dieses ist jedoch bis zu einem gewissen Grade in den Reihen der organisierten Arbeiter noch nicht voll zur Durchführung gelangt, vielmehr steht ein Teil der auf dem Boden der sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften noch feindlich und gespalten gegenüber in Zentral und Lokalorganisationen zum Schaden der Arbeiterbewegung. Da hierdurch ein erfolgreicher Kampf gegen die herrschenden Klassen in überflüssiger Weise erschwert und sogar verzerrt wird, erwartet der Parteitag im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung auf das bestimmteste, daß dieser Programmabsatz von den Beteiligten in der einschleuesten Weise zur Anerkennung und Vertiefung gebracht wird. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Initiativen zu ergreifen, um erneut einer Einigung die Wege zu ebnen.

104. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand ist um mehrere Mitglieder zu verstärken. Dabei ist der Frage näher zu treten, ob durch eine Personalunion oder auf anderem Wege eine ständige enge Verbindung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften herbeizuführen ist.

105. Köln Stadt: In Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Zentralorganisation heute allgemein als die einzig richtige Gewerkschaftsform anerkannt wird, ist in Zukunft der redaktionelle Teil der Parteipresse den sozialistischen Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen und ebenso solchen Zentralorganisationen zu verschließen, die nicht der Generalkommission angeschlossen sind.

2. Parteigenossen dürfen nur den, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen Zentralorganisationen angehören.

106. Selbheim: Es ist dahin zu wirken, daß der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften aus gleichviel Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche in strikten Fällen mit einfacher Stimmenmehrheit bzw. durch Durchzählung der Stimmen ihre Beschlüsse fassen.

107. Jena. Die auf besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III, Ortsgruppe Jena, stimmt der Tagesordnung des Parteitages in Mannheim zu. Sie hält die Punkte der Tagesordnung: Volkserziehung und

Sozialdemokratie und ebenso Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug für so wichtig, daß sie auf einem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie erörtert werden.

Die Versammlung behauptet außerordentlich, daß von Seiten einzelner Gewerkschaftsvorstände wiederholt abfällig über die Arbeitsruhe am 1. Mai sowie über die Anwendung des politischen Massenstreiks geurteilt wird. Und darum hält die Versammlung es für richtig, daß auch diese beiden Punkte in Mannheim nochmals gründlich erörtert werden. Sie erwartet aber, daß in Zukunft derartige Ausfälle und Entgleisungen, wie sie sich auf der Konferenz der Parteivorstände in Berlin bei dem Punkte „Partei und Gewerkschaften“ abgepielt haben, unterbleiben. Differenzen zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung werden nie gänzlich zu vermeiden sein, jedoch können dieselben so erledigt werden, ohne persönlich ausfällig zu werden. Das Vermeiden von Differenzen wird am besten dadurch geschehen, daß man nicht bloß die praktische Gegenwartarbeit im Auge behält, sondern mehr wie bisher sich mit Studium der sozialistischen Literatur befaßt.

Parteiprogramm

108. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein London: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer und ökonomischer Kampf. Politisch, weil die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen Organisationen nicht entwickeln kann ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Ökonomisch, weil die Arbeiterklasse kein Mittel unversucht lassen darf, um seine soziale Lage noch kräftiger zu heben.

Verschiedenes

109. Heidelberg: Doppelmandate zum Reichs- und Landtag sind in Zukunft nicht mehr zuzulassen.

110. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag erhebt scharfen Protest gegen jedwede Einmischung der preussischen oder Reichsregierung in die russische Angelegenheit. Er beauftragt den Parteivorstand, erforderlichenfalls jedes geeignete Mittel scharfster Abwehr anzuwenden.

111. Pfungstadt: Die Kreiskonferenz ersucht den Parteivorstand in einer Prüfung der Frage einzutreten, in welcher Weise eine Regelung der Legitimationsfrage bezüglich der flüchtenden russischen Revolutionäre möglich ist. Zweck dieses Antrages ist, die örtlichen Parteikassen vor Schädigung durch unwürdige Elemente zu bewahren.

112. Potsdam-Brandenburg-Osthavelland: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuss zu bilden.

113. Krausbeuren: Es ist auf dem internationalen Kongreß 1907 zu beantragen, eine Weltsprache anzustreben und soll als solche, um internationale Streitigkeiten vorzubeugen, die am meisten gesprochene Sprache gelten, und müßte dieselbe in allen Ländern und Schulen neben der jeweiligen Landes- resp. Muttersprache obligatorisch eingeführt werden.

114. Berlin III: Trotz des bereits bestehenden Beschlusses im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in größter Weise verstößen worden. Der Parteitag zu Mannheim bringt deshalb dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht es dem politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten freimütigen Volkspartei irgendwelche Wahlhilfe zu leisten. Diese Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie die Zügel schiefen zu lassen, sie hat bei allen Wahlen selbst dem traffesten Reaktionär gegen unseren Genossen zum Siege verholfen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei je eher je besser vom politischen Schauplatz verschwinden zu lassen muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden.

115. Heidelberg: Angesichts der immer stärker sich erhebenden Reaktion der Kirchengemeinschaften ist die Agitation für Trennung von Staat und Kirche energischer zu betreiben.

Wiederaufnahme in die Partei

beantragen die ausgeschlossenen früheren Parteigenossen

116. Gustav Wegner, Stuttgart.

117. Emil Schröder, Berlin.

Tagesordnung des Parteitages 1907

118. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Die Wandarbeiterfrage ist auf dem nächsten Parteitage zu behandeln.

119. Ober-Langensielow, Teltow-Beeskow, Frankfurt a. M., Nieder-Barnim, Hamburg II, Dresden-N., Pfungstadt, München, Pfungstadt I, B., Waltershausen, Kiel, Guben, Hannover, Jena, Breslau, Apennin, Kiel-Garden, 8. und 10. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Galm, Berlin III und Berlin VI, sechsundzwanzig Parteigenossen in Erfurt, 9 in Wersgöhlen, 33 in Gumbum, 6 in Pfungstadt, 26 in Gdöll, 12 in Schöneberg, 31 in Berlin VI, 6 in Berlin III, 38 in Leipzig-Stadt:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages 1907 ist

„Die Alkoholfrage“ zu setzen.

120. Berlin III: Der Parteitag beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten“ zu setzen.

Bauarbeiterchutz

Im Verlage des Vorstehenden der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz (Z. Stittge in Hamburg) ist der Bericht der Kommission für 1905 erschienen.

Derselbe umfaßt etwa 300 Seiten und läßt sich als ein wichtiges Nachschlagewerk bezeichnen, welches bei weiterer Agitation für einen wirksameren Bauarbeiterchutz wertvolle Dienste leisten kann.

Der eigentliche Bericht zerfällt in drei Abschnitte: 1. Geschäftsbericht der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz; 2. Verufe, Gesuchen und Ertragungen; 3. die Parteiforderungen und Ertragungen; 4. die Parteiforderungen und Ertragungen; 5. die Parteiforderungen und Ertragungen; 6. die Parteiforderungen und Ertragungen; 7. die Parteiforderungen und Ertragungen; 8. die Parteiforderungen und Ertragungen; 9. die Parteiforderungen und Ertragungen; 10. die Parteiforderungen und Ertragungen; 11. die Parteiforderungen und Ertragungen; 12. die Parteiforderungen und Ertragungen; 13. die Parteiforderungen und Ertragungen; 14. die Parteiforderungen und Ertragungen; 15. die Parteiforderungen und Ertragungen; 16. die Parteiforderungen und Ertragungen; 17. die Parteiforderungen und Ertragungen; 18. die Parteiforderungen und Ertragungen; 19. die Parteiforderungen und Ertragungen; 20. die Parteiforderungen und Ertragungen; 21. die Parteiforderungen und Ertragungen; 22. die Parteiforderungen und Ertragungen; 23. die Parteiforderungen und Ertragungen; 24. die Parteiforderungen und Ertragungen; 25. die Parteiforderungen und Ertragungen; 26. die Parteiforderungen und Ertragungen; 27. die Parteiforderungen und Ertragungen; 28. die Parteiforderungen und Ertragungen; 29. die Parteiforderungen und Ertragungen; 30. die Parteiforderungen und Ertragungen; 31. die Parteiforderungen und Ertragungen; 32. die Parteiforderungen und Ertragungen; 33. die Parteiforderungen und Ertragungen; 34. die Parteiforderungen und Ertragungen; 35. die Parteiforderungen und Ertragungen; 36. die Parteiforderungen und Ertragungen; 37. die Parteiforderungen und Ertragungen; 38. die Parteiforderungen und Ertragungen; 39. die Parteiforderungen und Ertragungen; 40. die Parteiforderungen und Ertragungen; 41. die Parteiforderungen und Ertragungen; 42. die Parteiforderungen und Ertragungen; 43. die Parteiforderungen und Ertragungen; 44. die Parteiforderungen und Ertragungen; 45. die Parteiforderungen und Ertragungen; 46. die Parteiforderungen und Ertragungen; 47. die Parteiforderungen und Ertragungen; 48. die Parteiforderungen und Ertragungen; 49. die Parteiforderungen und Ertragungen; 50. die Parteiforderungen und Ertragungen; 51. die Parteiforderungen und Ertragungen; 52. die Parteiforderungen und Ertragungen; 53. die Parteiforderungen und Ertragungen; 54. die Parteiforderungen und Ertragungen; 55. die Parteiforderungen und Ertragungen; 56. die Parteiforderungen und Ertragungen; 57. die Parteiforderungen und Ertragungen; 58. die Parteiforderungen und Ertragungen; 59. die Parteiforderungen und Ertragungen; 60. die Parteiforderungen und Ertragungen; 61. die Parteiforderungen und Ertragungen; 62. die Parteiforderungen und Ertragungen; 63. die Parteiforderungen und Ertragungen; 64. die Parteiforderungen und Ertragungen; 65. die Parteiforderungen und Ertragungen; 66. die Parteiforderungen und Ertragungen; 67. die Parteiforderungen und Ertragungen; 68. die Parteiforderungen und Ertragungen; 69. die Parteiforderungen und Ertragungen; 70. die Parteiforderungen und Ertragungen; 71. die Parteiforderungen und Ertragungen; 72. die Parteiforderungen und Ertragungen; 73. die Parteiforderungen und Ertragungen; 74. die Parteiforderungen und Ertragungen; 75. die Parteiforderungen und Ertragungen; 76. die Parteiforderungen und Ertragungen; 77. die Parteiforderungen und Ertragungen; 78. die Parteiforderungen und Ertragungen; 79. die Parteiforderungen und Ertragungen; 80. die Parteiforderungen und Ertragungen; 81. die Parteiforderungen und Ertragungen; 82. die Parteiforderungen und Ertragungen; 83. die Parteiforderungen und Ertragungen; 84. die Parteiforderungen und Ertragungen; 85. die Parteiforderungen und Ertragungen; 86. die Parteiforderungen und Ertragungen; 87. die Parteiforderungen und Ertragungen; 88. die Parteiforderungen und Ertragungen; 89. die Parteiforderungen und Ertragungen; 90. die Parteiforderungen und Ertragungen; 91. die Parteiforderungen und Ertragungen; 92. die Parteiforderungen und Ertragungen; 93. die Parteiforderungen und Ertragungen; 94. die Parteiforderungen und Ertragungen; 95. die Parteiforderungen und Ertragungen; 96. die Parteiforderungen und Ertragungen; 97. die Parteiforderungen und Ertragungen; 98. die Parteiforderungen und Ertragungen; 99. die Parteiforderungen und Ertragungen; 100. die Parteiforderungen und Ertragungen; 101. die Parteiforderungen und Ertragungen; 102. die Parteiforderungen und Ertragungen; 103. die Parteiforderungen und Ertragungen; 104. die Parteiforderungen und Ertragungen; 105. die Parteiforderungen und Ertragungen; 106. die Parteiforderungen und Ertragungen; 107. die Parteiforderungen und Ertragungen; 108. die Parteiforderungen und Ertragungen; 109. die Parteiforderungen und Ertragungen; 110. die Parteiforderungen und Ertragungen; 111. die Parteiforderungen und Ertragungen; 112. die Parteiforderungen und Ertragungen; 113. die Parteiforderungen und Ertragungen; 114. die Parteiforderungen und Ertragungen; 115. die Parteiforderungen und Ertragungen; 116. die Parteiforderungen und Ertragungen; 117. die Parteiforderungen und Ertragungen; 118. die Parteiforderungen und Ertragungen; 119. die Parteiforderungen und Ertragungen; 120. die Parteiforderungen und Ertragungen; 121. die Parteiforderungen und Ertragungen; 122. die Parteiforderungen und Ertragungen; 123. die Parteiforderungen und Ertragungen; 124. die Parteiforderungen und Ertragungen; 125. die Parteiforderungen und Ertragungen; 126. die Parteiforderungen und Ertragungen; 127. die Parteiforderungen und Ertragungen; 128. die Parteiforderungen und Ertragungen; 129. die Parteiforderungen und Ertragungen; 130. die Parteiforderungen und Ertragungen; 131. die Parteiforderungen und Ertragungen; 132. die Parteiforderungen und Ertragungen; 133. die Parteiforderungen und Ertragungen; 134. die Parteiforderungen und Ertragungen; 135. die Parteiforderungen und Ertragungen; 136. die Parteiforderungen und Ertragungen; 137. die Parteiforderungen und Ertragungen; 138. die Parteiforderungen und Ertragungen; 139. die Parteiforderungen und Ertragungen; 140. die Parteiforderungen und Ertragungen; 141. die Parteiforderungen und Ertragungen; 142. die Parteiforderungen und Ertragungen; 143. die Parteiforderungen und Ertragungen; 144. die Parteiforderungen und Ertragungen; 145. die Parteiforderungen und Ertragungen; 146. die Parteiforderungen und Ertragungen; 147. die Parteiforderungen und Ertragungen; 148. die Parteiforderungen und Ertragungen; 149. die Parteiforderungen und Ertragungen; 150. die Parteiforderungen und Ertragungen; 151. die Parteiforderungen und Ertragungen; 152. die Parteiforderungen und Ertragungen; 153. die Parteiforderungen und Ertragungen; 154. die Parteiforderungen und Ertragungen; 155. die Parteiforderungen und Ertragungen; 156. die Parteiforderungen und Ertragungen; 157. die Parteiforderungen und Ertragungen; 158. die Parteiforderungen und Ertragungen; 159. die Parteiforderungen und Ertragungen; 160. die Parteiforderungen und Ertragungen; 161. die Parteiforderungen und Ertragungen; 162. die Parteiforderungen und Ertragungen; 163. die Parteiforderungen und Ertragungen; 164. die Parteiforderungen und Ertragungen; 165. die Parteiforderungen und Ertragungen; 166. die Parteiforderungen und Ertragungen; 167. die Parteiforderungen und Ertragungen; 168. die Parteiforderungen und Ertragungen; 169. die Parteiforderungen und Ertragungen; 170. die Parteiforderungen und Ertragungen; 171. die Parteiforderungen und Ertragungen; 172. die Parteiforderungen und Ertragungen; 173. die Parteiforderungen und Ertragungen; 174. die Parteiforderungen und Ertragungen; 175. die Parteiforderungen und Ertragungen; 176. die Parteiforderungen und Ertragungen; 177. die Parteiforderungen und Ertragungen; 178. die Parteiforderungen und Ertragungen; 179. die Parteiforderungen und Ertragungen; 180. die Parteiforderungen und Ertragungen; 181. die Parteiforderungen und Ertragungen; 182. die Parteiforderungen und Ertragungen; 183. die Parteiforderungen und Ertragungen; 184. die Parteiforderungen und Ertragungen; 185. die Parteiforderungen und Ertragungen; 186. die Parteiforderungen und Ertragungen; 187. die Parteiforderungen und Ertragungen; 188. die Parteiforderungen und Ertragungen; 189. die Parteiforderungen und Ertragungen; 190. die Parteiforderungen und Ertragungen; 191. die Parteiforderungen und Ertragungen; 192. die Parteiforderungen und Ertragungen; 193. die Parteiforderungen und Ertragungen; 194. die Parteiforderungen und Ertragungen; 195. die Parteiforderungen und Ertragungen; 196. die Parteiforderungen und Ertragungen; 197. die Parteiforderungen und Ertragungen; 198. die Parteiforderungen und Ertragungen; 199. die Parteiforderungen und Ertragungen; 200. die Parteiforderungen und Ertragungen; 201. die Parteiforderungen und Ertragungen; 202. die Parteiforderungen und Ertragungen; 203. die Parteiforderungen und Ertragungen; 204. die Parteiforderungen und Ertragungen; 205. die Parteiforderungen und Ertragungen; 206. die Parteiforderungen und Ertragungen; 207. die Parteiforderungen und Ertragungen; 208. die Parteiforderungen und Ertragungen; 209. die Parteiforderungen und Ertragungen; 210. die Parteiforderungen und Ertragungen; 211. die Parteiforderungen und Ertragungen; 212. die Parteiforderungen und Ertragungen; 213. die Parteiforderungen und Ertragungen; 214. die Parteiforderungen und Ertragungen; 215. die Parteiforderungen und Ertragungen; 216. die Parteiforderungen und Ertragungen; 217. die Parteiforderungen und Ertragungen; 218. die Parteiforderungen und Ertragungen; 219. die Parteiforderungen und Ertragungen; 220. die Parteiforderungen und Ertragungen; 221. die Parteiforderungen und Ertragungen; 222. die Parteiforderungen und Ertragungen; 223. die Parteiforderungen und Ertragungen; 224. die Parteiforderungen und Ertragungen; 225. die Parteiforderungen und Ertragungen; 226. die Parteiforderungen und Ertragungen; 227. die Parteiforderungen und Ertragungen; 228. die Parteiforderungen und Ertragungen; 229. die Parteiforderungen und Ertragungen; 230. die Parteiforderungen und Ertragungen; 231. die Parteiforderungen und Ertragungen; 232. die Parteiforderungen und Ertragungen; 233. die Parteiforderungen und Ertragungen; 234. die Parteiforderungen und Ertragungen; 235. die Parteiforderungen und Ertragungen; 236. die Parteiforderungen und Ertragungen; 237. die Parteiforderungen und Ertragungen; 238. die Parteiforderungen und Ertragungen; 239. die Parteiforderungen und Ertragungen; 240. die Parteiforderungen und Ertragungen; 241. die Parteiforderungen und Ertragungen; 242. die Parteiforderungen und Ertragungen; 243. die Parteiforderungen und Ertragungen; 244. die Parteiforderungen und Ertragungen; 245. die Parteiforderungen und Ertragungen; 246. die Parteiforderungen und Ertragungen; 247. die Parteiforderungen und Ertragungen; 248. die Parteiforderungen und Ertragungen; 249. die Parteiforderungen und Ertragungen; 250. die Parteiforderungen und Ertragungen; 251. die Parteiforderungen und Ertragungen; 252. die Parteiforderungen und Ertragungen; 253. die Parteiforderungen und Ertragungen; 254. die Parteiforderungen und Ertragungen; 255. die Parteiforderungen und Ertragungen; 256. die Parteiforderungen und Ertragungen; 257. die Parteiforderungen und Ertragungen; 258. die Parteiforderungen und Ertragungen; 259. die Parteiforderungen und Ertragungen; 260. die Parteiforderungen und Ertragungen; 261. die Parteiforderungen und Ertragungen; 262. die Parteiforderungen und Ertragungen; 263. die Parteiforderungen und Ertragungen; 264. die Parteiforderungen und Ertragungen; 265. die Parteiforderungen und Ertragungen; 266. die Parteiforderungen und Ertragungen; 267. die Parteiforderungen und Ertragungen; 268. die Parteiforderungen und Ertragungen; 269. die Parteiforderungen und Ertragungen; 270. die Parteiforderungen und Ertragungen; 271. die Parteiforderungen und Ertragungen; 272. die Parteiforderungen und Ertragungen; 273. die Parteiforderungen und Ertragungen; 274. die Parteiforderungen und Ertragungen; 275. die Parteiforderungen und Ertragungen; 276. die Parteiforderungen und Ertragungen; 277. die Parteiforderungen und Ertragungen; 278. die Parteiforderungen und Ertragungen; 279. die Parteiforderungen und Ertragungen; 280. die Parteiforderungen und Ertragungen; 281. die Parteiforderungen und Ertragungen; 282. die Parteiforderungen und Ertragungen; 283. die Parteiforderungen und Ertragungen; 284. die Parteiforderungen und Ertragungen; 285. die Parteiforderungen und Ertragungen; 286. die Parteiforderungen und Ertragungen; 287. die Parteiforderungen und Ertragungen; 288. die Parteiforderungen und Ertragungen; 289. die Parteiforderungen und Ertragungen; 290. die Parteiforderungen und Ertragungen; 291. die Parteiforderungen und Ertragungen; 292. die Parteiforderungen und Ertragungen; 293. die Parteiforderungen und Ertragungen; 294. die Parteiforderungen und Ertragungen; 295. die Parteiforderungen und Ertragungen; 296. die Parteiforderungen und Ertragungen; 297. die Parteiforderungen und Ertragungen; 298. die Parteiforderungen und Ertragungen; 299. die Parteiforderungen und Ertragungen; 300. die Parteiforderungen und Ertragungen; 301. die Parteiforderungen und Ertragungen; 302. die Parteiforderungen und Ertragungen; 303. die Parteiforderungen und Ertragungen; 304. die Parteiforderungen und Ertragungen; 305. die Parteiforderungen und Ertragungen; 306. die Parteiforderungen und Ertragungen; 307. die Parteiforderungen und Ertragungen; 308. die Parteiforderungen und Ertragungen; 309. die Parteiforderungen und Ertragungen; 310. die Parteiforderungen und Ertragungen; 311. die Parteiforderungen und Ertragungen; 312. die Parteiforderungen und Ertragungen; 313. die Parteiforderungen und Ertragungen; 314. die Parteiforderungen und Ertragungen; 315. die Parteiforderungen und Ertragungen; 316. die Parteiforderungen und Ertragungen; 317. die Parteiforderungen und Ertragungen; 318. die Parteiforderungen und Ertragungen; 319. die Parteiforderungen und Ertragungen; 320. die Parteiforderungen und Ertragungen; 321. die Parteiforderungen und Ertragungen; 322. die Parteiforderungen und Ertragungen; 323. die Parteiforderungen und Ertragungen; 324. die Parteiforderungen und Ertragungen; 325. die Parteiforderungen und Ertragungen; 326. die Parteiforderungen und Ertragungen; 327. die Parteiforderungen und Ertragungen; 328. die Parteiforderungen und Ertragungen; 329. die Parteiforderungen und Ertragungen; 330. die Parteiforderungen und Ertragungen; 331. die Parteiforderungen und Ertragungen; 332. die Parteiforderungen und Ertragungen; 333. die Parteiforderungen und Ertragungen; 334. die Parteiforderungen und Ertragungen; 335. die Parteiforderungen und Ertragungen; 336. die Parteiforderungen und Ertragungen; 337. die Parteiforderungen und Ertragungen; 338. die Parteiforderungen und Ertragungen; 339. die Parteiforderungen und Ertragungen; 340. die Parteiforderungen und Ertragungen; 341. die Parteiforderungen und Ertragungen; 342. die Parteiforderungen und Ertragungen; 343. die Parteiforderungen und Ertragungen; 344. die Parteiforderungen und Ertragungen; 345. die Parteiforderungen und Ertragungen; 346. die Parteiforderungen und Ertragungen; 347. die Parteiforderungen und Ertragungen; 348. die Parteiforderungen und Ertragungen; 349. die Parteiforderungen und Ertragungen; 350. die Parteiforderungen und Ertragungen; 351. die Parteiforderungen und Ertragungen; 352. die Parteiforderungen und Ertragungen; 353. die Parteiforderungen und Ertragungen; 354. die Parteiforderungen und Ertragungen; 355. die Parteiforderungen und Ertragungen; 356. die Parteiforderungen und Ertragungen; 357. die Parteiforderungen und Ertragungen; 358. die Parteiforderungen und Ertragungen; 359. die Parteiforderungen und Ertragungen; 360. die Parteiforderungen und Ertragungen; 361. die Parteiforderungen und Ertragungen; 362. die Parteiforderungen und Ertragungen; 363. die Parteiforderungen und Ertragungen; 364. die Parteiforderungen und Ertragungen; 365. die Parteiforderungen und Ertragungen; 366. die Parteiforderungen und Ertragungen; 367. die Parteiforderungen und Ertragungen; 368. die Parteiforderungen und Ertragungen; 369. die Parteiforderungen und Ertragungen; 370. die Parteiforderungen und Ertragungen; 371. die Parteiforderungen und Ertragungen; 372. die Parteiforderungen und Ertragungen; 373. die Parteiforderungen und Ertragungen; 374. die Parteiforderungen und Ertragungen; 375. die Parteiforderungen und Ertragungen; 376. die Parteiforderungen und Ertragungen; 377. die Parteiforderungen und Ertragungen; 378. die Parteiforderungen und Ertragungen; 379. die Parteiforderungen und Ertragungen; 380. die Parteiforderungen und Ertragungen; 381. die Parteiforderungen und Ertragungen; 382. die Parteiforderungen und Ertragungen; 383. die Parteiforderungen und Ertragungen; 384. die Parteiforderungen und Ertragungen; 385. die Parteiforderungen und Ertragungen; 386. die Parteiforderungen und Ertragungen; 387. die Parteiforderungen und Ertragungen; 388. die Parteiforderungen und Ertragungen; 389. die Parteiforderungen und Ertragungen; 390. die Parteiforderungen und Ertragungen; 391. die Parteiforderungen und Ertragungen; 392. die Parteiforderungen und Ertragungen; 393. die Parteiforderungen und Ertragungen; 394. die Parteiforderungen und Ertragungen; 395. die Parteiforderungen und Ertragungen; 396. die Parteiforderungen und Ertragungen; 397. die Parteiforderungen und Ertragungen; 398. die Parteiforderungen und Ertragungen; 399. die Parteiforderungen und Ertragungen; 400. die Parteiforderungen und Ertragungen; 401. die Parteiforderungen und Ertragungen; 402. die Parteiforderungen und Ertragungen; 403. die Parteiforderungen und Ertragungen; 404. die Parteiforderungen und Ertragungen; 405. die Parteiforderungen und Ertragungen; 406. die Parteiforderungen und Ertragungen; 407. die Parteiforderungen und Ertragungen; 408. die Parteiforderungen und Ertragungen; 409. die Parteiforderungen und Ertragungen; 410. die Parteiforderungen und Ertragungen; 411. die Parteiforderungen und Ertragungen; 412. die Parteiforderungen und Ertragungen; 413. die Parteiforderungen und Ertragungen; 414. die Parteiforderungen und Ertragungen; 415. die Parteiforderungen und Ertragungen; 416. die Parteiforderungen und Ertragungen; 417. die Parteiforderungen und Ertragungen; 418. die Parteiforderungen und Ertragungen; 419. die Parteiforderungen und Ertragungen; 420. die Parteiforderungen und Ertragungen; 421. die Parteiforderungen und Ertragungen; 422. die Parteiforderungen und Ertragungen; 423. die Parteiforderungen und Ertragungen; 424. die Parteiforderungen und Ertragungen; 425. die Parteiforderungen und Ertragungen; 426. die Parteiforderungen und Ertragungen; 427. die Parteiforderungen und Ertragungen; 428. die Parteiforderungen und Ertragungen; 429. die Parteiforderungen und Ertragungen; 430. die Parteiforderungen und Ertragungen; 431. die Parteiforderungen und Ertragungen; 432. die Parteiforderungen und Ertragungen; 433. die Parteiforderungen und Ertragungen; 434. die Parteiforderungen und Ertragungen; 435. die Parteiforderungen und Ertragungen; 436. die Parteiforderungen und Ertragungen; 437. die Parteiforderungen und Ertragungen; 438. die Parteiforderungen und Ertragungen; 439. die Parteiforderungen und Ertragungen; 440. die Parteiforderungen und Ertragungen; 441. die Parteiforderungen und Ertragungen; 442. die Parteiforderungen und Ertragungen; 443. die Parteiforderungen und Ertragungen; 444. die Parteiforderungen und Ertragungen; 445. die Parteiforderungen und Ertragungen; 446. die Parteiforderungen und Ertragungen; 447. die Parteiforderungen und Ertragungen; 448. die Parteiforderungen und Ertragungen; 449. die Parteiforderungen und Ertragungen; 450. die Parteiforderungen und Ertragungen; 451. die Parteiforderungen und Ertragungen; 452. die Parteiforderungen und Ertragungen; 453. die Parteiforderungen und Ertragungen; 454. die Parteiforderungen und Ertragungen; 455. die Parteiforderungen und Ertragungen; 456. die Parteiforderungen und Ertragungen; 457. die Parteiforderungen und Ertragungen; 458. die Parteiforderungen und Ertragungen; 459. die Parteiforderungen und Ertragungen; 460. die Parteiforderungen und Ertragungen; 461. die Parteiforderungen und Ertragungen; 462. die Parteiforderungen und Ertragungen; 463. die Parteiforderungen und Ertragungen; 464. die Parteiforderungen und Ertragungen; 465. die Parteiforderungen und Ertragungen; 466. die Parteiforderungen und Ertragungen; 467. die Parteiforderungen und Ertragungen; 468. die Parteiforderungen und Ertragungen; 469. die Parteiforderungen und Ertragungen; 470. die Parteiforderungen und Ertragungen; 471. die Parteiforderungen und Ertragungen; 472. die Parteiforderungen und Ertragungen; 473. die Parteiforderungen und Ertragungen; 474. die Parteiforderungen und Ertragungen; 475. die Parteiforderungen und Ertragungen; 476. die Parteiforderungen und Ertragungen; 477. die Parteiforderungen und Ertragungen; 478. die Parteiforderungen und Ertragungen; 479. die Parteiforderungen und Ertragungen; 480. die Parteiforderungen und Ertragungen; 481. die Parteiforderungen und Ertragungen; 482. die Parteiforderungen und Ertragungen; 483. die Parteiforderungen und Ertragungen; 484. die Parteiforderungen und Ertragungen; 485. die Parteiforderungen und Ertragungen; 486. die Parteiforderungen und Ertragungen; 487. die Parteiforderungen und Ertragungen; 488. die Parteiforderungen und Ertragungen; 489. die Parteiforderungen und Ertragungen; 490. die Parteiforderungen und Ertragungen; 491. die Parteiforderungen und Ertragungen; 492. die Parteiforderungen und Ertragungen; 493. die Parteiforderungen und Ertragungen; 494. die Parteiforderungen und Ertragungen; 495. die Parteiforderungen und Ertragungen; 496. die Parteiforderungen und Ertragungen; 497. die Parteiforderungen und Ertragungen; 498. die Parteiforderungen und Ertragungen; 499. die Parteiforderungen und Ertragungen; 500. die Parteiforderungen und Ertragungen; 501. die Parteiforderungen und Ertragungen; 502. die Parteiforderungen und Ertragungen; 503. die Parteiforderungen und Ertragungen; 504. die Parteiforderungen und Ertragungen; 505. die Parteiforderungen und Ertragungen; 506. die Parteiforderungen und Ertragungen; 507. die Parteiforderungen und Ertragungen; 508. die Parteiforderungen und Ertragungen; 509. die Parteiforderungen und Ertragungen; 510. die Parteiforderungen und Ertragungen; 511. die Parteiforderungen und Ertragungen; 512. die Parteiforderungen und Ertragungen; 513. die Parteiforderungen und Ertragungen; 514. die Parteiforderungen und Ertragungen; 515. die Parteiforderungen und Ertragungen; 516. die Parteiforderungen und Ertragungen; 517. die Parteiforderungen und Ertragungen; 518. die Parteiforderungen und Ertragungen; 519. die Parteiforderungen und Ertragungen; 520. die Parteiforderungen und Ertragungen; 521. die Parteiforderungen und Ertragungen; 522. die Parteiforderungen und Ertragungen; 523. die Parteiforderungen und Ertragungen; 524. die Parteiforderungen und Ertragungen; 525. die Parteiforderungen und Ertragungen; 526. die Parteiforderungen und Ertragungen; 527. die Parteiforderungen und Ertragungen; 528. die Parteiforderungen und Ertragungen; 529. die Parteiforderungen und Ertragungen; 530. die Parteiforderungen und Ertragungen; 531. die Parteiforderungen und Ertragungen; 532. die Parteiforderungen und Ertragungen; 533. die Parteiforderungen und Ertragungen; 534. die Parteiforderungen und Ertragungen; 535. die Parteiforderungen und Ertragungen; 536. die Parteiforderungen und Ertragungen; 537. die Parteiforderungen und Ertragungen; 538. die Parteiforderungen und Ertragungen; 539. die Parteiforderungen und Ertragungen; 540. die Parteiforderungen und Ertragungen; 541. die Parteiforderungen und Ertragungen; 542. die Parteiforderungen und Ertragungen; 543. die Parteiforderungen und Ertragungen; 544. die Parteiforderungen und Ertragungen; 545. die Parteiforderungen und Ertragungen; 546. die Parteiforderungen und Ertragungen; 547. die Parteiforderungen und Ertragungen; 548. die Parteiforderungen und Ertragungen; 549. die Parteiforderungen und Ertragungen; 550. die Parteiforderungen und Ertragungen; 551. die Parteiforderungen und Ertragungen; 552. die Parteiforderungen und Ertragungen; 553. die Parteiforderungen und Ertragungen; 554. die Parteiforderungen und Ertragungen; 555. die Parteiforderungen und Ertragungen; 556. die Parteiforderungen und Ertragungen; 557. die Parteiforderungen und Ertragungen; 558. die Parteiforderungen und Ertragungen; 559. die Parteiforderungen und Ertragungen; 560. die Parteiforderungen und Ertragungen; 561. die Parteiforderungen und Ertragungen; 562. die Parteiforderungen und Ertragungen; 563. die Parteiforderungen und Ertragungen; 564. die Parteiforderungen und Ertragungen; 565. die Parteiforderungen und Ertragungen; 566. die Parteiforderungen und Ertragungen; 567. die Parteiforderungen und Ertragungen; 568. die Parteiforderungen und Ertragungen; 569. die Parteiforderungen und Ertragungen; 570. die Parteiforderungen und Ertragungen; 571. die Parteiforderungen und Ertragungen; 572. die Parteiforderungen und Ertragungen; 573. die Parteiforderungen und Ertragungen; 574. die Parteiforderungen und Ertragungen; 575. die Parteiforderungen und Ertragungen; 576. die Parteiforderungen und Ertragungen; 577. die Parteiforderungen und Ertragungen; 578. die Parteiforderungen und Ertragungen; 579. die Parteiforderungen und Ertragungen; 580. die Parteiforderungen und Ertragungen; 581. die Parteiforderungen und Ertragungen; 582. die Parteiforderungen und Ertragungen; 583. die Parteiforderungen und Ertragungen; 584. die Parteiforderungen und Ertragungen; 585. die Parteiforderungen und Ertragungen; 586. die Parteiforderungen und Ertragungen; 587. die Parteiforderungen und Ertragungen; 588. die Parteiforderungen und Ertragungen; 589. die Parteiforderungen und Ertragungen; 590. die Parteiforderungen und Ertragungen; 591. die Parteiforderungen und Ertragungen; 592. die Parteiforderungen und Ertragungen; 593. die Parteiforderungen und Ertragungen; 594. die Parteiforderungen und Ertragungen; 595. die Parteiforderungen und Ertragungen; 596. die Parteiforderungen und Ertragungen; 597. die Parteiforderungen und Ertragungen; 598. die Parteiforderungen und Ertragungen; 599. die Parteiforderungen und Ertragungen; 600. die Parteiforderungen und Ertragungen; 601. die Parteiforderungen und Ertragungen; 602. die Parteiforderungen und Ertragungen; 603. die Parteiforderungen und Ertragungen; 604. die Parteiforderungen und Ertragungen; 605. die Parteiforderungen und Ertragungen; 606. die Parteiforderungen und Ertragungen; 607. die Parteiforderungen und Ertragungen; 608. die Parteiforderungen und Ertragungen; 609. die Parteiforderungen und Ertragungen; 610. die Parteiforderungen und Ertragungen; 611. die Parteiforderungen und Ertragungen; 612. die Parteiforderungen und Ertragungen; 613. die Parteiforderungen und Ertragungen; 614. die Parteiforderungen und Ertragungen; 615. die Parteiforderungen und Ertragungen; 616. die Parteiforderungen und Ertragungen; 617. die Parteiforderungen und Ertragungen; 618. die Parteiforderungen und Ertragungen; 619. die Parteiforderungen und Ertragungen; 620. die Parteiforderungen und Ertragungen; 621. die Parteiforderungen und Ertragungen; 622. die Parteiforderungen und Ertragungen; 623. die Parteiforderungen und Ertragungen; 624. die Parteiforderungen und Ertragungen; 625. die Parteiforderungen und Ertragungen; 626. die Parteiforderungen und Ertragungen; 627. die Parteiforderungen und Ertragungen; 628. die Parteiforderungen und Ertragungen; 629. die Parteiforderungen und Ertragungen; 630. die Parteiforderungen und Ertragungen; 631. die Parteiforderungen und Ertragungen; 632. die Parteiforderungen und Ertragungen; 633. die Parteiforderungen und Ertragungen; 634. die Parteiforderungen und Ertragungen; 635.



der besten Bauarbeiterkorporation zu Offenbach eine Petition an den Reichstag gerichtet. Der Reichstag, dem die Petition im August 1906 mit einem Begleitschreiben an den Reichskanzler überreicht wurde, hat der Zentralkommission nicht einmal eine Besichtigung des Empfangs zugehen lassen. Von der Petition an den Reichstag sind 5480 Exemplare hergestellt worden, die fast alle in 1126 Orten Deutschlands an die Vertrauensleute der Bauarbeiter verteilt wurden mit der Aufforderung Unterschriften für diese Petition unter den Bauarbeitern zu sammeln. Leider haben sich an dieser Sammlung nur 705 Orte beteiligt, die im ganzen 172.760 Unterschriften zusammenbrachten. Ein Beweis dafür, daß noch viele der organisierten Bauarbeiter die Unterzeichnung versäumen haben, denn die im Bauhandwerk bestehenden Organisationen weisen bedeutend höhere Mitgliederzahlen auf.

Auch die „Christlichen“ wagten sich mit einer Petition an den Reichstag; jedoch wagten sie nicht, sich klipp und klar den Forderungen der Sozialdemokraten anzuschließen. Dieser Jagdakt entspricht die Stellung des „Arbeiterfreundlichen“ Zentrums zu dieser Materie im Reichstag. Es bewies letzteres einmal seine Arbeiterfreundlichkeit nach außen, d. h. den sozialistischen Arbeitern gegenüber, indem es im Plenum für Bauarbeiter eintrat, in der Petitionskommission dagegen nahm diese Partei eine ihrem Verhalten im Plenum entgegengesetzte Stellung ein. Für die Regierung war diese Art der Arbeiterfreundlichkeit nicht ernst zu nehmen. Dort, wo sich die Gelegenheit bot, endlich den Bauarbeitern den notwendigen Schutz zu sichern, nämlich bei der Beratung des neuen Polizeigesetzes für die selbständigen Bauhandwerker, hat das Zentrum auch dafür gesorgt, daß die Bauarbeiter wiederum leer ausgehen.

In einer Reihe von Bundesstaaten steht dank der unermüdeten Arbeit der Zentralkommission die Frage nach einem besseren Schutze der Bauarbeiter auf der Tagesordnung. Es wird auch hier und dort mit Verordnungen und Versuchen einer besseren Überwachung der Betriebe eingeleitet; doch zeigen diese Bemühungen immer wieder aufs neue, daß auf solchem Wege und durch die Unfallverhütungsbestimmungen der Berufsgenossenschaften das von den Bauarbeitern erstrebte Ziel nicht erreicht wird, daß vielmehr nur der im Reichstage von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Entwurf eines Reichsgesetzes zum Schutze der Bauarbeiter zu helfen vermag. Wie dringend nötig dessen Annahme ist, führt uns der Bericht in erschöpfender Weise vor Augen, indem er zum Teil an der Hand der amtlichen Statistik die verheerenden Wirkungen der Berufszersplitterung für die Gesundheit und das Leben darlegt.

Auch mit dem Bauarbeiter in den Provinzen beschäftigen sich die Parteien und beschränken sich der Bericht. Derselbe liegt dort ebenso dar, wie in den anderen Provinzen der Monarchie. Eine Ausnahme davon machen einzelne Orte, wie: Breslau, Gdansk, Posen, Lublin, Guben, Posen, Bromberg usw. wo Lokalkommissionen bestehen und die hauptgewerblichen Arbeiter eine regere Tätigkeit entfalten zur Erringung besserer Zustände bei den Bauten. Eine Lokalkommission für Bauarbeiter in Gdansk, wie sie sein soll, besteht in Breslau. Der Jahresbericht dieser Kommission für 1904 legt davon ein bereites Zeugnis ab. Wie der Zentralkommission mitgeteilt wurde, beabsichtigte der Breslauer Oberbürgermeister, als Chef des Polizeiwesens, die hauptgewerblichen Schutzvorschriften im Sinne der Arbeiterforderungen zu revidieren. Der Genosse Kuntzsch, (Nachredner) soll in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission zu diesen Beratungen hinzugezogen werden. Das ist ein Erfolg. Die Photographie ist für die Breslauer Kommission eine wirksame und nicht zu unterschätzende Waffe geworden. Die Leistungen auf diesem Gebiete sind geradezu als Vorbild zu betrachten. Von der Lokalkommission zu Gdansk wurde über eine große Zahl von schweren Unfällen im Jahre 1904 berichtet. Auch in Betreff des sanitärhygienischen Schutzes, Bauliste, Aborte usw., soll es noch sehr traglich liegen. Der Gdansk Bericht weist auch auf die wesentliche Hilfe hin, welche die Arbeiterpresse zu leisten vermag, durch die Veröffentlichung von Berichten und sonstigen Mitteilungen der Kommission. Die Schlesisch-Posenische Bauergewerkschaft gehört auch zu den Organisationen der Unternehmern, welche 1904 gegen 1903 wieder eine Zunahme der Unfälle zu verzeichnen hatte.

### Partei-Angelegenheiten.

**Strafkonto der Presse.** Vor einiger Zeit boykottierten die Genossen von Bruchhausen einen Mann, der sein Lokal den Arbeitern zu Versammlungen verweigerte. Der Lokalbesitzer wurde in der Form der „Arbeiterzeitung“, dem unabhängigen Parteiblatt, veröffentlicht. Die Folge war, daß Genosse Frank, der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“, einen amtsgerichtlichen Strafbefehl in Höhe von 30 Mk. erhielt. Frank druckte den Strafbefehl ab, was wiederum eine Klage zur Folge hatte, weil der Abdruck erfolgt war, ehe die Strafe bezahlt oder gerichtliche Entscheidung erfolgt sei. Sonnabend fand vor der Vormund der Strafkammer die Verhandlung statt, die mit der Verurteilung Frankens zu der unglücklich hohen Strafe von 100 Mk. endete. Daran erkannte man wieder die Dornen der Justiz. Zwar sind auch sonst in ähnlichen Fällen recht oft Auflagen und Verurteilungen erfolgt, aber selten büßte auf eine solche hohe Strafe erkannt worden sein. Gegen Frank schwebt übrigens noch eine Anklage wegen einer gleichen Sache.

**Der alljährliche Reichsverband zur Verlesung der Sozialdemokratie.** Unter dem Vorzeichen, daß „Norddeutsche Volksblatt“, teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft in Oldenburg in der Strafkammer wegen Verlesung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie das Verfahren zum Teil wegen mangelnden Tatbestandes, zum Teil wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt hat. Unter dem Vorzeichen, daß Haupt des Reichsverbandes zur Abwägung der Sozialdemokratie, General P. D. Leber, für sich und seine Kollegen Klage eingereicht, weil sie sich durch den Artikel: „Deutsche Programmen“ in Nr. 169 des „Nordd. Volksblattes“ vor den Bund gelassen glanzvoll. Durch die Unschicklichkeit der Staatsanwaltschaft in Oldenburg kann dieser gegenüber kommen wir nun ein Vergleichen und der Reichsverbandsteiler zum seine „Rechtsetzung“. Gestrichel Schmeier ist halber Schmeier.

### Arbeiterbewegung.

**Kann ein Bäcker eine Familie ernähren?** Diese Preisfrage zu lösen ist nicht schwer, wenn man folgenden Erfahrungen aus Würzburg einige Aufmerksamkeit widmet. Obgleich im allgemeinen als sicher steht, daß in den letzten Jahren eine Aufwärtsbewegung in fast allen Berufen stattgefunden hat und die Zahl der beschäftigten Arbeiter gestiegen ist, geht die Zahl der beschäftigten Bäckerfamilien in Würzburg zurück. Diese Erscheinung ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß der Konsum vielfach zurückgegangen wäre, sondern einzig und allein darauf, daß man noch billiger als billige Arbeiterkräfte einsetzt hat — nämlich Lehrlinge. Die Zahl der beschäftigten Gesellen ist um 35 zurückgegangen und die der Lehrlinge um 53 gestiegen. Nun sind die Löhne aber keineswegs so hoch, daß aus diesem Grunde diese Verschiebung begründet werden könnte, denn die Lohnverhältnisse gestalten sich wie folgt: 152 Schillinge haben in voller Verpflegung und haben Logis bei ihren Weibern; neben Kost und Logis bezahlen sie folgende Summe: 2 Schillinge bis zu 4 Mark; 23 bis zu 5 Mark; 33 bis zu 6 Mark; 42 bis zu 7 Mark; 5 bis zu 8 Mark; 11 bis zu 9 Mark; 3 bis zu 10 Mark; 1 11 Mark; 5 bis zu 12 Mark; 1 13 Mark und 1 14 Mark. Bei

Logis und halber Kost beziehen 1 Gehilfe 16 Mark und 1 Gehilfe 10 Mark. Ohne Kost und Logis beziehen 18 Gehilfen folgende Löhne: 1 Gehilfe 20 Mark; 1 Gehilfe 19 Mark; 3 bis 13 Mark; 3 bis 17 Mark; 2 bis zu 16 Mark; 3 bis zu 15 Mark. Außer Kost und Logis beziehen: 1 Gehilfe 22 Mark; 1 19 Mark; 1 17 Mark. Ein kleiner Prozentsatz der Bäckerfamilien ist außerhalb des Kost- und Logiszwanges. Dieses dürfte auch des Bäcker Lösung sein, warum die Löhne so überaus niedrig sind. Nach diesem Resultat dürfte selbst das alljährliche Rezept verfallen, um die Frage zu lösen, ob ein Bäcker eine Familie ernähren kann.

**Der Zustand der Fischer auf dem Rhein nimmt an Ausdehnung zu.** Die Zahl der Ausländer ist von 200 auf 300 gestiegen. Der Zustand dehnt sich bis nach Rheins aus.

**Der Streik der Kohlenarbeiter in Adnigberg dauert fort.** Am Montag früh 6 Uhr fand im Freisitz eine Versammlung der Ausländer statt und da konnte bekannt gemacht werden, daß sich alle zur Kontrolle rechtzeitig gemeldet. Bis zur Stunde ist noch nicht ein Arbeiter, der in den Streik trat, arbeitswillig geworden. Neue Verhandlungen sind bisher von keiner Seite angebahnt worden, jedoch steht zu erwarten, daß es im Laufe dieser Woche dazu kommt.

**Ein allgemeiner italienischer Arbeiterbund.** Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft Italiens hat mit zwei verschiedenen Zweigen zu rechnen, den Federationen (gewerkschaftliche Zentralverbände) und den Arbeiterkammern (lokale Vereinigungen). Zwischen diesen beiden Organisationsformen kommt es bekanntlich recht häufig zu unangenehmen Reibungen und Differenzen, durch welche die Aktionsfähigkeit der Arbeiter naturgemäß geschwächt wird. Um diese Komplikation zu beseitigen, machte der Sekretär des italienischen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Verzi, auf dem letzten Verbandstage der Metallarbeiter den Vorschlag, eine allgemeine Konföderation der Arbeiter zu schaffen. Eine im Sinne des Vorschlages Verzi gehaltene Resolution fand Annahme. Demnach findet nun der italienische Gewerkschaftsbund statt und Verzi veröffentlicht ein von ihm ausgearbeitetes Statut für den nach seinen Plänen zu schaffenden Gewerkschaftsbund. Die Reibungen zwischen den beiden Organisationsformen will er durch Schaffung einer einheitlichen Statutenkarte und — Marke beseitigen, sodas ein Mitglied des Zentralverbandes zugleich Mitglied der lokalen Arbeiterkammer sein würde. In den Bund sind zugelassen die Zentralverbände, die Arbeiterkammern und diejenigen autonomen Gruppen, für die ein Zentralverband noch besteht, und die an solchen Orten ihren Sitz haben, wo auch noch keine Arbeiterkammer errichtet ist. Ueber die Aufgaben des Bundes sagt Artikel 3: Die allgemeine Leitung der proletarischen Bewegung, der industriellen sowohl als der landwirtschaftlichen, unabhängig von jeder politischen Richtung.

Ergegen sagt Absatz C desselben Artikels, daß jede Initiative der Abgeordneten des Proletariats in der Legislative der Provinz und in der Gemeinde zur Errichtung derjenigen Gesetze und sozialen Verbesserungen, die von der Klasse des Proletariats gefordert werden, zu unterstützen sind. Sodann wird weiter unten gesagt, daß die notwendigen und geeigneten Schritte zu tun seien, um mit denjenigen Parteien, welche in der Politik die Interessen der Arbeiter vertreten, in Fühlung zu gelangen, damit bei jeder partiiellen oder allgemeinen Differenz zwischen Kapital und Arbeit, die sich zu einem allgemeinen Klassenkampf aufbietet, die geeigneten Maßnahmen getroffen werden können. Demnach scheint Verzi von anderen Parteien als der sozialistischen, Unterstützung der proletarischen Interessen zu erwarten, oder soll dadurch nur die vollkommene „politische Neutralität“ der Federationen unter Beweis gestellt werden? Auf jeden Fall würden ja auch die italienischen Gewerkschaften bald einsehen, daß sie außerhalb der Sozialdemokratie wenig Unterstützung finden würden. Als weitere Aufgaben werden angeführt: Erhebungen, Aufnahme von Statistiken über die Lage der Arbeiter, die Zahl der Arbeitslosen, die Streiks usw. Ferner soll Verhandlung mit den Kooperativ-Genossenschaften und den Unterhaltungs-Vereinigungen gesucht werden. Mit der Lösung der oben bezeichneten Aufgaben soll ein Komitee, bestehend aus sieben Mitgliedern, von denen zwei als Sekretäre fest anzustellen sind, beauftragt werden. Außerdem soll noch eine Aufsichtskommission von dreißig Mitgliedern gebildet werden. Das Exekutivkomitee wird von dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gewählt. Die Kosten für die zu schaffende Institution, die, wie man sieht, im wesentlichen unserer deutschen Generalarbeitskommission nachgebildet ist, sollen aufgebracht werden durch die Beiträge der angeschlossenen Zentralverbände, die pro Mitglied und Jahr 20 Ct., die der landwirtschaftlichen 10 Ct. an die Kommission abzuführen haben.

**Die Vorschläge des Genossen Verzi werden den wichtigsten Verhandlungsgegenstand auf dem nächsten Kongress der italienischen Gewerkschaften bilden.**

**Das Bureau des internationalen Verbandes der Bergarbeiter** hielt eine Sitzung ab. Vertreten waren England, Belgien, Frankreich, Oesterreich und Deutschland. Das Bureau beschloß, in drei Sprachen gedruckte Uebersetzungskarten zu schaffen, die den Bergarbeitern gestatten, ohne Kosten und Formalitäten von der einen Gewerkschaft in die andere überzutreten. Viele Maßregel hat eine große Bedeutung, wenn man bedenkt, daß 5000 Bergleute jährlich ihre Bezirke wechseln. Ferner wurden die Lohnverhältnisse in den einzelnen Ländern besprochen und die Mittel erörtert, um eine internationale Bewegung zur Verbesserung der Löhne in die Wege zu leiten. Außerdem bildeten Gegenstand der Tagesordnung die Kohlenpreise und der Einfluß auf die Löhne.

**20.000 Arbeiter angefordert.** Die Industriellen von Belgien beschloßen in einer Versammlung der Vereinigung der Textilindustriellen die General-Aussperrung in allen industriellen Betrieben Belgiens und Umgegend. Sie erklärten, die Aussperrung sei durch zwei Ausfälle provoziert worden, die in zwei Wäschereibetrieben ausgebrochen seien, in denen Arbeitgeber und Arbeiter in Streit lagen; alle Industriellen hätten sich solidarisch gefühlt und die Generalaussperrung beschlossen. 20.000 Arbeiter werden von der Aussperrung betroffen.

### Aus den Gerichtssälen.

**„Terrorismus“ am Tage der Kontrollberammlung.** Ein schreckliches Urteil fällt das Kriegsgericht in Dresden über einen Drechsler und einen Maschinenschloßer, die am Tage der Kontrollberammlung den Drechsler Jähring aus Speckhitz Streifbrecher und Schust genannt und ihm mit „Vertreten der Knochen“ bedroht hatten. Die beiden „Terroristen“ waren nämlich „Gemeine“, dem Arbeitswilligen dagegen als Unteroffizier der Landwehr wohnte am Tage der Kontrollberammlung als „Vorgesetzter“ bei beiden die Qualität eines besondern Ehrenmannes inne. So wurde der Drechsler zu zwei Jahren Gefängnis, der Maschinenschloßer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Urteil zeigt den Militarismus in seiner ganzen Vollständigkeit; es wird sehr dazu beitragen, die „patriotische Gewinnung“ der Arbeiter zu heben und verdient schon deshalb, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden.

**Am den Ferienkolonnen.** Der Unteroffizier Wenzel von der 3. Kompanie des Nassau-Infanterie-Regiments Nr. 87 in Mainz hatte sich in der Nacht des 2. August ohne Urlaubkarte aus der Kaserne entfernt und bei seinem Urlaubskarte fragte, vor die Brust geklopft. Später verurteilte er den Schützen zu bestimmter, keine Weibung zu machen. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis und Degradation verurteilt. — Als Hauptposten war der Schütze der Vorgesetzte des

Unteroffiziers, und der Vorgesetzte darf eben nicht vor die Brust klopfen werden. Am anderen Tage hätte der Unteroffizier an dem Gefreiten weit Kerkerstrafe begehren können, ohne daß ein Sohn danach gekämpft hätte.

### Moderne Rechtsprechung.

Eine ganze Anzahl Genossen, welche bei der letzten Wahl in Weuthen-Tarnowitz Wahlflugblätter verteilten, sind mit Strafmandaten bedacht worden, weil sie mit dieser von Reichsgesetz (Gewerbeordnung) ganz ausdrücklich erlaubten Handlung die Heltung des Sonntages (die sogenannte Verkommungs-Verordnung) verlegt haben sollen. In mehreren Fällen sind die Richter dieser Polizeipraxis, welche eine einfache Verwaltungsmaßregel über ein Reichsgesetz stellt, beigegeben und haben den Strafbefehl bestätigt, in anderen Fällen wieder sind die vermeintlichen Sabbathschänder freigesprochen worden. Das Schöffengericht in Weuthen kam auch zur Freisprechung aus diesem Grunde gegenüber fünf Genossen aus Laurahütte, die am Sonntag, den 13. Mai, nach Beendigung des Hauptgottesdienstes in Ramin an die aus der Kirche kommenden männlichen Personen Wahlflugblätter verteilten. Aber das Schöffengericht sah, wie ferner Zeit berichtet, in diesem Verhalten an aus der Kirche kommende Leute eine „Störung der Andachtsstimmung“ und verurteilte die Männer, und zwar den angeblischen Anführer Tepernik zu zehn Mark, die übrigen vier zu je sechs Mark Geldstrafe wegen „groben Unfugs“!

Gegen dies absonderliche Urteil legten die fünf Genossen Berufung ein, welche am 12. d. Mts. vor der Ferienkammer in Weuthen zur Verhandlung kam. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ehabla-Weuthen, wies das ganz Unhaltbare dieses Urteils so überzeugend nach, daß auch der Staatsanwalt dieses preisgab. Aber er griff schnell auf die ursprüngliche Anklage zurück und behauptete, trotz des in dieser Hinsicht freisprechenden schöffengerichtlichen Urteils, daß doch eine „offenkundig bemerkbare, die Sonntagsruhe störende Arbeit“ im Sinne jener Polizeiverordnung bei der Flugblatt-Verbreitung vorgelegen habe, weshalb er die Abweisung der Berufung beantragte. Und in der Tat schloß sich das Landgericht der Staatsanwaltschaften Deduktion an, sprach die Angeklagten von der Verübung groben Unfugs, ihrem Antrage entsprechend, frei und verurteilte sie, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, wegen Entheiligung des Sonntages durch offenkundig bemerkbare Arbeit. Auch betraf es das Gericht bei der früheren Strafe; in der Urteilsbegründung heißt es, daß allerdings im Urteil des Schöffengerichts keine Tatsache angeführt sei, nach welcher Tepernik sich als Leiter der Agitation erweisen habe und deshalb höher bestraft werden müsse. Das Landgericht habe aber trotzdem dessen höhere Strafe nicht ermäßigt, weil sie angesichts der angebrohten Höchststrafe immer noch gering und deshalb angemessen erscheine.

Das ist gewiß eine merkwürdige juristische Logik, aber was soll man überhaupt von solcher Rechtsprechung sagen, wer kann sich überhaupt noch auskennen in dem, was strafbar, und dem, was nicht strafbar ist? Die erste Instanz sagt: Ganz unhaltbar, diese Anschauung, daß hier eine die Sonntagsruhe störende Arbeit vorliegt — nein, es ist großer Unfug, den frommen Kirchgängern solche sozialdemokratische Flugblätter anzuhängen, das muß bestraft werden! Das Landgericht aber sagt wieder: Ganz unhaltbar, diese Anschauung, daß hier ein strafbarer grober Unfug vorliegt — nein, es ist eine die Sonntagsruhe störende strafbare Arbeit, den Leuten auf der Straße solche sozialdemokratische Flugblätter anzuhängen, das muß bestraft werden! So weiß kein Mensch, die Richter eingeschlossen, woran er hier eigentlich ist. Die Hauptsache ist freilich, daß der Sozialdemokrat in jedem Falle, sei es wie es wolle, verknagt wird, und ein besonders erfreuliches Walten unserer modernen Gerechtigkeit ist es, daß der Sozialdemokrat nun auch noch die andere Seite, nämlich die Kosten beider Rechtsinstanzen, zu zahlen hat, obwohl er doch an dieser juristischen Begriffs-Verwirrung ganz unschuldig ist. Offenkundig hält diese leure Lehre die bösen Notizen ab, immer wieder mit Flugblättern zu kommen?

### § 110 Str.-G.-B.

Ein Mitglied des „Bereits der überlitterten Anarchisten“, der 21-jährige Ladierer Kurt Neumann, fand dieser Tage unter der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Der jetzt aus fünfzig Mitgliedern bestehende Verein hatte zum 29. März nach dem Vereinstokale in der Dragonerstraße eine von etwa 22 Personen besuchte Mitglieder-Versammlung einberufen, in welcher ein Vortrag über den „18. März“ gehalten wurde. An der Diskussion beteiligte sich der Angeklagte und ließ sich nach den Aufzeichnungen des überwachenden Polizeibeamten dahin aus: „Das Militär ist der Kern der Macht der bestehenden Klassen, man müsse sich deshalb zuerst des stehenden Heeres verledern, nach Schweizer Muster Gruppen zum Betriebe der antimilitärischen Propaganda bilden, denen obliegt, die jungen Leute, schon ehe sie Soldaten werden, dahin zu bearbeiten, daß sie beim Militär im Falle eines Bürgerkrieges die Gewehre nicht auf ihre Brüder richten, sondern den Gehorsam verweigern oder die Waffen auf ihre Vorgesetzten richten sollten. Sache der Gewerkschaften sei es, durch antimilitärische Propaganda für umfangreiche Meutereien in Meer und Marine Sorge zu tragen usw.“ — Der Staatsanwalt hielt dafür, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handelte, da schließlich jeder ohne besondere Kontrolle Zutritt fand. Er beantragte gegen den Angeklagten — drei Monate Gefängnis. Das Gericht hielt zwar das Requirit der Öffentlichkeit für gegeben, mußte aber auf Freisprechung erkennen, da das weitere Erfordernis des § 110, daß vor versammelter Menschenmenge zum Ungehorsam aufgefordert sei, nicht vorlag.

**Dürfen Mieter Kinderkinder genießen?** Das bessere Uebel mit treibt mitunter die sonderbarsten Wüten. Was dem gesunden Menschenempfinden ohne weiteres als sinnlos erscheint, das glaubt so mancher Hauswirt, gestützt auf die Bestimmungen der rühmlichst bekannten Hausbesitzer-Mietsverträge, von seinen Mietern verlangen zu können. Im Hause des Herrn Franz Hauptmann, Antonstraße 31-32 in Berlin, wohnt als Mietspartei ein Ehepaar, welches selber kinderlos ist und kürzlich ein Pflegekind annahm. Das war aber nicht nach dem Geschmack des Hausbesizers, der wohl, wie die meisten seiner Verfassgenossen, am liebsten keine Kinder im Hause sieht. Herr Hauptmann klagte also gegen seine Mietspartei auf Entfernung des Pflegekindes aus der gemieteten Wohnung. Der Kläger berief sich dabei auf einen Paragraphen seines Mietsvertrages, welcher bestimmt, daß der Mieter nicht befugt ist, die durch den Vertrag erworbenen Rechte an einen anderen abzutreten, Untervermietungen vorzunehmen oder in sonstiger Weise den Gebrauch der Mietsräume, sei es ganz oder teilweise, entgeltlich oder unentgeltlich, dritten Personen zu überlassen. — Am Montag hatte die vierte Zivilabteilung des Amtsgerichts Berlin-Weidling über diesen eigenartigen Rechtsstreit zu entscheiden. Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, die Aufnahme eines Pflegekindes sei kein Ueberlassen der Mietsräume an dritte Personen. Herr Hauptmann machte nach dieser Entscheidung ein vergebliches Geschäft. Es schien ihm wohl unbenutzbar, daß sein einziges Recht, er könne die Entfernung eines Kindes aus der Wohnung eines Mieters verlangen, vom Richter nicht anerkannt wurde. Beim Hinweggehen erhielt Herr Hauptmann von seinem Anwalt den Trost: Es kann ja sein, daß das Landgericht die Sache anders auffaßt! — Es scheint also, als solle dieser sinnlose Rechtsstreit alle Instanzen durchlaufen. Nach dem, was man von der Rechtsprechung schon alles erlebt hat, ist die Ansicht des Anwalts erklärlich, daß sich Richter finden, welche den Buchstaben vertraglicher Bestimmungen so auslegen, daß ein Mieter ohne Genehmigung des Hausbesizers Pflegekinder nicht aufnehmen darf. Von dieser Auffassung wäre dann nur ein Schritt zu der Ansicht, daß Mieter eigene Kinder einzuweisen hat.